



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Parlamentarische Abende
mit der SPD und dem
Bündnis 90 / Die Grünen

Arge Alp tagte in der
Schweiz

Das Bild des Lehrers in der
Öffentlichkeit

Lernen mit und von dem
Marktführer

Ethnisch-kulturelle Diversität
im Klassenzimmer



**Klares Votum:
Bildung ist eine Zu-
kunftsinvestition.
Jetzt müssen der
Einsicht politische
Taten folgen!**

HERAUSGEBER
 Hans Käfler, Landesvorsitzender,
 Verband der Lehrer an
 beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
 VLB Verlag e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 Internet: www.vlb-bayern.de
 E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION
 Hans Preißl
 Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
 Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
 Telefax: 0 180 - 50 60 33 76 44 95
 E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
 Martin Ruf
 Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 66 14 15
 Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
 E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG
 Andrea Götzke
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
 Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG
 signum3 oHG
 Im Graben 6, 97204 Höchberg
 Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
 Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
 E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK
 Böhler Verlag GmbH
 Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 6 34 31
 Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS
 „VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
 Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG
 Die Kündigung kann bis drei Monate vor
 Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT
 Die veröffentlichten Beiträge sind
 urheberrechtlich geschützt.
 Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
 Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE
 Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
 durch die Redaktion als angenommen.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte
 übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
 dere Leserbriefe, müssen sich nicht
 mit der Meinung des Herausgebers und
 der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
 tationsdienst der Ständigen Konferenz der
 Kultusminister der Länder, im Dokumen-
 tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
 und im Dokumentationsring DOPAED
 bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS
 für Heft 01: 04. 12. 2006
 für Heft 02: 08. 01. 2007
 für Heft 03-04: 12. 02. 2007

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

3 Hans Käfler: Vorsichtiger Optimismus ist angebracht

8. VLB-Berufsbildungskongress

- 4 Hans Preißl: Berufliche Schulen – Investition in eine erfolgreiche Zukunft
- 12 Peter Thiel: Die beruflichen Schulen – Hebel zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft
- 19 Martin Ruf: Evaluation ja, aber unter anderen Rahmenbedingungen
- 21 Hans Preißl: Die Politik macht aus motivierten Lehrkräften frustrierte
- 24 Ergebnisse der Arbeitskreise
- 42 Entschlüsse
- 46 Impressionen
- 47 Der 8. Berufsbildungskongress in der Presse

Bildungspolitik

- 48 Hans Preißl: Parlamentarischer Abend mit der SPD
- 52 Hans Preißl: Parlamentarischer Abend mit Bündnis 90/Dir Grünen
- 55 Hans Preißl: Arge Alp in der Schweiz
- 60 BLBS: Lehrstellenmisere zum Teil hausgemacht
- 61 BiBB: Was machen eigentlich Jugendliche ohne Ausbildungsplatz?

Dienstrecht

62 Marion Merkle: Das Bild des Beamten in der Öffentlichkeit

Lehrerbildung

62 Alexander Liebel: Kontaktgespräch mit Prof. Wilbers

Studenten / Referendare

63 Einladung zum Symposium

Pädagogik und Unterricht

- 64 Dr. Gerhard Kellner: Siemens Automation und Drive
- 65 Stiftung Bildungspakt Bayern und Kultusministerium starten „Profil 21“
- 66 N. Kimmelman/K. Wilbers: Ethnisch-kulturelle Diversität im Klassenzimmer

Schulpartnerschaften

64 Klothilde Schöberl: Deutsche Organisation trifft auf maltesische Kreativität

Aus dem Verbandsleben

- Bezirks- und Kreisverbände**
- 69 BV Oberbayern; KV Würzburg/BV Unterfranken
- Senioren**
- 70 Lothar Fischer: Pensionisten – wo seid ihr?
- 71 Konrad Wilhelm: Schwäbisches Pensionistentreffen
- 72 **Personalien**
- Umschau**
- 77 Reiseankündigungen
- Für Sie persönlich**
- 78 BBB: Steueränderungsgesetz 2007 – Beihilfe

Titel- und Kongressfotos: Hans Preißl, Martin Ruf

Vorsichtiger Optimismus ist angebracht

HANS KÄFLER

Sehr geehrte Leserinnen und Leser dieses Doppelheftes von VLB akzente,

die Terminierung des Berufsbildungskongresses von Memmingen für Anfang November brachte die Redaktion in zeitliche Schwierigkeiten. Um das Novemberheft pünktlich fertigstellen zu können, wäre zwischen Redaktionsschluss und Kongress keine Zeit mehr für einen einigermaßen gediegenen Rückblick vorhanden gewesen. Eine akzente-Ausgabe ohne das wichtigste Verbandsereignis des Jahres wollten wir Ihnen aber nicht zumuten. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis, wenn wir die November- und die Dezemberausgabe zu einer Doppelnummer zusammenlegen und dabei die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen zeitnah eine ausführliche Dokumentation unseres 8. Berufsbildungskongresses zu liefern.

Wie schon die zurückliegenden VLB-Berufsbildungskongresse war auch der Memminger Berufsschultag hervorragend organisiert. Das Team um Thomas Hottner hatte während der über einjährigen Vorbereitungszeit großartige Arbeit geleistet. Der Glücksfall, dass die drei Schulen, an denen die Delegiertentagung und die Foren stattfanden und wo auch die Fachgruppen bzw. Arbeitskreise tagten, unmittelbar nebeneinander lagen, führte zu kurzen Wegen und einer kompakten Kongressabwicklung. Das außerordentliche Engagement aller beteiligten Kolleginnen und Kollegen war aber nicht nur in der perfekten Organisation, sondern ganz besonders auch in der herzlichen Atmosphäre der Tagung spürbar. Ob man sich an die meisterlichen Blumenarrangements der Floristen aus Kempten und Neusäß, an die gelungene Gestaltung des Gesellschaftsabends oder die freundliche Zuvorkommenheit der Schüler

bei der Verpflegung der Besucher und Delegierten erinnert. Der einheitliche Tenor aller Rückmeldungen war: „An den Memminger Berufsbildungskongress 2006 werden wir noch viele Jahre gerne und mit Stolz auf die Solidarität unserer schwäbischen Mitglieder zurückdenken.“

Der Rahmen für eine erfolgreiche Tagung war also vorhanden. Das Interesse der Medien war größer als zuletzt, sodass das Ereignis auch überregional wahrgenommen wurde und wir haben die Gelegenheit auch ergriffen, unsere Forderungen einem breiten Publikum vorzulegen. Dass der Kultusminister in seiner Festansprache unmittelbar vor den entscheidenden Haushaltsverhandlungen keine Geschenke verteilen wollte, ist einerseits enttäuschend, andererseits auch nachvollziehbar. Die Vorzeichen stehen jedoch nicht so schlecht: So wurden die Religions-Fachlehrer in ihrem Stundenmaß endlich dem höheren Dienst gleich gestellt, was als ein erster Schritt bei der Reduzierung der UPZ für den gehobenen Dienst angesehen werden muss, insbesondere, wenn auch der Minister von einer stufenweisen Lösung spricht. Die mehr als 200 zusätzlichen Planstellen für die Fach- und Berufsoberschulen im Entwurf des nächsten Doppelhaushalts werden die Versorgungsprobleme dort zwar nicht auch einen Schlag lösen, sind aber eine wichtiger Schritt dorthin. Angesichts der steigenden Staatseinnahmen, der Priorität, die die Bildung derzeit einnimmt und der 2008 bevorstehenden Landtagswahlen ist also ein vorsichtiger Optimismus durchaus angebracht.

Ob diese Haltung auf Dauer gerechtfertigt ist, wird sich bald erweisen. Der Finanzminister hat für Anfang Dezember zu einer ersten Gesprächsrunde eingeladen, um die Eckpunkte zur Umsetzung der Föderalismusreform in Bayern zu formulieren. Es wird spannend sein zu erfahren, ob die Haltung

des Dienstherrn zu seinen Staatsdienern sich von der „Teich – und – Frösche – Rhetorik“ wirklich entfernt hat. Um das verloren gegangene Vertrauen wieder einigermaßen zurückzugewinnen, werden schöne Worte der Staatsregierung alleine nicht ausreichen. Die mit der Föderalismusreform enorm gewachsenen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder im Beamtenrecht erfordern von diesen auch eine entsprechende Übernahme von Verantwortung. Wir werden diese gewachsene Verantwortung gemeinsam mit den im bayerischen Beamtenbund vertretenen Verbänden auch deutlich einfordern. Die näher gerückte 50 Prozent – Grenze wird unseren Forderungen hoffentlich auch den nötigen Nachdruck verleihen. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist aber eine klare Solidarität aller bayerischen Beamten, über die engere Mitgliedschaft in den einzelnen Verbänden hinaus. Das gilt insbesondere auch für die Frage der Arbeitszeit, wo wir – wie die Staatsregierung vor der tariflichen Einigung bei den Angestellten – jetzt für die Beamten eine Gleichbehandlung und damit eine Reduzierung auf 40 Stunden pro Woche fordern.

Liebe Leserinnen und Leser, Berufsbildungskongresse sind Stationen, die uns zurückblicken lassen. Sie geben uns die Möglichkeit, die laufenden Entwicklungen deutlicher wahrzunehmen und daraus unsere Strategien und Ziele zu überdenken und neu zu justieren. Die bei der Vertretertagung beschlossenen Anträge und Entschlüsse sind die sichtbaren Ergebnisse, an denen wir in zwei Jahren das Erreichte messen werden. So dokumentiert die Kette der Berufsschultage, wie unsere Kongresse früher hießen, auch die Kontinuität, die Bandbreite, aber auch die Beweglichkeit, die der VLB an den Tag legen muss, um die Interessen seiner Mitglieder, aber auch die Qualität der Bildungspolitik in Bayern positiv zu vertreten.

Ich wünsche Ihnen persönlich und im Namen der Redaktion von VLB akzente gesegnete Weihnachten, erholsame Ferien sowie viel Glück und Erfolg im Neuen Jahr 2007.

8. Berufsbildungskongress in Memmingen:

Berufliche Schulen – Investition in eine erfolgreiche Zukunft

HANS PREISL

„Wo einst König Gustav Adolf und Wallenstein Quartier nahmen, wo die Handelsmillionäre Fugger ihre Stadtvillen besaßen, wo Kaiser Franz von Österreich und König Ludwig I. von Bayern logierten – das ist Memmingen, wahrhaft eine historische Stadt.“ Fast schon ehrfurchtsvoll beschreibt der Merian-Reiseführer die Bedeutung der Hauptstadt des Unterallgäu.

Dieses Memmingen, „die Stadt mit Perspektiven“ war nun Gastgeber für die 200 Delegierten und mehrere hundert Gäste des 8. VLB-Berufsbildungskongresses. Die Stadt gründet auf einer historisch bewährten Handwerkertradition und zeigt sich lebendig, aufgeschlossen und (selbst)bewusst zukunftsorientiert. Ein idealer Tagungsort also für einen Verband, der mit seinem Kongressmotto Zukunftsorientiertheit einfordern möchte.

Während mit dem Symposium der Lehrer an beruflichen Schulen vor zwei Jahren personell eine neue Verbandsära begonnen worden war, sollte mit der Memminger Großveranstaltung der Versuch unternommen werden, das Ende einer bildungspolitischen Winterstarre einzuläuten. Diese hatte als Folge eines undifferenzierten Sparwahns Bildungsinvestitionen eingefroren. Mit dem Kongressmotto „Berufliche Schulen – Investition in eine erfolgreiche Zukunft“ verbindet sich die Hoffnung, dass die politisch Handelnden wieder einen perspektivischen Blick entwickeln und ihre Verantwortung für künftige Generationen wahrnehmen.

Gestiegenes Medieninteresse

Wie seine Vorgänger wurde auch der Memminger Berufsbildungskongress mit einer Pressekonferenz eröffnet. Erfreulich ist dabei die Tendenz be-

züglich der Präsenz der Medienvertreter. Wenn auch das diesjährige Pressegespräch von der schreibenden, sprechenden und filmenden Zunft nicht gerade überrannt wurde, so konnten Hans Käfler und Wolfgang Lambl einem offensichtlich bildungspolitisch interessierten Kreis von Publizisten die Stellen, an denen den Verband der Schuh besonders drückt näherbringen. Die erfreuliche Berichterstattung in Presse, Hörfunk und regionalem Fernsehen griff besonders die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und die desaströse Lage auf dem Lehrstellenmarkt auf. Deutlich kam dabei das VLB-Anliegen rüber: Den bildungspolitischen Sonntagsreden müssen endlich politische Taten folgen. Es scheint so, dass wenigstens die „veröffentlichte Meinung“ beginnt, den Stellenwert von Bildungsinvestitionen neu zu beurteilen – ein ermutigendes Signal?

Sitzung des Hauptvorstands

Hauptsächlich der Vorbereitung der Delegiertenversammlung diente die Sitzung des Hauptvorstands. Sie setzte sich ausführlich mit den zahlreichen Anträgen auseinander und erarbeitete Abstimmungsempfehlungen. Ziel war es, den schwierigen Spagat zu

schaffen zwischen straffem Zeitkorsett und ausreichender Diskussionsmöglichkeit. Personell deutet sich in der Vorstandschaft eine Teil-Wachablösung an. Etwas überraschend kündigte nämlich Alexander Liebel an, dass entweder er oder Angelika Rehm beim nächsten Berufsbildungskongress nicht mehr für das Amt des/der stellvertretenden Vorsitzenden kandidieren wolle. Es solle der Weg freigemacht werden für eine Verjüngung des Vorstands. Auch Michael Birner will sich nach der aktuellen Amtsperiode aus der Verbandsspitze zurückziehen, er hatte gerade erst seinen „Sechzigsten“ gefeiert. Den Verbandsmitgliedern obliegt es nun Ausschau zu halten nach perspektivfähigen Nachfolgekandidaten.

Empfang im Rathaus

Humorvoll-launig begrüßte Dr. Ivo Holzinger, der Oberbürgermeister der Stadt Memmingen, die Mitglieder des Hauptvorstands im herrlichen Rathaussaal zu einem Empfang. Die 42000 Einwohner zählende Stadt ist erst 1803 bayrisch geworden. Zuvor war sie eine rein evangelische freie Reichsstadt. Sie hat es vor allem im 15. und 16. Jahrhundert zu beachtlichem Ansehen und Reichtum gebracht. „Deshalb hat der

Freistaat schon immer nach der finanzstarken Stadt gespechtet“, so das Stadtoberhaupt. Memmingen gilt als das Tor zum Allgäu. Aus dem Mund des OB klingt es nicht einmal uncharmant, wenn er sich auf den Volksmund beruft, der das Allgäu (angeblich) dort beginnen lässt, wo die Kühe schöner sind als die Mädchen.

Obwohl die Stadt an der Westgrenze liegt, ist sie heute infrastrukturell gut erschlossen. Die Stadt, deren Grenze zu Teilen auch Landesgrenze ist, konnte wegen der günstigen Verkehrslage zur größten Industriestadt Schwabens aufsteigen. Stolz ist der Oberbürgermeister zurecht auf das großartige Schulzentrum mit dem architektonischen Highlight FOS/BOS und der Johann-Bierwirth-Schule sowie dem kaufmännischen Berufsbildungszentrum Jakob Küner. Nachdem der OB seine Stadt in anekdotisch kurzweiliger Form vorgestellt hatte, überreichte er Hans Käfler einen schmucken Bildband über die Geschichte von Memmingen. Der VLB-Vorsitzende revanchierte sich mit einem „typisch niederbayerischen“ Erzeugnis. Da die Heilig-Geist-Stiftung im benachbarten Österreich ein überschaubares Weingebiet besitzt, konnte er dem Oberbürgermeister ei-

nen Stiftswein aus seiner Heimatstadt Passau überreichen. Er bedankte sich für die gastfreundliche Aufnahme und dafür, dass die Stadt Memmingen dem VLB das Landestheater Schwaben für seine Festveranstaltung kostenlos zur Verfügung stellt. Die VLB-Akteure konnten sich bei Fingerfood und spritzigem Wein einstimmen auf die nächsten Tag anstehende Delegiertenversammlung.

Vertreterversammlung

Pünktlich konnte der Bezirksvorsitzende von Schwaben, Jürgen Wunderlich in der lichtdurchfluteten und festlich geschmückten Aula der FOS/BOS Memmingen die Delegierten begrüßen. Obwohl an der Westgrenze Bayerns gelegen, erreichten die Verbandsvertreter, rechtzeitig den Tagungsort. Verkehrstechnisch ist die wohlhabende Schul- und Industriestadt ja optimal erschlossen: Sie liegt an einem Autobahnkreuz und einem Eisenbahnknotenpunkt. Neben den gut 200 Delegierten hieß Wunderlich besonders die Vertreter der Bundesverbände, die Ehrenvorsitzenden und die Leiter der gastgebenden Schulen willkommen.

Hans Käfler eröffnete offiziell die Vertreterversammlung. Mit einer stil-



Zum Auftakt des Berufsbildungskongresses lädt der Verband immer zur Pressekonferenz. Einen Auszug der Presseveröffentlichungen finden Sie auf Seite 47.



Das Medieninteresse ist gestiegen. Hans Käfler (links) im Interview mit dem Bayerischen Rundfunk.



Akribische Vorbereitung der Vertreterversammlung: Der HV erarbeitet zu allen Anträgen Abstimmungsempfehlungen.



Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger (3. von links) empfängt im Memminger Rathaus die Mitglieder des Hauptvorstands. Von links: Bernhard Stark, Leiter der Jakob-Küner-Schule, Hans Käfler, Hans-Peter Gneiser, Heiko Pohlmann und Jürgen Wunderlich.



Der Bezirksvorsitzende von Schwaben Jürgen Wunderlich heißt die Delegierten willkommen.



Grußwort des BLBS-Bundesvorsitzenden Berthold Gehlert.



Beifall für einen leidenschaftlichen Rechenschaftsbericht des VLB-Landesvorsitzenden Hans Käfler.



Grußwort des VLW-Bundesvorsitzenden Wolfgang Kehl.



Wolfgang Greubel stellt die Entschlüsse zur Bildungspolitik vor.

len Minute gedachten die Delegierten der verstorbenen Mitglieder in Dankbarkeit und Achtung.

Grußworte: Den Idealismus fördern aber nicht ausnutzen!

Grußworte an die Vertreterversammlung richteten der Vorsitzende des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Berthold Gehlert und der Vorsitzende des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), Wolfgang Kehl. Der VLW-Chef nahm die Delegierten mit auf zwei Zeitreisen in die Zukunft der beruflichen Schulen. Er stellte eine „Horrortrip-Variante“ einer „Reise in den Sonnenschein“ gegenüber. Die Schreckensvi-

sion degradiert berufliche Schulen im Jahr 2020 zu flexiblen Organisations-einheiten, die als „Training-on-Demand-Anbieter“ die Kurse abhalten, die Unternehmen just in time benötigen. Berufsbildung ist bewusstes Ziel von Universitäten geworden, alle anspruchsvollen Berufe sind dorthin abgewandert. Die letzten Reste von dualer Ausbildung etwa zu Mechatronikern oder Industriekaufleuten sind ausgelaufen. Die BDOs, die Bildungsdienstleistungsorganisationen, wie nun die beruflichen Schulen heißen, bestehen personell aus einem kleinen Kernteam, das vornehmlich für die Organisation des Rahmens zuständig ist. Die „festen“ Mitarbeiter sind Angestellte nach TVöD, der wahrlich

öde ist, weil mit dem TV-L 2006 der wichtige Schritt in die Absenkung der Lehrergehälter getan wurde. Die Lehrprüfungen wurden übrigens 2014 abgeschafft und durch die Kammerprüfung zum Berufspädagogen ersetzt mit weiteren Konsequenzen für die Besoldung. Weil die Zeitwünsche der Betriebe bestimmen, wann unterrichtet wird, gibt es keine allgemeinen Schulferien.

Ganz anders stellt sich das Kehl-sche Sonnenschein-Szenario dar. Den beruflichen Schulen ist es gelungen sich in mehreren Feldern zu etablieren. Ihre festen Module im dualen System bringen Credit-Points für die Abschlussprüfung. Sie realisieren europaweit anerkannte, vollqualifizie-

rende schulische Angebote. Sie liefern Zusatzqualifikationen vor, während und nach der Erstausbildung. Ihre Aufstiegsqualifizierungen mit anerkanntem staatlichen Zertifikat werden auf das Studium angerechnet. In einigen Feldern schließen ihre Bildungsgänge mit einem Bachelorabschluss ab. Ihre beruflichen Oberstufen führen zu allen allgemeinen Berechtigungen einschließlich eines uneingeschränkten Abiturs. Kehl ging es mit der Gegenüberstellung der beiden Extreme darum, verstärkt ins Bewusstsein zu rufen, dass jetzt die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Er rief die Versammlungsteilnehmer dazu auf, die klare Sicht dafür zu bewahren, dass Lehrer Arbeitnehmer

sind und in dieser Rolle Interessen energisch vertreten müssen. „Mit unserer augenblicklichen Duldungsstarre kommen wir nicht weiter“, sagte er mit Blick auf die Zumutungen, denen Dienstherren ihre Lehrkräfte in den vergangenen Jahren ausgesetzt haben.

Berthold Gehlert warf in seinem Grußwort einen Blick zurück in die Zeit, als Bayern daranging seine Lehrerverbände VBB und VDH zu vereinigen. Die Sorgen und Zweifel von damals seien Vergangenheit. Heute könne man mit Stolz sagen: „Der VLB ist der bestimmende Lehrerverband für die berufliche Bildung in Bayern. Sein politisches Gewicht ist nicht geringer, sondern stärker geworden.“

Der gute zwischenmenschliche Kontakt zwischen BLBS und VLW ermögliche es auch auf Bundesebene ein Wir-Gefühl zu entwickeln. Man müsse abwarten, ob sich daraus mehr entwickle. Die Frage nach Durchschlagskraft, Interessenvertretung, und Ressourceneffizienz müsse auch auf Bundesebene zwar gelassen, aber doch „drängend und selbstkritisch“ gestellt werden.

Als ein Beispiel für ein koordiniertes bundesweites Agieren nannte Gehlert den Widerstand gegen die steuerliche Nichtberücksichtigung des häuslichen Arbeitszimmers. BLBS und VLW hätten mit einer Plakataktion und mit Eingaben bei den politischen Beratungen schon Flagge ge-



Marion Merkle begründet die Entschliebung zur Reduzierung der Arbeitszeit für Lehrkräfte.



Konzentrierte Aufmerksamkeit bei der Vertreterversammlung auch an den Prominententischen.



Heiko Pohlmann plädiert für einen Masterstudiengang zum Berufspädagogen.



Auch der Berufsnachwuchs schickte seine Vertreter nach Memmingen.



Ulrich Ziegenthaler hat die Kasse geprüft und ...

zeigt. Gehlert kündigte an, dass mit dem starken Partner dbb Kolleginnen und Kollegen bei Musterprozessen unterstützt würden.

Den Grad zwischen der freiwilligen Belastungssteigerung auf Grund pädagogischer Begeisterungsfähigkeit einerseits und der glatten Überforderung durch steigende Unterrichtsverpflichtung und Überfrachtung mit Zusatzaufgaben andererseits bezeichnete der BLBS-Vorsitzende als äußerst schmal. „Wir brauchen eine Bildungspolitik, die Idealismus fördert, ihn aber nicht ausnutzt“, forderte Gehlert.

Das Motto des Berufsbildungskongresses ist für Gehlert sowohl Feststellung als auch Appell: „Berufliche



...dem Sparfuchs und Schatzmeister des Verbandes Hubert Königer geordnete Finanzen bescheinigt.

Schulen sind eine Investition in eine erfolgreiche Zukunft. Es bleibt aber auch die Mahnung. Wer die Zukunft gewinnen will, muss in sie investieren.“

Rechenschaftsbericht

Herkömmliche Rechenschaftsberichte laufen immer Gefahr recht monoton zu wirken, wenn sie sich darauf beschränken einen Veranstaltungstermin an den anderen zu reihen. Deshalb versuchte Hans Käfler eine Form des Rechenschaftsberichtes zu wählen, die sich stark am Kommunikationsmiteinander der Akteure orientiert. Weil der Verband der Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen

Schulen sieben verschiedene Schularten vertritt, an denen 450000 Schüler von 17000 Lehrkräften unterrichtet werden, ist die Aufgabenpalette äußerst breit. Entsprechend groß ist deshalb auch die Zahl der Ansprechpartner. Visuell unterstützt durch ein Mindmap stellte Hans Käfler das vielfältige Geflecht der Gesprächsanlässe dar. Auf der Bühne der Bildungspolitik bewegen sich viele Akteure. Weil Entscheidungen, die eine Schulart betreffen, sich mehr oder weniger auch auf die anderen auswirken, ist es wichtig miteinander zu reden und sich abzustimmen, um nicht gegeneinander ausgespielt zu werden. Deshalb ist die Einbindung in Netzwerke bzw. deren aktive Mitgestaltung für eine effektive Interessenvertretung unverzichtbar.

Längst läuft Bildungspolitik nicht mehr isoliert in den einzelnen Bundesländern. Dienstrecht, Schulautonomie und Lehrerbildung sind Beispiele auf Bundesebene. EQF, ECVET und Integration sind Themen auf europäischer Ebene. Ohne gründliche Information über Trends auf Bundes- und europäischer Ebene ist effektive Interessenvertretung in der Bildungspolitik nicht mehr möglich. In Bayern ist es die abl, die die Solidargemeinschaft bei gemeinsamen Anliegen stärker macht.

Bei der Bedeutung des Bundes für die duale Ausbildung sind die beiden Dachverbände vlv und BLBS unentbehrlich. Weil die Zuständigkeit für das Beamtenrecht auf die Länder übergegangen ist, wird der bayerische Beamtenbund (bbb) immer wichtiger. In Sachen Europäisierung sind uns die Nachbarländer oft weit voraus, deshalb ist eine aktive Mitwirkung in der ArgeAlp unverzichtbar.

Die Standespolitik und das Dienstrecht sind das Spielfeld der Hauptpersonalräte. Unter dem lang anhaltenden Beifall der Delegierten bedankte sich Hans Käfler besonders bei Wolfgang Lambl für sein „unermüdliches Ackern und das ausdauernde Bohren dicker Bretter“ ganz herzlich. Die Dienstrechtsreferentin ist besonders gefragt, wenn es um den Schutz und die Unterstützung einzelner Mit-

glieder geht. Als weitere Bereiche, in denen besondere Anstrengungen des Verbandes nötig waren, nannte Hans Käfler die dienstliche Beurteilung, die Abschlussprüfung, das Thema Lehrergesundheit, die Anrechnungsstundenproblematik und die Arbeitszeit.

Wesentliche Voraussetzung für eine effektive Arbeit ist für den Landesvorsitzenden eine gute Verankerung in der Basis. Diese drückt sich nicht nur aus im hohen Organisationsgrad, sondern auch darin, dass sämtliche Bezirks- und Hauptpersonalratssitze durch VLB-Vertreter besetzt werden. Zu diesem Erfolg beglückwünschte Hans Käfler alle Gewählten.

Hauptansprechpartner des Verbandes ist natürlich das Ministerium und dort in erster Linie die berufliche Abteilung beziehungsweise der Minister. In vielen Fällen wird hier von zwei Seiten gearbeitet: den offiziellen Part übernimmt der VLB, der Hauptpersonalrat geht die Sache sozusagen von innen her an. Dabei wird ein sehr intensiver Kontakt gepflegt, dieser nützt ja beiden Seiten. Kaum ein KMS geht hinaus, dem nicht in irgendeiner Form ein Kontakt mit dem VLB vorausgegangen ist. Leider kann sich der Verband mit seinen Vorstellungen nicht immer durchsetzen. Aber manches kann bereits im Vorfeld entschärft oder angestoßen werden. Für Hans Käfler macht es wenig Sinn mit einer Strategie zu arbeiten, die nur auf das Ministerium einschlägt. Die Erfolge in der Vergangenheit seien vielmehr doch hartnäckige Gespräche und innovative Vorschläge erreicht worden. Von dieser Strategie werde er nicht abgehen. „Eine deutliche Sprache ist wichtig, aber man muss sich hinterher auch wieder gemeinsam an einen Tisch setzen können“, sagte Käfler.

Die Lehrerbildung wird zurzeit neu geordnet. Das neue bayerische Lehrerbildungsgesetz garantiert die Gleichstellung mit den Gymnasien. Der Verband sieht allerdings noch Handlungsbedarf insofern, als das Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen nicht nur für die Wirtschafts- sondern auch die Berufspädagogen den europäischen Beschlüssen angepasst werden soll. Ein wich-



Hans Dietrich wurde zum FOS/BOS-Referenten gewählt und stellte die Entschlüsse zur FOS/BOS vor.

tiges Verbandsanliegen ist es auch, die zweite Phase der Lehrerbildung weiterzuentwickeln.

Ein bedeutsamer Hebel, um Anliegen in der Bildungspolitik voranzubringen, ist die Kontaktpflege zu den Parteien. Diesen Kontakt hält der Verband mit sogenannten parlamentarischen Abenden und vielen Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten des Landtags. Als unterstützende Partner an Bedeutung gewinnen auch die Gewerkschaften. Die Wirtschaft stand dem Verband u.a. zur Seite, als es um Unterstützung in der Frage der nebenberuflichen Lehrkräfte ging.

In Bayern fallen die wesentlichen Entscheidungen im Landtag, in der

Staatsregierung und in den Ministerien. Hans Käfler steht auf dem Standpunkt, dass Interessenverbände nur mit überzeugenden Argumenten und Ausdauer wirkungsvoll arbeiten. Dabei hängt die Wirkmächtigkeit eines Verbandes wesentlich von seinen Mitgliedern ab. Deshalb appellierte Hans Käfler an die Delegierten: „Wir sind so stark wie Sie uns machen!“

Nachwahl

Weil Hansjörg Bosch die Stelle des Ministerialbeauftragten für die Berufsoberschulen und Fachoberschulen in Norbayern angenommen hat, musste das Amt des FOS/BOS-Referenten im VLB neu vergeben werden. Der geschäftsführende Vorstand hat diese Funktion mit Hans Dietrich besetzt. Referenten müssen aber nach der Verbandssatzung durch die Vertreterversammlung gewählt werden. Bei dieser Nachwahl wurde der Vorschlag des GV durch die Delegierten mit eindrucksvoller Mehrheit bestätigt. Hans Dietrich ist damit neuer FOS/BOS-Referent.

Anträge und Entschlüsse

Die fast 200 Delegierten aus den acht Bezirksverbänden bilden satzungsgemäß das höchste Beschlussorgan. Wolfgang Lambl stellte kurz das Pro-



Die Delegierten debattierten lebhaft, aber diszipliniert.



Einigkeit am Podium: Hans Käfler (links), Wolfgang Lambl, Alexander Liebel und Michael Birner.

Ein souveränes Tagespräsidium: Astrid Geiger, Walter Faulhaber und Thomas Hottner.



cedere der Behandlung der eingereichten Anträge vor. Alle Anträge sind in den Bezirken vorbesprochen und mit einem Votum versehen worden. Auch der Hauptvorstand gibt eine Abstimmungsempfehlung. Wolfgang Lambl beantragt, für die Fälle, in denen einstimmige Voten vorliegen, eine Blockabstimmung. Diesem Antrag stimmt die Delegiertenversammlung mit großer Mehrheit zu. Über alle anderen Anträge wird einzeln abgestimmt.

Der Vertreterversammlung lagen mehr als 50 Anträge zu den Themenbereichen Bildungspolitik, Dienstrecht, Lehrerbildung und Satzungsänderung vor, was verständlicher Weise hohe Anforderungen an das dreiköpfige Tagungspräsidium stellte. Thomas Hottner, Astrid Geiger und Walter Faulhaber bewältigten diese Aufgabe aber gelassen, souverän und fachkompetent. Nicht zuletzt ihnen war es zu verdanken, dass das große Arbeitspensum den straffen Zeitplan nicht sprengte. Zu den Anträgen ka-

men noch sechs Entschlüsse. Diese Entschlüsse legen die Positionen des Verbandes in wichtigen Grundsatzfragen fest. Diese Positionierung betraf die Neuordnung der Lehrerbildung, die Sicherung der Lehrerversorgung, den Ausbau und die Stärkung der Berufsfachschulen, den Förderbedarf für JoA-Klassen, die Arbeitszeitreduzierung für alle Lehrkräfte und die Erfüllung des Bildungsauftrags an FOS und BOS.

Arbeitskreise

In gut 25 Arbeitskreisen bestand die Möglichkeit zu didaktischen und fachlichen Gesprächen und zur Fortbildung. Fast alle Fachgruppen waren aktiv und hielten interessante Angebote bereit. Diese Chance wurde nicht nur von den Delegierten genutzt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen waren am Samstag nach Memmingen gereist und sorgten für überwiegend volle Häuser bei den Arbeitskreisen. Sie nutzten dann auch gleich das reichhaltige Angebot der Lehrmittelschau.

Rahmenprogramm der Senioren

Eine stattliche Gruppe von SeniorenInnen und Begleitpersonen, besuchte im Rahmen des Seniorenprogramms unter Leitung von Berthold Schulters die nahe Memmingen gelegene ehemalige Kartause Buxheim. Die Reichskartause war ein kleiner Staat im alten Reich, eines von über 150 Territorien auf dem Gebiet des heutigen Regierungsbezirks Schwaben. Mit der Säkularisation kam die ehemalige Kartause zunächst an die Grafen von Ostein, dann im Erbgang an die Grafen Waldbott von Bassenheim. An einen der letzten Bassenheimer Standesherrn erinnert im Kreuzgang eine Gedenktafel. Er ist vor nun 90 Jahren auf dem Schlachtfeld vor Verdun gefallen. Die Kartäusermönche aßen kein Fleisch, wohl aber Fisch. An einem ihrer Fischteiche saßen die Senioren zum Ausklang des Kulturprogramms im „Weiherhaus“ bei Speis und Trank zusammen, erzählten von vergangenen Tagen und gaben der Hoffnung Ausdruck, einan-



Harmonie in Blau: Einstimmiges Votum der Delegierten; aber nicht alle Anträge waren so unumstritten.

der beim nächsten Bildungskongress wieder zu sehen.

Festliche Abendveranstaltung

Die Teilnehmer des Festabends wurden vor dem Maximilian-Kolbe-Haus von Alphornbläsern willkommen geheißen. Im herrlich von der Berufsschule Neusäß dekorierten Saal kamen die Besucher sowohl kulinarisch als auch kulturell auf ihre Kosten. Die Mannes Sangesmannen boten anspruchsvolles Musikkabarett,

das nicht nur Lachmuskeln strapazierte, sondern auch satirisch-poetisch spielte, ohne zu verletzen oder comedyhaft platt zu werden.

Schlusswort

Hochzufrieden konnte Hans Käfler am Ende der Großveranstaltung konstatieren, dass Memmingen einer Reihe von gelungenen Berufsbildungskongressen ein Glanzlicht hinzugefügt hat. Er bedankte sich bei allen Verantwortlichen für die spürbare

Gastfreundschaft und die perfekte Organisation. „Sie haben Ihre Sache ganz hervorragend gemacht!“ Mehrere Teams haben den Memminger Berufsbildungskongress zu einem perfekten Ereignis gemacht. Die 100 freiwilligen, immer freundlichen Schüler von der Staatlichen Wirtschaftsschule im BBZ Jakob-Küner sorgten dafür, dass alle organisatorischen Abläufe vom Catering bis zur Mikrofonzuteilung reibungslos funktionierten. Das Team FOS/BOS, das Team Johann-Bierwirth-Schule und das Team Jakob-Küner-Schule schufen für die Delegierten und Gäste auf hochprofessionelle Art ein Wohlgefühl-Ambiente ohnegleichen. Stellvertretend für die vielen sichtbaren und unsichtbaren Gestalter seien genannt: Die beiden Schulleiter Hans-Peter Gneiser und Bernhard Stark, Cheforganisator Thomas Hottner und der Bezirksvorsitzende Jürgen Wunderlich. Ihren Teams ist zu danken dafür, dass Hans Käfler am Ende des Kongresses sagen konnte: „Eine großartige Veranstaltung, die im Gedächtnis bleiben wird!“



Das vielfältige Angebot der Arbeitskreise stieß bei Delegierten und Gästen auf lebhaftes Interesse.



Berthold Schulters stattliche Seniorengruppe besuchte die ehemalige Kartause Buxheim.



Alphornbläser empfangen die Gäste des Festabends.

Hauptveranstaltung im Memminger Theater:

Die beruflichen Schulen – der positive Hebel zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft

PETER THIEL

Ohne Zweifel ist die Hauptveranstaltung derjenige Teil eines VLB-Berufsbildungskongresses, der die stärkste Außenwirkung hat. Nicht zuletzt geht es bei den Kongressen ja auch um Darstellung. Um die Darstellung des Verbandes und seiner Positionen, um die Darstellung der Leistungsfähigkeit beruflicher Schulen usw. wozu ein Theater besonders geeignet erscheint.

In Memmingen fand die Hauptveranstaltung im Schwäbischen Landestheater statt, welches den rund 400 Besuchern ein stilvolles Ambiente bot.

Protagonisten auf der Bühne waren – wie es die Kongress-Regie seit eh und je vorsieht, der VLB-Landesvorsitzende und der bayerische Kultusminister. Nicht als Kontrahenten traten die beiden auf, so sollte man das nicht sehen. Schließlich bemühen sich beide im Interesse der Sache um bestmögliche Kooperation und da geht man respektvoll miteinander um, auch wenn die Meinungen nicht immer deckungsgleich sind.

Der Landesvorsitzende trägt die Positionen des Verbandes vor, der Kul-

tusminister reagiert, so ist das Prozedere gedacht. Vor zwei Jahren in Bamberg war dieses Reagieren besonders gut zu beobachten, als die damalige Kultusministerin Monika Hohlmeier ihr Redemanuskript spontan beiseite legte und auf die Ausführungen des damals frisch gewählten Landesvorsitzenden Hans Käfler einging. Die Veranstaltung gewann dadurch jedenfalls an Farbe.

Nicht weitere Analysen werden benötigt, sondern Lösungen

In Memmingen blieben beide Redner konsequent bei ihren Vorlagen und gaben ihren Ausführungen somit etwas Berechenbares. „Wie es um die berufliche Bildung im Freistaat steht, ist weitgehend bekannt und benötigt werden nicht weitere Analysen, sondern Lösungen“, sagte VLB-Vorsitzender Hans Käfler. Lösungen aber können im Rahmen einer solchen Veranstaltung schwerlich gefunden werden. Erkennbar jedoch sind Tendenzen und Stimmungen. Mit der Stimmung der Lehrer an beruflichen Schulen aber steht es nicht zum Besten, das ließ sich im Memminger Theater nicht übersehen.

Wie schon vor zwei Jahren im Bamberger ETA-Hoffmann-Theater erwies sich VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler als kluger Rhetor. In seiner Rede brachte er die entscheidenden Probleme beruflicher Schulen auf den Punkt. Die in Bamberg formulierte Forderung nach einem Umdenken in der beruflichen Bildung habe sich mit dem neuen Berufsbildungsgesetz und dem neuen Lehrerbildungsgesetz punktuell erfüllt, sagte Käfler.

Gleichzeitig aber gebe es bei der beruflichen Bildung eine Reihe von Baustellen, welche das Kongresspostulat rechtfertigten. „Ohne kräftige Investitionen werden wir nicht weiterkommen“, rief der Landesvorsitzende den anwesenden Politikern zu.

Die Warteschleifen – ein Irrweg

Besonders signifikant sei die Schiefelage an der Berufsschule. Sie, die Berufsschule, werde mit Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz geradezu überschwemmt, ohne dass sie über ein adäquates Angebot für diese Zielgruppe verfügt.

„Erforderlich ist nicht die Vorbereitung auf eine Ausbildung, sondern die Ausbildung selbst, wie sie in Berufsfachschulen praktiziert wird“, sagte Käfler und verwies mit großem Nachdruck auf die gesellschaftlichen Folgen dieser Fehlentwicklung. „Ich halte es für mehr als riskant, wenn jährlich Zehntausende Jugendlicher ohne Ausbildung in die Abhängigkeit des sozialen Netzes gelangen“. Wer ohne Perspektive und Anerkennung lebe, werde leicht aggressiv. Die Warteschleife also sei kein brauchbarer Weg, bestenfalls ein Umweg, meist aber ein Irrweg.



Im Parkett und auf den Rängen: Das Schwäbische Landestheater füllt sich.

Der Speiseeishersteller läßt grüßen

Das duale System leide unter Reformitis, meinte Käfler und verwies darauf, dass in immer kürzeren Abständen neue Berufsbilder aus dem Hut gezaubert werden. Ein geradezu groteskes Beispiel sei der Speiseeishersteller, der uns demnächst beglücken werde. Die zunehmende Berufsvielfalt gefährde u.a. die Klassenbildung an kleineren Schulen.

Gedehnte und gestreckte Prüfungen?

Zunehmend dichter werde das Regelwerk, welches die Berufsschulen sowie die Abschlussprüfungen belaste. „Man erkläre mir beispielsweise den Unterschied zwischen gedehnten und gestreckten Prüfungen“, sagte Käfler. Die Prüfungen werden immer umfangreicher und personalaufwändiger, unsere Kollegen wenden unangemessen viel unterrichtsfreie Zeit dafür auf. Dringend erforderlich sei

es, die Berufsabschlussprüfungen auf neue Füße zu stellen. Wie die Betriebe i.d.R. den praktischen Teil der Prüfung durchführen, sollte allein die Berufsschule für den theoretischen Teil zuständig sein.

Klagen über zuviel Bürokratie

Darüber hinaus gebe es an den Schulen viele Klagen über die Bürokratie. Die neu eingeführte Lehrplandatei erfasse zwar die Unterrichtsorganisation bis ins letzte Detail. Offensichtlich aber wurde bei der Programmierung nur an eine möglichst bequeme Auswertung gedacht. Die Dateneingabe blockiere die Sekretariate zu Schuljahresbeginn jedenfalls wochenlang. Überfällig sei auch die Zusammenführung der verschiedenen Schulaufsichten des beruflichen Schulwesens.

Planstellenreduzierung nicht hinnehmbar

Als richtige Entscheidung der Staatsregierung bezeichnete Käfler die Ein-

richtung der Beruflichen Oberschule, in welcher die bisherige BOS-FOS-Konzeption fortentwickelt werde. Die OECD dagegen befinde sich auf dem Holzweg, wenn sie die Zukunft der Republik von der Abiturientenzahl abhängig mache und damit den gesamten beruflichen Bildungsbereich ignoriere. Die berufliche Erstausbildung nämlich erziele hierzulande Ergebnisse, die in anderen Ländern aus dem Hochschulbereich stammen. Selbst die auf das Abitur vorbereitenden Schulen FOS und BOS werden bei den OECD-Studien übergangen, obwohl knapp 44 Prozent der studienqualifizierenden Abschlüsse im Freistaat an beruflichen Schulen gemacht werden.

Die Arbeitsbedingungen insbesondere an der FOS seien freilich alles andere als akzeptabel. Deshalb betrachte er die im Haushalt 2007/08 vorgesehene Planstellenerhöhung für die berufliche Oberstufe als unverzichtbar. Nicht nachvollziehbar und vom Ver-



Das regionale Fernsehen beim Interview vor dem Schwäbischen Landestheater mit dem VLB-Landesvorsitzenden Hans Käfler ...



... dem SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget (Mitte) und Kultusminister Siegfried Schneider (rechts).

Nach der Rede, die mit viel Beifall bedacht wurde: VLB-Landsvorsitzender Hans Käfler.



band auch nicht hinnehmbar sei – insbesondere in einer so kritischen Lage – die Wegnahme der 44 für die Berufsschule vorgesehene Stellen.

„Vor zwei Jahren wurden 60 für die Berufsschulen vorgesehene Planstellen an das achtklassige Gymnasium vergeben“, erinnerte Käfler. „Der dortige Intensivierungsbedarf aber kann beim besten Willen kein Grund sein, die Berufsschulen um ihre Stellen zu bringen“.

Die Fachlehrer besser stellen

Lobende Worte fand Käfler für die Entscheidung der Staatsregierung, die Auswahl der Fachlehrer nunmehr vor Ort treffen zu lassen. Über einen landesweiten Mangel an Fachlehrern könne niemand mehr hinwegsehen. Die Praktische Fachkunde gelte im Gefüge des dualen Systems geradezu als Profifach. Vielfach seien die Fachlehrer aber auch in die Umsetzung der lernfeldorientierten Lehrpläne einbezogen. Für diese Kolleginnen und Kollegen fordere der VLB die Gleichsetzung des Stundenmaßes mit dem Höheren Dienst.

Das Lehramt attraktiver gestalten

Eklatanter Mangel an Lehramtsstudenten insbesondere in den technischen Disziplinen! Abhilfe schaffe nur eine höhere Attraktivität des Lehramts durch verbesserte Rahmen-

bedingungen. Die derzeit praktizierten Sondermaßnahmen seien jedenfalls keine Dauerlösung, meinte der Landesvorsitzende. Zu viele Seiteneinsteiger unterminieren den grundständigen Studiengang, der nun zügig auf BA/MA-Abschlüsse umgestellt werden müsse.

„Das Vertrauen in die Staatsregierung ist auf dem Tiefpunkt“

Erfreulich die Bemühungen des Kultusministers um ein besseres Lehrerrimage. Der verbalen Anerkennung aber müssten konkrete Schritte folgen. Nach wie vor bestimme die Rotstiftpolitik den Alltag der Lehrkräfte. Als Punkte des Anstoßes nannte Käfler:

- Die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit ohne Lohnausgleich.
- Das verpflichtende Arbeitszeitkonto, das nichts anderes darstellt als die Zwangserhebung eines zinslosen Arbeitszeitkredits.
- Die drastische Kürzung der Anrechnungstunden, welche die beruflichen Schulen besonders schmerzt, weil sie im Vergleich mit den Gymnasien ohnehin um die Hälfte schlechter dastehen.
- Eine starke Ausweitung außerunterrichtlicher Aufgaben ohne jeglichen Zeitausgleich, festgeschrieben in der Lehrerdienstordnung.
- Die Zusammenlegung von Schulen unter einer Leitung zur Einsparung von Schulleiterstellen.

- Die Übertragung weiterer Verwaltungsaufgaben auf die Lehrer zu Lasten der Unterrichtszeit, z.B. das Einsammeln des Büchergeldes.
- Die Streichung der Möglichkeit für Lehrer, private Arbeitszeitzimmer steuerlich absetzen zu können, wodurch eine besondere Geringschätzung der Lehrertätigkeit zum Ausdruck komme.

Solche Kriterien belasten die Arbeitsmotivation stark. „Wir unterrichten inzwischen so viel Stunden wie nach dem Krieg, an uns ist die Entwicklung der Arbeitszeit in Wirtschaft und Verwaltung einfach vorbeigegangen“, erklärte der Landesvorsitzende. Aber auch auf einen guten Esel könne man nicht ständig mehr aufpacken.

Die Lehrerverbände hatten seinerzeit im guten Glauben an den Ministerpräsidenten ihre Zustimmung zum Arbeitszeitkonto gegeben. Dieser nämlich hatte versprochen, während des entsprechenden Zeitraums die Arbeitszeit nicht zu erhöhen. Und nun? „Unser Vertrauen in die Staatsregierung ist auf dem absoluten Tiefpunkt“, sagte Käfler. Der heftige Beifall auf seine im Grunde sehr unerfreuliche Lagebeschreibung spricht Bände.

Profil 21: Viele innovative Ideen

Der Modellversuch Profil 21 habe inzwischen große Hoffnung geweckt,

Hoffnung auf mehr Selbständigkeit, mehr Eigenverantwortlichkeit sowie Bürokratieabbau. Solche Paradigmen vertragen sich freilich nicht mit einem nur auf Kontrolle abzielenden Schulaufsichtsmodell, wie es derzeit durch die externe Evaluation gegeben sei. Die 18 am Modellversuch beteiligten Schulen haben jedenfalls vielerlei innovative Ideen, welche auf Umsetzung warten. Längst haben wir in der beruflichen Bildung – wie eingangs gesagt – kein Erkenntnisdefizit mehr. Umso stärker empfunden aber werde das Defizit bei der Umsetzung gewonnener Erkenntnisse.

„Ohne Vertrauensvorschuss wird's nicht gehen“

Alles in allem werde es ohne ein Stück Vertrauensvorschuss und ohne finanzielle Anstrengungen nicht gehen. Politik für eine erfolgreiche Zukunft müsse in die Bildung investieren. Die Ressourcen Mensch und Know-how seien nun mal unsere wichtigsten Rohstoffe. Heerscharen berufsloser, perspektivloser und frustrierter junger Menschen können wir uns nicht leisten. Damit aber werden die beruflichen Schulen zu einem ganz zentralen Hebel der gesellschaftlichen Weiterentwicklung“. „Folgen Sie dieser Erkenntnis“, appellierte Käfler an die Adresse der Staatsregierung. „Investieren Sie in die berufliche Bildung“.

Szenenwechsel

Szenenwechsel auf der Bühne des schwäbischen Landestheaters: Am Rednerpult nun Siegfried Schneider, Bayerns Kultusminister. Nicht zum ersten Mal sei er bei einem VLB-Berufsbildungskongress, stellte er fest, zum ersten Male aber als Festredner. Ein exzellenter Sachkenner der beruflichen Schulen, wie sich zeigte, was ja angesichts der Kürze seiner Amtszeit als Kultusminister nicht selbstverständlich ist. In seiner Rede setzte er mehr auf den Überblick und erschien damit relativ unverbindlich.

Aber wie gesagt, politische Entscheidungen fallen nicht bei Festveranstaltungen und allzuviel Spontaneität auf solchem Parkett ist nicht jedermanns Sache.



Angetan von der soliden Zusammenarbeit mit dem VLB: Kultusminister Siegfried Schneider.

Gute Noten für den VLB

Dem VLB und seiner Vertretung erteilte der Minister gute Noten. Faire und konstruktive Gesprächspartner seien sie, die VLB'ler, mit denen er sich gern um Lösungen bemühe.

Dann trug Schneider die in seinem Konzept vorgesehenen Einzelaspekte vor: Die diesjährige Einstellungspraxis zusammen mit den Sondermaßnahmen stand am Anfang sowie die Feststellung, dass das Lehramt an beruflichen Schulen attraktiver werden müsse, was bei der Fachlehrerausbildung in Ansbach bereits geschehen sei. Für die Fachlehrer-Anwärter werde die Durchlässigkeit hin zur Hochschule erhöht, indem sie – besondere Leistungen vorausgesetzt – die fachgebundene Hochschulreife erwerben können.

Mehr Selbständigkeit für die beruflichen Schulen

Den beruflichen Schulen versprach Schneider mehr Selbständigkeit und den Schulleitern verlangte er ein höheres Maß an Führungs- und Managementkompetenz ab. Der Schulversuch Profil 21 sei ausschließlich auf die beruflichen Schulen zugeschnitten. Als zur Erprobung anstehende Handlungsfelder nannte er die Unterrichtsentwicklung, die Personalentwicklung/Personalverantwortung, die Organisationsentwicklung sowie die Finanz- und die Bildungsverantwortung.

Die an dem Versuch Beteiligten ermunterte der Minister, neue Wege zu beschreiten.

Die Erweiterung der Freiräume gehe freilich einher mit einem entsprechenden Qualitätsmanagement, meinte Schneider und verwies auf das Qualitäts-Entwicklungskonzept Q2E, bei dem bereits bestehende Elemente der externen Evaluation berücksichtigt seien.

44 neue Ausbildungsberufe in zwei Jahren

In bedenklicher Weise unterliege die duale Ausbildung ständigen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft. 44 neue Ausbildungsberufe seien in den letzten zwei Jahren eingeführt worden. Im Zusammenhang mit den lernfeldorientierten Lehrplänen dankte Schneider den Lehrkräften für deren Engagement.

„Während an anderen Schulen noch über Handlungsorientierung diskutiert wird, ist diese an der Berufsschule längst eine Selbstverständlichkeit“, sagte der Minister.

Überspezialisierung bereitet Sorge

Die mit dem Schlagwort „Kompetenzzentren“ belegte Organisationsreform für Berufsschulen bezeichnete Schneider als richtigen Schritt. Vereinzelt sehe er die Überspezialisierung mit Sorge, meinte er. Gerade in Zeiten schnell-

„Investitionen in die berufliche Bildung sind für uns Fachpolitiker eine Selbstverständlichkeit“. MdL Ingrid Heckner überbringt den Gruß der CSU-Fraktion im bayrischen Landtag.



len Wandels sei eine breite Grundbildung nötig.

„Wer lehrt, soll auch prüfen“, forderte er, die Note des Berufsschulzeugnisses müsse – wie das neue Berufsbildungsgesetz dies zulasse – in das Kammerzeugnis eingerechnet werden. Für die Durchführung der Prüfung forderte der Minister eine klarere Aufgabenteilung zwischen den Dualpartnern.

Die „neue Unterschicht“ stimmt sehr nachdenklich

Auch dem Minister ist die hohe Zahl von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz ein besonderes Anliegen. „Gegenseitige Schuldzuweisungen zu dieser Situation bringen nichts“, sagte er. Fest stehe, dass man den Betroffenen ein Angebot machen und eine Perspektive vermitteln müsse, der Begriff „neue Unterschicht“, stimme ihn sehr nachdenklich. Schneider verwies auf zusätzliche Plätze an beruflichen Schulen für 3700 Jugendliche.

Ein aktualisiertes JoA-Konzept

Problematisch aber bleibe die Lage für die rund 15000 Jugendlichen ohne Ausbildung, die als Pflichtschüler die Berufsschule besuchen. Ein aktualisiertes Konzept für diese Zielgruppe beinhalte neben stärkerer berufsvorbereitender Qualifizierung auch Möglichkeiten individueller Förderung, die Schaffung von sog. JoA-Funktionsstellen sowie eine realistische Berechnung des Lehrbedarfs für diese Schülergruppe. Seine Hauptschulinitiative fordere u.a. eine bessere Verzäh-

nung von Haupt- und Berufsschule und eine intensivere Zusammenarbeit mit externen Maßnahmenträgern.

Ins gleiche Horn wie VLB-Vorsitzender Hans Käfler stieß der Kultusminister mit seiner Kritik an den internationalen Vergleichsstudien, welche die berufliche Bildung übersehen. Im Hinblick auf die Abiturienten verwies auch er darauf, dass rund 44 Prozent der Studienberechtigten in Bayern von beruflichen Schulen kommen. Mit der beruflichen Oberschule, die auf den bestehenden Strukturen aufbaut, wolle man beweisen, dass der berufliche Bildungsweg dem allgemeinen gleichwertig ist.

„Der deutsche Frisör steht dem Bachelor of Hairdressing nicht nach“

Die Möglichkeiten zur Doppelqualifikation, die Zusammenarbeit beruflicher Schulen und Hochschulen sowie die in-

ternationale Bewerbung unserer Berufsabschlüsse gegenüber Hochschulabschlüssen waren weitere Aspekte in der Rede des Kultusministers. Während in anderen Ländern Fachkräfte ihren Abschlüsse an Hochschulen erwerben, geschieht dies in Deutschland vornehmlich im dualen System oder an Berufsfachschulen. Dabei können unsere Absolventen durchaus mithalten und verfügen in der Praxis oft sogar über einen bemerkenswerten Vorsprung. „Ein deutscher Friseurgeselle dürfte in kürzester Zeit beweisen können, dass er mit seinen Fähigkeiten einem in Großbritannien akademisch ausgebildeten Bachelor of Hairdressing in nichts nachsteht“, sagte Schneider. Der unausgewogenen Beurteilung könne man nicht entgegenwirken, indem man immer mehr Bildungsgänge an die Hochschule verlagere. Deshalb müsse darauf geachtet werden, dass bei der Entwicklung eines Europäischen Qualitätsrahmens – vorgesehen mit achtstufiger Skala – die Besonderheiten der deutschen Berufsbildung angemessen berücksichtigt werden.

„Es ist nicht alles auf einmal leistbar“

Bei all ihren zukunftsreichen Vorhaben setze die Staatsregierung u.a. auf das Engagement und die Kreativität der Lehrer beruflicher Schulen, sagte Schneider. Im Zusammenhang mit den zentralen Themen Lehrbelastung und Unterrichtsversorgung werde man mit dem VLB im Gespräch bleiben. Bei realistischer Einschätzung der Lage müs-

se man aber feststellen: Es ist nicht alles auf einmal leistbar.

Der OB wünscht sich eine Floristenklasse

Die Grußadressen an den Kongress überbrachten für die Stadt Memmingen deren Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger und für die beiden großen Landtagsfraktionen MdL Ingrid Heckner sowie Fraktionschef MdL Franz Maget.

Der Oberbürgermeister – sein Statement war nicht ohne einen gewissen Unterhaltungswert – wies auf die Bedeutung hin, welche die beruflichen Schulen für die Stadt haben, die ja in unmittelbarer Nähe der Landesgrenze liegt. Er bedankte sich bei der regionalen Wirtschaft für die vorbildliche Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und zeigte sich stolz auf seine neue berufliche Oberstufenschule, deren Architekten dafür einen Preis gewannen. Er lobte den Blumenschmuck im Theater und bekannte freimütig, dass er es gern sähe, wenn Memmingen auch eine Floristenklasse hätte. „Dann nämlich gäbe es bei allen Veranstaltungen einen so schönen Blumenschmuck wie hier im Theater“. Von der Staatsregierung aber wünsche er sich, dass diese nicht bei allem den Deckel so stark auflege, erklärte das Stadtoberhaupt unter allgemeiner Heiterkeit.

„Zwei Seelen ...“

Grußworte für die CSU-Landtagsfraktion sprach MdL Ingrid Heckner.

Auch für die langjährige stellvertretende Landesvorsitzende des VLB, bedeutete der Kongress in Memmingen eine Art Rollenwechsel. „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust“, mag sie frei nach Goethe wohl erlebt haben, denn sie fühlt sich dem VLB nach wie vor stark verbunden. Wir alle kennen und schätzen Ingrid Heckner als überzeugte Streiterin für die Belange der beruflichen Bildung. Der Spagat aber zwischen den Verbandszielen und dem politischen Machbaren ist vermutlich nicht immer ganz einfach.

„Investitionen in die berufliche Bildung sind für die entsprechenden Fachpolitiker eine Selbstverständlichkeit“, sagte sie in ihrem Grußwort, schränkte aber ein: „Wir, die Fachpolitiker, stehen in Konkurrenz um die Mittel im Staatshaushalt“. Die hohe Priorität der Bildung werde jedoch überall anerkannt. „Aber alles auf einmal geht halt nicht“. Beim Doppelhaushalt 2009-2010 würden die starken Belastungen der Lehrkräfte beruflicher Schulen selbstverständlich berücksichtigt. Im Hinblick auf die notwendigen Veränderungen bei den Abschlussprüfungen reagieren die Kammern nicht sehr freundlich, meinte sie und verwies auf Österreich, wo die Rivalität zwischen Schule und Wirtschaft längst nicht so groß sei wie in Deutschland.

In Sachen „Abschlussprüfungen“ bestehe in den beiden federführenden Ausschüssen des Landtags – Bildung und Wirtschaft – im Übrigen Einigkeit, einen Landtagsbeschluss auf den Weg

zu bringen, der auf die Abnahme der theoretischen Prüfung durch die Berufsschule zielt. Als Expertin für Fragen der beruflichen Bildung hat MdL Heckner die Meinungsbildung innerhalb ihrer Fraktion in dieser Angelegenheit maßgeblich beeinflusst; sie gilt schließlich als Initiatorin dieser Initiative.

Besonders am Herzen liegen ihr u.a. die Schulen der beruflichen Oberstufe, meinte die Abgeordnete, denn FOS und BOS seien im Bewusstsein der Öffentlichkeit noch längst nicht so verankert, wie dies sein sollte.

Hinsichtlich der Reform des Beamtenrechts werde es noch vor der Landtagswahl 2008 Anhörungen über die Eckpunkte geben. „In vielen Fragen sind wir den Anliegen der Verbände ohnehin schon nähergetreten“, sagte MdL Heckner.

„Die teuerste Lösung ist die, alles zu lassen wie es ist“

Zu guter Letzt am Rednerpult noch MdL Franz Maget, der Chef der SPD-Landtagsfraktion. Sein persönliches Kommen allein bringt die Bedeutung der beruflichen Schulen zum Ausdruck. Fraktionschefs waren bislang jedenfalls die Ausnahme bei den VLB-Kongressen. Mit seinem sehr präzisen Statement traf Maget erkennbar den Nerv der Anwesenden. Zugegeben, dies macht sich aus der Rolle des Oppositionspolitikers heraus leichter. Dennoch gibt's an seiner Darstellung nichts zu rütteln.

Katastrophal die psychologische Befindlichkeit der zigtausend Jugend-



Beim anschließenden Stehempfang im Memminger Theater: VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler im Gespräch mit Kultusminister Siegfried Schneider. Links Martin Krauß, VLB-Bezirkspersonalrat.



Franz Maget beim Gedankenaustausch mit Dietmar Leischner (VLB) und Sophia Altenhan (VLB).



Ingeborg Kubosch, stellvertretende Leiterin der Abteilung VII im Kultusministerium und Min. Dirig. Hans-Wilhelm-Thomé, der scheidende Leiter der Abteilung.



„Katastrophal die psychologische Befindlichkeit der zigtausend Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz“.
MDL Franz Maget, Chef der SPD-Landtagsfraktion.

lichen ohne Ausbildungsplatz, nicht minder problematisch die Lage der Lehrer, die mit diese frustrierten jungen Leute an der Berufsschule Bildung zu betreiben haben, meinte er. Zwei kurzfristige Lösungsmöglichkeiten böten sich an: Erstens die Nutzung überbetrieblicher Ausbildungswerkstätten und zweitens vollschulische Ausbildungsmaßnahmen, also die Einrichtung von mehr Berufsfachschulen. „Geld hin Geld her, die teuerste aller Lösungen ist die, alles so zu lassen wie es ist“, erklärte er.

An der FOS beziffere sich der Schülerzuwachs inzwischen auf 26 Prozent, eine Quote, welcher der momentane Lehrerzuwachs in keiner Weise zu folgen vermag. Die Stellenfrage müsse jetzt gelöst werden und nicht erst in zwei Jahren. Die Erhöhung der Mehr-

wertsteuer bringe dem Freistaat rund eine Milliarde ein. „Damit könnte man die entscheidenden Prioritäten setzen und wahr machen, was man in Sonntagsreden immer beschwört“.

Wer die Motivation der Lehrer lobte, müsse sie, die Lehrer, auch in die Lage versetzen, das zu tun, was notwendig ist, also die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Noch seien die meisten Lehrer motivierbar. Eine generelle Resignation aber wäre das Schlimmste, was uns passieren könnte. „Bevor Sie resignieren, protestieren Sie“, rief er den Kolleginnen und Kollegen zu.

Der eklatante Mangel an Berufsschullehrern habe seinen Grund in der zu geringen Attraktivität dieser Tätigkeit. Alle bei Pisa erfolgreichen Länder haben den gesellschaftlichen

Stellenwert des Lehrerberufs erhöht. Zu Recht werde das duale System der Berufsausbildung gelobt, sagte Maget. Kernstück des dualen Systems aber sei die Berufsschule. „Deshalb warten Sie nicht länger, investieren Sie“ appellierte der Oppositionschef an die Adresse der Staatsregierung.

Viel Beifall für das Rahmenprogramm

Die Eröffnung der festlichen Hauptveranstaltung lag bei Jürgen Wunderlich, dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Schwaben im VLB. Wunderlich hieß einen sehr großen Kreis prominenter Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kirche, Schule und Verwaltung herzlich willkommen, darunter auch den neuen Leiter der beruflichen Abteilung im Kultusministerium, Dr. Peter Müller.

Das Rahmenprogramm gestalteten Schülerinnen der Memminger Berufsfachschule für Hauswirtschaft mit einer symbolträchtigen Performance sowie die Musikgruppe der FOS/BOS Memmingen unter der Leitung von Ines Halbreiter. Beide Gruppierungen erhielten großen Beifall. Für den bereits lobend erwähnten Blumenschmuck verantwortlich zeichnete die Floristenklasse der staatlichen Berufsschule Neusäss.

Beim anschließenden Stehempfang schließlich wurden viele gute Gespräche geführt. <

Schülerinnen der Memminger Berufsfachschule für Hauswirtschaft bei einer vielbeachteten Performance.



Forum zur Bildungspolitik:

Evaluation ja, aber unter anderen Rahmenbedingungen

MARTIN RUF

„Bringt Evaluation mehr Qualität?“ – mit dieser Fragestellung hatte der VLB zu seinem bildungspolitischen Forum geladen. Moderator Manfred Greubel konnte auf dem Podium aus der Politik Christine Kamm, MdL und innenpolitische Sprecherin vom Bündnis90/Die Grünen begrüßen. Die Hochschuleseite vertrat Prof. Dr. Karl Wilbers vom Wirtschaftspädagogik-Lehrstuhl der Uni Nürnberg, während Dr. Otmar Schießl als Leiter der Qualitätsagentur Rede und Antwort stand. Die Seite der Schulen vertrat Ferdinand Klinger, Schulleiter in Aschaffenburg. Für die Position des VLB trat der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Birner ein.

Mit den Leitfragen „Welcher Nutzen und welche Konsequenzen ergeben sich aus der Evaluation für Stakeholder?“ und „Welche Gelingensbedingungen sind nötig?“ führte Moderator Manfred Greubel in die Diskussion ein.

Nutzenanalyse

Prof. Wilbers betonte zunächst, dass Evaluation „ein Baustein im Gesamtkomplex Bildung“ sei und somit dazu beitrage, den Prozess hin zu einer Schulentbürokratisierung zu unterstützen. Gleichzeitig warnte er aber auch, Evaluation nicht als Modewelle zu betrachten und forderte eine entsprechende Nachhaltigkeit ein, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Das Eingangsstatement von Christine Kamm zielte in die gleiche Richtung, obwohl sie eingestand, dass sich die Politik noch nicht wirklich intensiv mit der Problematik der Evaluation beschäftigt habe. Letztlich müsse aber als strategische Zielsetzung gelten, mehr Schulautonomie mit/durch Evaluation zu erreichen. Qualitätsagenturleiter Dr. Schießl stellte in seinen Ausführungen nochmals die be-

sondere Dienstleistung der Agentur hinsichtlich des Nutzens von Evaluation heraus:

- Wissen zur Verfügung zu stellen, das für die Steuerung eines modernen Schulwesens erforderlich ist (auf der Ebene der einzelnen Schule wie auch der Region und des Landes), wobei der Leistungsstand der Schulen bzw. Schüler durch empirisch erhobene Daten untermauert wird, die in einem Bildungsmonitoring Eingang finden und in ihrem Wirkzusammenhang für das Schulwesen dargestellt werden;
- den Schulen einen möglichst objektiven Spiegel für die weitere Schulentwicklung und die Rechenschaftslegung an die Hand zu geben;
- Ableitung von Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung an bayerischen Schulen auf der Grundlage von Daten, die dann bspw. von der ALP in Dillingen aufgearbeitet werden.

Waren die Ausführungen der bisherigen Redebeiträge verstärkt theoretischer Natur, heizte Schulleiter Ferdinand Klinger, dessen Schule bereits evaluiert wurde, mit seinen Aussagen die Stimmung im Forum an: so bestehe für ihn die Gefahr, dass sich durch die Hintertür evtl. eine weitere Schulaufsichtsbehörde etablieren könne, obwohl die Qualitätsagentur ihrem Selbstverständnis nach „unabhängig von der Schulaufsicht“ arbeite. Weiterhin stellte er fest, dass die bisher gelaufene Evaluation eher einer Verschwendung von Mitteln gleichkomme, da z.B. die Evaluationsteams zu spärlich mit Anrechnungsstunden ausgestattet sind, um effektiv zu arbeiten. „Ex-

terne Evaluation ist die beste Fortbildung für Evaluatoren“ - mehr nicht, wie Klinger weiter ausführte. So hätten ihm die Ergebnisse der Evaluation an seiner Schule nichts wesentlich Neues gebracht. Zum Schluss der ersten Runde bekräftigte der stellvertretende VLB-Landesvorsitzende Michael Birner die Aussagen von Klinger und kritisierte, dass den Schulen nicht die Möglichkeit eingeräumt wurde, der externen eine interne Evaluation vorzuschalten und vorab ein Qualitätsleitbild zu entwickeln. Evaluation sollte nicht von außen aufgesetzt, sondern von innen angestoßen werden.

Fasst man die Aussagen der ersten Fragerunde zusammen, so hat Michael Birner mit seiner Aussage, dass die Evaluation noch mit vielen Kinderkrankheiten versehen ist, sicherlich recht, da sich der Prozess der Evaluation erst am Anfang einer hoffentlich positiven Entwicklung befindet.

Gelingensbedingungen

Bevor über die Gelingensbedingungen auf dem Podium diskutiert wurde, sammelte Moderator Greubel Meinungen aus dem Auditorium. Aussagen wie „Geldverschwendung“, „Wissenszuwachs ist gleich 0“, „Kasperltheater“ oder das „Kollegium wird durch Evaluation getrennt“ heizten die Diskussion nochmals richtig an. Daneben wurde immer wieder die Sinnhaftigkeit der Unterrichtsbe-

Evaluation = Bewertung eines Projektes bzw. Prozesses anhand von festzulegenden Kriterien entweder von innen (interne oder Selbstevaluation) und/oder außen (externe Evaluation) zur Standortbestimmung und Beschreibung von Verbesserungspotentialen.

suche während der Evaluation in Frage gestellt. Besonders Qualitätsagenturleiter Dr. Schießl tat sich schwer, die Argumente der Lehrkräfte zu entkräften, als er beispielsweise feststellte, dass es möglich sei, nach einer Stunde Unterrichtsbesuch eine „sichere Analyse“ der Unterrichtsqualität an einer Schule abzuleiten. Ob er mit seiner Aussage, dass „es nichts mache, wenn



Die Ausführungen der Podiumsredner forderten die Zuhörer zum Teil zu sehr kritischen Fragestellungen heraus.

nichts herauskommt“, dem Anliegen der Evaluation gedient hat, ist sicherlich eine Überlegung, die sich nicht nur der Verfasser dieser Zeilen stellte. Verschwiegen soll jedoch nicht werden, dass es aus dem Publikum auch positive Plädoyers zum Thema gab. So berichtete eine Kollegin, die Mitglied in einem Evaluationsteam ist, dass durch die Evaluation von außen sehr wohl Impulse gesetzt werden können, einen begonnen Schulentwicklungsprozess zu unterstützen.

Prof. Wilbers versachlichte dann mit seinen Ausführungen zu den Gelingsbedingungen die Diskussion. Wenn

- die Ressourcenfrage geklärt ist,
- ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Evaluationsteam und der Schule aufgebaut ist,
- der Focus auf Unterrichtsentwicklung gelegt wird,
- Supportsysteme bereitgestellt sind,
- ein Implementierungsprozess mit der Evaluation einhergeht,

dann kann es gelingen, eine Vertrauenskultur aufzubauen, die letztlich dazu führt, dass durch Evaluation an den Schulen nachhaltig etwas Positives geschieht. MdL Christine Kamm betonte, dass Schulentwicklung mit Hilfe von Evaluation letztlich nur erfolgreich sein wird, wenn auch die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung stehen. Sie versprach, dass sich ihre Partei dafür einsetzen werde. Einen

interessanten Ansatzpunkt, wie Evaluation effektiv funktionieren könne, stellte der Münchner VLB-Betriebsvorsitzende Erich Baumann kurz dar, als er den Münchener Ansatz zur Qualitätsentwicklung anriss: die Schule setzt sich Ziele, deren Umsetzung dann extern begleitet wird. Dies kommt dem in der Diskussion zum Ausdruck gebrachten Wunsch nahe, Evaluation von „innen nach außen“ und nicht umgekehrt durchzuführen.

Position des VLB

Klar und eindeutig brachte Michael Birner in dieser Diskussion die Haltung des VLB zum Thema Evaluation zum Ausdruck:

Nach Meinung des VLB hängt die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Schulen entscheidend davon ab, ob ihnen der Dienstherr ein Mehr an Selbständigkeit und Eigenverantwortung zugesteht und es den Schulen damit auch gelingt, zu mehr Qualität zu gelangen. Dass dieser Weg nicht ohne ein funktionierendes Qualitätsmanagement denkbar ist, wird heute niemand mehr ernsthaft bestreiten, ebenso wenig die Tatsache, dass ein Mehr an Autonomie nicht ohne Rechenschaftslegung zu haben ist.

So begrüßt der VLB ausdrücklich den Modellversuch „Profil 21“, dessen zentrales Anliegen die Entwicklung eines für Schulen geeigneten Qualitätsmanagements ist. Und der VLB



Das Podium: von links Michael Birner, Dr. Otmar Schießl, Christine Kamm, Moderator Manfred Greubel, Prof. Karl Wilbers und Ferdinand Klingler.

akzeptiert aus dem genannten Grund auch eine externe Evaluation. Denn welcher Schulleiter wünscht sich nicht schon heute einen Blick von außen auf seine Schule und Hilfe bei einer standardisierten Lehrer- und Schülerbefragung, die – in Abständen durchgeführt – wichtige Hinweise zur Schulqualität liefern kann.

- Was unsere Kolleginnen und Kollegen erregt, ist deshalb auch nicht die externe Evaluation an sich, sondern der „Top-Down“-Gedanke, der in Bayern verfolgt wird und dem Weg „bottom up“ die nötigen Ressourcen versagt.
- Was uns erregt, ist die externe Evaluation, ohne dass es den Schulen vorab möglich gewesen wäre, ein Qualitätsleitbild zu entwickeln.
- Was wir beklagen, ist der enorme Aufwand (gemessen am bisher sichtbaren Ertrag), den sich der Freistaat für seine externe Evaluation leistet, und gleichzeitig dazu die Belastung seiner Lehrer an beruflichen Schulen ins Unerträgliche wachsen lässt.

Was wir uns wünschen, wäre der umgekehrte Weg:

1. Die Entwicklung eines Qualitätsleitbildes sowie die Implementierung und Nutzung eines Qualitätssicherungssystems an den Schu-

len einschließlich der dazu nötigen Ressourcen.

2. Eine externe Evaluation nur dann, wenn bestimmte Parameter einer Schule außerhalb eines zu definierenden Toleranzbereiches liegen.
3. Eine deutliche Unterstützung von Schulen, die sich verbessern möchten, und zwar durch Rat, Zeit und Geld.

Was uns an der momentan praktizierten Externen Evaluation nicht gefällt, ist

- die Rekrutierung der Evaluatoren aus der Region (Berufsschulen stehen nicht selten in Konkurrenz zu einander);
- die zusätzliche Belastung einer zunehmend strapazierten Verwaltung und eines dramatisch überlasteten Kollegiums;
- der Aufwand für Unterrichtsbesuche, die ohnehin keine statistisch abgesicherten Rückschlüsse auf die Unterrichtssituation an einer Schule erlauben;
- ein Evaluationsergebnis, das durch

der Anonymität geschuldete Pauschalierung für die Schulen wenig hilfreich ist;

- eine Begrifflichkeit, die an frühere Schulvisitationen erinnert („Schwächen“).

Wenn in einem ersten Durchlauf alle bayerischen Schulen evaluiert worden sind, dann wäre es doch eigentlich an der Zeit für eine unabhängige Kosten-Nutzen-Analyse. Eine Evaluation der Evaluation sozusagen – wir sind gespannt.

Fazit

Das Forum hat gezeigt, dass zur Klärung der eingangs gestellten Frage noch erheblicher Gesprächs- und Handlungsbedarf besteht. Als Hausaufgabe nimmt der VLB mit, ein konstruktiv-kritischer Begleiter und auch Weichensteller dieses Prozesses zu sein.

Zum Abschluss des Forums bedankte sich Moderator Manfred Greubel bei den Podiumsteilnehmern, aber auch beim Auditorium für die regen Diskussionsbeiträge. <

Forum Dienstrecht:

Die Politik macht aus motivierten Lehrkräften frustrierte

HANS PREISL

„Erfüllt der Dienstherr seine Fürsorgepflicht?“ Wolfgang Lambl kleidete das Thema seines Dienstrechtsforum bewusst in eine rhetorische Frage. Diese Frageform erwartet ja nicht wirklich eine Antwort. Sie diente schon in der antiken Rhetorik mehr dazu, vorhandenen Unwillen in deutlicher Form zum Ausdruck zu bringen. Mit einer entsprechenden Erwartungshaltung dürften die Teilnehmer des Forums in die Veranstaltung gegangen sein. Etwas überraschend war der Besucheransturm deutlich geringer, als manche angesichts des aufgeregten Frustrationspotenzials erwartet hätten. Gut die Hälfte der Stühle blieb leer.

Viele realitätsbewusste Berufsschullehrer haben offensichtlich die rhetorische Fragestellung auf ihre Weise beantwortet: Ihre unausgesprochene Verneinung drückten sie mit den Füßen aus. Denen, die nicht da waren, sei es schon hier verraten: Sie haben nichts versäumt. Dazu trug auch bei, dass sich die großen Parteien schwer taten eine geeignete Besetzung für das Podium zu finden. Wolfgang Lambl brachte seinen Handy-Akku an die Kapazitätsgrenze, als er verzweifelt versuchte Vertreter der politischen Parteien für die Dienstrechtsveranstaltung zu gewinnen. Adi Sprinkart von den Grünen war der Einzige, von dem die Veranstaltungsteilnehmer den Eindruck mit-

nehmen konnten, dass er sich kompetent zu den Problemen äußern kann, die den Lehrern an beruflichen Schulen auf den Nägeln brennen. Bei den Vertretern der kleinen und der großen Volkspartei wurde man das Gefühl nicht los, dass sie die Problematik als offensichtlich fachfremde nur am Rande interessiert. Sie übten sich in der Rolle der braven Parteisoldaten, die bekannte Worthülsen zum Besten gaben.

Kann ein Ministerium seine Geringschätzung gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern deutlicher zum Ausdruck bringen als dadurch, dass es gerade zu diesem Thema keinen Vertreter schickt? Schon wieder eine rhetorische Frage.

Nach der Begrüßung der Besucher und Podiumsteilnehmer warf Marion Merkle, die VLB-Dienstrechtsreferentin, einen Blick zurück auf die Ereignisse, die zur Formulierung des Podiumsthemas geführt hatten. Ihre Chronik der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wuchs zu einer bedrohlich langen Liste.

Sie verwies u.a. auf mehrere Runden Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich und das verpflichtende Arbeitszeitkonto. Damit hat die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer das Niveau von 1948 erreicht! Hinzu kommt noch die Streichung von dringend notwendigen Anrechnungsstunden. Damit würden gerade die bestraft, die sich an Schulen besonders engagierten. Das Kahlshlagsregister ließe sich problemlos verlängern. Zur gestiegenen Arbeitsbelastung kämen zudem drastische monetäre Verschlechterungen: Das Urlaubsgeld ist gestrichen worden, das Weihnachtsgeld zusammengekürzt und ihr häusliches Arbeitszimmer müssen Lehrer ihrem Dienstherrn künftig gratis zur Verfügung stellen.

Damit hat für Marion Merkle die Belastung der Lehrkräfte ihre zumutbare Grenze überschritten.

Wolfgang Lambl entnimmt den Grußworten der Politiker im Programmheft des Berufsbildungskongresses, dass sie diese Situation ähnlich sehen. „Es ist kein Erkenntnisproblem, es ist ein Umsetzungs-

problem“, resümierte er. Deshalb will er, dass Politiker den Worten endlich Taten folgen lassen. In einer ersten Runde wollte er deshalb von den Podiumsteilnehmern erfahren, was in ihrem Verständnishorizont Fürsorgepflicht bedeutet.

Hans Käfler empfahl dem Freistaat Bayern als Arbeitgeber sich an erfolgreichen bayerischen Betrieben zu orientieren. So liege die Erfolgsphilosophie des Autoherstellers Audi darin, dass man nur wettbewerbsfähig sein könne, wenn man eine ausgezeichnete Mannschaft habe. Um das zu erreichen hat sich das Ingolstädter Unternehmen ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: „Wir wollen der beste Arbeitgeber sein.“

Wenn der Freistaat die besten Ergebnisse an Schulen erzielen möchte, braucht er die besten Lehrer. Das geht nur, wenn Bayern der beste Arbeitgeber ist. In diesem Sinn bedeutet für Hans Käfler Fürsorge, dass der Freistaat seine Mitarbeiter wertschätzt und dass er deren Abhängigkeit nicht ausnützt.

CSU-MdL Alfons Zeller lobte die beruflichen Schulen und nannte sie einen „entscheidenden Faktor in der Bildungspolitik des Landes“. Dann wettete er über OECD-Schelte wegen des geringen bayerischen Abiturientenanteils, stimmte ein Loblied auf die „Meister als Leistungsträger“ an und befand: „Bayern hat eine Vorreiterrolle gespielt für die Beamten“. Dann musste natürlich schnell eine Begründung her für die von Marion Merkle beschriebene Kahlschlagspolitik und die fand sich natürlich schnell als leere Phrase im Argumentationsköfferchen einer unangreifbaren Parteidialektik: „Wir sind eingebunden in die Globalisierung.“

Die SPD-Abgeordnete Simone Strohmayr beschlich angesichts der Stimmung im Saal das Gefühl, „dass Betroffene es nicht mehr so machen können, wie sie es machen wollen.“ Sie ist der Meinung, dass sich die Streichung der Anrechnungstunden negativ auf die Motivation auswirkt. Deshalb sei es das Gebot der Stunde in Bildung zu investieren. Seit Jahren versuche die SPD erfolglos im Land-



Kollegen artikulieren ihren Unmut: Der Dienstherr untergräbt die Motivation der Lehrkräfte.

tag die Bildungsmilliarde durchzudrücken. Das Landtagsplenum habe eben erst aus Zeitmangel einen SPD-Antrag zur Verbesserung der Situation an den beruflichen Schulen an den Ausschuss verwiesen.

Beamte werden zum Spielball

Adi Sprinkart, der für die Grünen im Ausschuss für den öffentlichen Dienst sitzt, fand deutliche Worte für die Situation der Beamten in Bayern. Für ihn sind Staatsdiener in Bayern deshalb schwach, weil sie sich nicht wehren können. Er ist der Meinung, dass das enge Korsett des Berufsbeamtentums nicht taugt um Interessen zu vertreten. Der öffentliche Dienst stecke in einer Zwangsjacke. „Die hält in einer Ellenbogengesellschaft zwar schön warm, aber man kann sich nicht mehr wehren um sich für seine Interessen einzusetzen.“ Besondere Kritik übte der Grünenabgeordnete an der Arbeitszeitverlängerung. Sie habe eine große Zahl von Ausbildungsplätzen vernichtet.

Viele Maßnahmen des Dienstherrn führten zur Demotivation der Kollegen. Eine Folge davon sei, dass Lehrer nach Baden-Württemberg abwanderten (auf der Suche nach dem besten Arbeitgeber).

Stellvertretend für die Schulaufsichtsbeamten der Regierungen, für die Ministerialbeauftragten der FOS/BOS und für das Kultusministerium

zeigte sich der Ltd. Regierungsschuldirektor Michael Waidhauser von der Regierung von Oberbayern so mutig, sich dem Thema „Fürsorgeverpflichtung des Dienstherrn“ zu stellen. Er äußerte sich zunächst zu seinem Selbstverständnis. Als Regierungsvertreter betrachte er sich als Berater und Helfer, allerdings sehe er sich in einen bestehenden Rahmen eingebunden. Schulaufsicht bedeute für ihn auch Missbrauch zu verhindern. Das Thema Arbeitsbelastung ansprechend meinte er: „Lehrer sind keine Maschinen mit beliebig vermehrbaren Betriebsstunden.“

Vorsichtig zurückhaltend äußerte sich der Verbandskollege des baden-württembergischen Lehrerverbandes und Mitglied des Hauptpersonalrats Gerd Baumer. Als einer der Triebfedern war er maßgeblich an dem Zustandekommen einer Dienstvereinbarung zum Thema „Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen“ zwischen KM und HPR beteiligt. Die Frage von Wolfgang Lambl: „Sind die Dienstherrn in BW fürsorglicher?“ beantwortete er lakonisch: „Die Fürsorgepflicht ist an den Schulen noch nicht angekommen.“

In der zweiten Podiumsrunde wollte Moderator Wolfgang Lambl wissen, ob der Staat seine Fürsorgepflicht gerecht werde.

Hans Käfler gab eine differenzierte Antwort. Er wollte durchaus respek-



Das Dienstrechtpodium: von links Gerd Baumer, Adi Sprinkart, Michael Waidhauser, Marion Merkle, Moderator Wolfgang Lambl, Alfons Zeller, Simone Strohmayr und Hans Käfler.

tieren, dass es in Bayern Bereiche gibt, in denen sich Lehrer im Vergleich zu anderen Bundesländern besser stellen. Dazu gehöre beispielsweise die Regelbeförderung nach A14. Auch gebe es noch, wenn auch in deutlich reduzierter Form, Leistungsanreize. Er sieht allerdings die Gefahr, dass infolge der Föderalismusreform ein Wettlauf nach unten entstehe. Hart ins Gericht ging Käfler mit der Art und Weise, wie die Arbeitszeiterhöhung durchgedrückt wurde. Hier sei noch dem Motto verfahren worden: „Wer einen Teich trockenlegen will, darf nicht die Frösche fragen.“ Das zeuge von emotionaler Kälte und Geringschätzung der Kollegen.

Gerd Baumer verneinte Lambls Frage für sein Bundesland eindeutig. Weder arbeitstechnisch noch im psychomentalen Bereich komme Baden-Württemberg seiner Fürsorgeverpflichtung nach.

Der Regierungsvertreter beantwortete die Frage mit einem vorsichtigen Ja. Er sieht allerdings Handlungsbedarf insbesondere bei älteren Kollegen. Hier häuften sich Burn-out-Fälle und langfristige Erkrankungen.

Ein klares Nein kam von Adi Sprinkart. Er kritisierte insbesondere den Umgang des Dienstherrn mit seinen Mitarbeitern. Motivation und Personalführung gebe es nicht, eher eine Behandlung wie Leibeigene. Die Art und Weise, wie die 42-Stundenwoche

eingeführt worden sei, habe bei den Staatsdienern den Eindruck verstärkt, Spielball der Politik zu sein.

Der CSU-Vertreter sieht die Fürsorgepflicht des Dienstherrn erfüllt. Beamte sollten sich bewusst machen, dass sie einen sicheren Arbeitsplatz hätten. Für die Zukunft wünscht er sich eine leistungsorientiertere Besoldung.

Als Wolfgang Lambl die Diskussion freigab, wurden in recht eindeutiger Weise die Finger in offene Wunden gelegt. Ein Diskussionsteilnehmer meinte, der Umgang des Dienstherrn führe dazu, dass Lehrer abwanderten in die Wirtschaft. Ein anderer hält die Besoldung der Referendare für schlicht beschämend. Er sieht darin den Grund, dass Schulen keinen Nachwuchs mehr bekommen. Die Kollegien drohten deswegen zu überaltern

Die Streichung von Anrechnungstunden bestrafe besonders engagierte Lehrer. Kürzungen im Bildungsbereich verhinderten individuelle Förderung und das in einer Zeit, in der die Schüler immer schwieriger würden. Die vielen Negativfakten lassen nicht nur Bezirkspersonalrat Horst Lochner an der Loyalität des Dienstherrn zweifeln.

An diesen Tatsachen kommt in der Schlussrunde auch Alfons Zeller nicht vorbei. Er konzediert, dass Deutschland in einer Vertrauenskrise lebe. Für

die Berufsschulen räumt er ein, dass die Politik einen gewissen Nachholbedarf zu befriedigen habe.

Michael Waidhauser bekräftigt, dass Beamte immer noch hoch motiviert sind, dass der beengende Rahmen aber weiter werden müsse. Simone Strohmayr sieht Verbesserungsbedarf bei den Arbeitsbedingungen. Die SPD wolle diesen durch permanente Anträge in Erinnerung halten.

Adi Sprinkart fordert ein ganzes Bündel an Veränderungen. Es gelte den Gleichklang bei der Arbeitszeit zwischen Beamten und Angestellten herzustellen. Es müssten mehr Lehrer eingestellt werden, auch um die Klassenstärken reduzieren zu können. Er möchte, dass die Politik hinter den Lehrern stehe. Momentan erlebe er nämlich, „wie man aus motivierten Lehrkräften frustrierte macht.“

Wir haben eine veritable Vertrauenskrise

Gerd Baumer beobachtet, dass es Pädagogen in Bayern und Baden-Württemberg gleich schlecht geht. Er gibt zu bedenken, dass Lehrer Vorbildfunktion haben und Multiplikatoren sind. „Zurzeit können wir nur schlechte Multiplikatoren sein.“

Hans Käfler kritisiert, dass in Bayern der Bildungshaushalt trotz aller gegenteiligen Beteuerungen sogar sinkt, wenn man die Ausgaben für Pensionen herausrechnet. Er mahnt eine Harmonisierung der Arbeitszeit zwischen Angestellten und Beamten an. Die Stimmung unter den Kollegen fasst so zusammen: „Wir haben eine veritable Vertrauenskrise gegenüber dem Dienstherrn.“ Er appellierte an die Politiker das Vertrauen zu stabilisieren. „Dafür brauchen wir eindeutige und zuverlässige Signale.“

Wolfgang Lambl überreichte den Podiumsteilnehmern am Schluss der Runde ein Geschenk von niedrigem materiellem Wert, aber hohem Symbolgehalt: einen VLB-Eiskratzer. Er sieht Bedarf dafür: „Wenn die Welt kälter wird, brauchen Sie klare Sicht auch in rauen Zeiten.“

Arbeitskreise

Bearbeitet von Martin Ruf

Agrarwirtschaft

Thema Besichtigung einer Kompostier- und Biogasanlage
Leitung Peter Käßmayer (Dipl.-Ing. FH)
Mitwirkende Horst Lochner, Karl Liebherr, Gertrud Schneider

Über doppelt so viele Teilnehmer wie bei unserer Veranstaltung in Bamberg fanden an dem angebotenen Programm der Fachgruppe Agrarwirtschaft Gefallen. Das Biomassekompetenzzentrum in Erkheim bei Memmingen war das Ziel der Interessierten aus fast allen Regierungsbezirken Bayerns. Trotz widrigster Wetterverhältnisse ließen sich die Gartenbau- und Landwirtschaftskollegen bei einem Rundgang durch den Betrieb von Dipl.-Ing. FH Peter Käßmayer in die Geheimnisse der Biomasseenergiegewinnung einführen. Über sechzig Arbeitskräfte befassen sich u.a. mit der Vergärung von Bioabfällen und Speiseresten der Industrie zu hochwertigem Wirtschaftsdünger für die Landwirtschaft. Ganz nebenbei entsteht hier pro Stunde 1 Mega-Watt Strom. Ein weiteres Standbein der Firma ist die Gewinnung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen. Im Biomassehof werden aus heimischen Hölzern Hackschnitzel für gewerbliche oder private Kunden gefertigt. Sehr beeindruckend für uns Lehrkräfte war die Dimension der Anlage für Rindenmulch- und Kompostbereitung. Hier hat Käßmayer hohe Investitionen für die Zukunft getätigt. Bei der Logistik wird die in großen Teilen Schwabens aktive Firma von 14 betriebseigenen LKW unterstützt.

Eine ausführliche Diskussion über Energieversorgung in der Zukunft rundete den sehr informativen Nachmittag ab. Ein besonderer Dank gilt neben dem Betriebsleiter Peter Käßmayer auch Karl Liebherr von der Berufsschule 3 in Kempten, der diese Betriebsbesichtigung organisiert hat.

Die große Teilnehmerresonanz an dieser Veranstaltung im Rahmen des Berufsbildungskongress in Memmingen macht uns Mut, auch in Zukunft aktuelle Themen für den Kollegenkreis aus der Agrarwirtschaft anzubieten. *Josef Kraft*

Büroberufe

Thema Aktuelles rund um die Büroberufe
Leitung Paul Beetz
Mitwirkende Monika Pfahler (Referentin kfm. Bildung ISB), Mitglieder FG

Neuordnung der Büroberufe

Die Gerüchteküche über die Neuordnung der Büroberufe oder die Einführung neuer Lehrpläne ist grenzenlos. Zur Klarstellung konnte als Referentin Monika Pfahler vom ISB München gewonnen werden. Die eindeutige Aussage im gut besuchten Arbeitskreis lautete: „Es sind keine neuen Lehrpläne in Sicht und außer-

dem wird die Neuordnung auch nicht so schnell vor sich gehen.“ Sogar auf Bundesebene wird das Thema schon diskutiert, so geschehen in der Frankfurter Rundschau am 21. Juni 2006.

Die drei Büroberufe

- Bürokaufmann
- Kaufmann für Bürokommunikation
- Fachangestellte für Bürokommunikation

sollen zusammengefasst werden, vielleicht unter einem neuen Namen „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“.

Die endgültige Entscheidung steht noch aus. Es fanden Gespräche zwischen den beiden Gewerkschaften ver.di und IG Metall mit den Arbeitgeberverbänden statt. Die Fortsetzung der Gespräche wird im Jahre 2007 sein, so dass es bis zum Jahre 2008/2009 dauern könnte, bis Ergebnisse auf dem Tisch liegen, so die Aussage von Thomas Ressel, Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik beim Vorstand der IG Metall, in einem Telefongespräch mit Arbeitskreisleiter Paul Beetz. Welche Neuerungen die Zukunft bringt ist offen. Die Fragen könnten lauten:



Gibt es gestreckte Prüfungen in zwei Prüfungsteilen, mit unterschiedlichem Niveau? Wie viele Fragen sind offene Fragen? Wie sollte die fachliche Qualifikation gestärkt werden? Ist eine stärkere Kundenorientierung in den Vordergrund zu stellen?

Die Zielwünsche sind unbegrenzt. Die Überschrift im Frankfurter Zeitungsbericht drückt alles treffend aus: „Der Beruf für das Office der Zukunft“. In Deutschland werden ca. 100000 Jugendliche in den genannten Büroberufen ausgebildet. Es wäre wünschenswert, die bisherige Attraktivität dieser Berufe durch eine Neuordnung oder Zusammenlegung zu erhalten und weiter auszubauen. Der Fachangestellte für Bürokommunikation wurde hauptsächlich für den öffentlichen Dienst ausgebildet, hat aber mit ca. 4000 Verträgen in der Zukunft wohl sicher keine große Bedeutung mehr. Nachdem in Deutschland das Berufsbildungssystem ein „Duales System“ von Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen ist, wäre es sicherlich von großem Nutzen, wenn auch die Lehrer an beruflichen Schulen bei der Neuordnung der Büroberufe in den Gestaltungsprozess mit integriert werden. Die bewährten Berufe Bürokaufmann und Kaufmann für Bürokommunikation sind eine gute Grundlage für einen kaufmännischen Querschnittberuf.

Offene Fragestellungen in den Prüfungen

Ab der Sommerprüfung 2007 werden in den Berufsabschlussprüfungen der IHK offene Fragestellungen beantwortet werden müssen. In den beiden Ausbildungsberufen Bürokaufmann und Kaufmann für Bürokommunikation werden diese offenen Fragen im

Rahmen des Faches „Bürowirtschaft“ gestellt. Die Anzahl der Fragen, mit möglichen Unterfragen, wird ungefähr bei 30 liegen. Ängste müssen sich bei den Prüflingen nicht unbedingt entwickeln, falls sich die Betriebe und Berufsschulen an den Bildungszielen in der Ausbildung orientiert haben und die Berufsschülerinnen und Berufsschüler motiviert waren, diese Ausbildungsziele zu erreichen.

Poolstundenverteilung an den Berufsschulen

In der Diskussionsrunde des Arbeitskreises zum Thema Poolstunden war zu erfahren, dass jede Berufsschule ein anderes Verfahren zur Verteilung der Poolstunden anwendet. Vielleicht ist es hilfreich, auch einmal bei anderen Berufsschulen Informationen einzuholen, um dann zusammen mit der Schulleitung, dem Personalrat und den Kolleginnen und Kollegen eine Lösung zu finden, die von allen innerlich akzeptiert wird. *Paul Beetz*

Deutsch

Thema Deutschunterricht konkret
Leitung Dr. Siegfried Hummelsberger, Peter Klama

Um die Fachgruppe Deutsch im VLB war es in den letzten beiden Jahren ein wenig ruhig gewesen, da mehrere der aktiven Mitglieder kurz nacheinander in den Ruhestand getreten waren. Umso wichtiger war es nun, dass sich in Memmingen zumindest einige Kolleginnen und Kollegen einfanden, damit die Fachgruppe sich erneuern konnte.

Bereits im Vorfeld hatte sich zunächst niemand mehr aus der bisherigen Fachgruppe gefunden, die oder der bereit gewesen wäre, für den Berufsbildungskongress des VLB eine einschlägige Veranstaltung zu organisieren. Siegfried Hummelsberger aus München und Peter Klama aus Regensburg erklärten sich auf Anfrage des Verbandes dann kurzfristig bereit einzuspringen.

Siegfried Hummelsberger von der Städtischen Berufsschule zur Berufsvorbereitung in München stellte auf der Fachgruppensitzung vor einem guten Dutzend interessierter Zuhörer umfang-



reiche Unterrichtsmaterialien zum Thema >Konflikte< bzw. >Konflikte am Arbeitsplatz< vor. Die modular aufgebaute Unterrichtseinheit behandelt zunächst das Thema Konflikte allgemein, etwa verschiedene Konfliktarten oder die Unterscheidung von Ursachen und Auslösern von Konflikten. Weitere für Kleingruppenarbeit konzipierte, ergänzende Materialien thematisieren dann Möglichkeiten für eine konstruktive Konfliktlösung, unter ande-

rem Regeln für das Führen von Konfliktgesprächen, aktives Zuhören, die Harvard-Methode zur Konfliktlösung, Umgang mit Killerphrasen bzw. Totschlag-Argumenten, Gesprächsfehlern und anderes mehr. Zudem waren auch Folien zur Illustration und Veranschaulichung vorbereitet, die etwa Themen wie Perspektivenwechsel, subjektive „Wahrheiten“ oder unterschiedliche Interpretationen gleicher Fakten schülergerecht verdeutlichen. Das vorgestellte und auch ausgeteilte Unterrichtsmaterial ist ideal für fachübergreifenden Unterricht (etwa mit Ethik, Religion oder Sozialkunde) geeignet und findet seinen Platz auch gut in Lernfeldern bzw. Modulen. Insbesondere in Fachklassen, bei denen ähnliche Themen auch im Fachunterricht behandelt werden (beispielsweise Einzelhändler: Umgang mit Kundenbeschwerden, aktives Zuhören im Verkaufsgespräch), bietet es sich auch an, die vorgestellten Unterrichtsmaterialien in einer fachübergreifenden Einheit aus Lernfeld plus allgemeinbildenden Fächern einzusetzen.

Peter Klama, der an einer gewerblichen Berufsschule in Regensburg unterrichtet, informierte ausführlich über die rechtlichen Konsequenzen und Möglichkeiten, die sich ergeben, falls man Schüler oder (sehr viel seltener) Schülerinnen mit Legasthenie oder Lese-Rechtschreib-Schwächen in seiner Berufsschulklasse hat. Lange Zeit war dies kaum geregelt, erst in den letzten Jahren gab es zunächst einen Erlass, der allgemein den Umgang mit solchen Schülern regelte, etwa die Benotung, schriftliche Arbeiten betreffend oder entsprechender Vermerke im Zeugnis. Zudem wird klar unterschieden zwischen einer dauerhaften Legasthenie und einer vorübergehenden Störung des Lese- und Rechtschreibvermögens. Diese Regelungen galten bis einschließlich Jahrgangsstufe 10, wodurch auch die Eingangsklassen betroffen sind. Seit mehr als zwei Jahren liegt nun auch ein KMS vor, das den Umgang mit Legasthenikern an Berufsschulen regelt. An den sehr informativen Vortrag von Herrn Klama schloss sich eine lebhaft diskussion an, die zeigte, wie groß das Interesse und Informationsbedürfnis an dieser Thematik ist.

Die verbleibende Zeit wurde genutzt, um interessierte Kolleginnen und Kollegen für eine Mitarbeit in der Fachgruppe zu gewinnen. So besteht nun zumindest die begründete Hoffnung, dass die Fachgruppe zukünftig wieder aktiver arbeiten kann. Wer von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, an einer Mitarbeit interessiert ist, möge sich über den Bezirksvorstand an den VLB wenden. Sie sind herzlich willkommen. *Monika Monat*

FOS/BOS

Thema: Neuerungen der FOS/BOS in der Praxis
Leitung: Hans Dietrich, Wolfgang Klaus

Eine noch größere Teilnehmerzahl als sie der ohnehin schon hohen durchschnittlichen Klassenstärke an Fachoberschulen und Berufsoberschulen entspricht, fand sich im Arbeitskreis FOS/BOS ein. Verbandsreferent Hans Dietrich begrüßte insbesondere MR Günter Liebl und MB Konrad Maurer. Das Interesse der Hochschule an den beiden Schularten kam durch die Anwesenheit von Prof. Dr. Schelten, TU München, zum Ausdruck.

Die gute Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium hat sich auch bei der Überarbeitung der Schulordnung für die Fachober-

schulen und Berufsoberschulen in Bayern (FOBOSO) bestätigt, so der Referent. MR Liebl ging ausführlich auf Hintergründe dieses Änderungsverfahrens ein. Schon seit einigen Jahren wurden Glättungen gegenüber bisherigen Bestimmungen gefordert, die sowohl in Direktorenkonferenzen als auch auf Verbandsebene mit dem früheren MR Dr. Halbritter und MR Liebl ausführlich erörtert wurden. Aufgegriffen wurde auch der Wunsch nach Ein-



führung der an Gymnasien praktizierten Punktebewertung, nicht zuletzt auf Grund des „Tendenzurteils“, einem inzwischen abgeschlossenen Verfahren am Verwaltungsgericht, bei dem die Problematik der tendenzbehafteten Noten deutlich wurde. Der Preis, um den das neue Punktesystem erkauft wurde, ist der Wegfall des pädagogischen Ermessens bei Ermittlung der Zeugniswerte. In Grenzfällen ist daher die Lehrkraft nun mehr gefordert als bisher, im Vorfeld einer Zeugnisfestlegung eine Absicherung nach dem einen oder anderen Wert vorzunehmen.

Ein weiteres mit der Ordnungsänderung verbundenes, politisch vorgegebenes Ziel, die Bestimmungen um ein Drittel zu kürzen, ist einer späteren Überarbeitung vorbehalten, die im Gleichklang mit der Änderung der Schulordnung für die Gymnasien erfolgen soll. Der geeignete Zeitpunkt dürfte 2008 gekommen sein. Sollte sich der Schulversuch FOS 13 als erfolgreich erweisen, könnten die diesbezüglichen Bestimmungen gleich mit in die Änderungsverordnung einbezogen werden.

Die vorgenommenen Änderungen, die einerseits dem Prinzip des Forderns und Förderns dienen, andererseits Verschärfungen für diese beiden nach Erfüllung der Schulpflicht besuchten Schulklassen darstellen, stoßen auf breite Zustimmung. Die Aufnahmekandidaten für die Fachoberschule dürften sich mehr um den Schulerfolg in den Zubringerschulen bemühen, wenn die Aufnahmebedingungen nicht schon durch das Zwischenzeugnis oder eine – nunmehr weggefallene – Aufnahmeprüfung erfüllt werden können.

Die neuen Möglichkeiten des Förderunterrichts für Schüler mit erkennbaren Kenntnisdefiziten zu Schulbeginn werden vom Vertreter einer Versuchsschule ausdrücklich begrüßt, ebenso der im 2. Schuljahr angebotene Vorkurs, insbesondere für Haupt – und Wirtschaftsschüler, für die nun auch zum Besuch der Berufsoberschule die Vorklasse (vorher Vorstufe) bedingt geöffnet wurde.

Ein positiver Nebeneffekt dieser Maßnahmen besteht darin, dass Lehrkräfte von Fachoberschulen und Berufsoberschulen mit ihren Kollegen der Zubringerschule in Gespräche eintreten. Wie bedeutsam Hauptschüler künftig sein werden, wies MR Liebl an Zahlen nach: Traten 2004 erst ca. 1.000 Hauptschüler an Fachoberschulen über, so waren es 2005 bereits 3.500.

Weitere wichtige Änderungen betreffen die Einführung der Probezeit in der Vorklasse, Verschärfungen beim Erlass der Probezeit sowie die Flexibilisierung von Leistungserhebungen. So können beispielsweise Kurzarbeiten alternativ zu Stegreifaufgaben auch in Schulaufgabefächern gehalten werden, um Lern- und Prüfungsphasen zeitlich zu entzerren und damit der Realität an Hochschulen ein Stück näher zu kommen.

Neben den Veränderungen der Schulordnung ging MR Liebl auch bereitwillig auf alle anderen Anliegen im Arbeitskreis ein. Er hob die Bestrebung des Staatsministeriums hervor, die berufliche Oberstufe stärker im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern als Bestandteil eines zum Gymnasium alternativen Bildungsweges, der über einen mittleren Schulabschluss und die Fachoberschule zur Hochschulreife führt. Er ist nicht gänzlich neu, soll allerdings unter dem Begriff „Berufliche Oberschule“ besser vermittelt werden. Eine echte Attraktivitätssteigerung erfährt dieser Weg durch die FOS 13, die derzeit im Schulversuch erprobt wird. Für das Schuljahr 2007/08 ist eine Ausweitung der Standorte zu erwarten. Dafür werden auch in den beiden kommenden Jahren zweckgebunden über 100 neue Lehrerstellen geschaffen. Die bisherigen Ergebnisse lassen auf einen Erfolg des Schulversuches schließen, lag doch in der Abschlussprüfung 2006 die Erfolgsquote bei 100 %, davon erreichten knapp 60 % die allgemeine Hochschulreife. Diese eindrucksvollen Zahlen belegen die Leistungsfähigkeit der beruflichen Oberschule. Der Erfolg der Schüler ist auch der Erfolg der dort tätigen Lehrkräfte und des Konzepts einer Verknüpfung allgemeiner, fachtheoretischer oder fachpraktischer Bildung. Von jedem dieser drei Bereiche, insbesondere der berufsbezogenen Komponente geht motivationale Kraft für die beiden jeweils anderen Bereiche aus und schafft damit eine in unserer Bildungslandschaft einmalige und offenkundig sehr erfolgreiche Möglichkeit, höchstwertige Schulabschlüsse im beruflichen Schulwesen zu erwerben. MR Liebl sieht den derzeitigen Anteil der fachpraktischen Ausbildung als ausgewogen an. Bestrebungen, ihn nach oben oder gar nach unten abzuändern, erteilt er eine klare Absage.

Das kompetente und konstruktive Miteinander von Staatsministerium und Verband, von dem auch die Arbeit innerhalb der Fachgruppe FOS/BOS unter Vorsitz des ebenfalls anwesenden Kollegen Wolfgang Klaus geprägt ist, streicht der Verbandsreferent in seinen abschließenden Dankesworten besonders hervor.

Hans Dietrich

Fachlehrer

Thema	Sind die Anforderungen an einen modernen Lernfeldunterricht mit der Unterrichtspflichtzeit für Fachlehrer/innen vereinbar?
Leitung	Reinhard Küffner
Mitwirkende	FL aus den Bereichen „Gewerblich Technisch“, „Hauswirtschaft“ und „Schreibtechnik“; Mitglieder aus der Abteilung Berufliche Schulen im STMUK

Im Rahmen des Berufsbildungskongresses in Memmingen trafen sich selbstverständlich auch die Fachlehrer/innen um Probleme anzusprechen und zu besprechen, gegenseitig Anregungen zu ge-

ben und auf Neuerungen aufmerksam zu machen. Erstmals wurden auch die Fachgruppen „Hauswirtschaft“ und „Schreibtechnik“ mit in den Arbeitskreis integriert. Dies ist nicht nur wegen der seit diesem Schuljahr einheitlichen Ausbildung am Staatsinstitut IV in Ansbach nötig, sondern auch deswegen, weil die Fachlehrer/innen nur dann Gehör finden, wenn sie gemeinsam ihre Interessen vertreten.



Erfreulicherweise waren im ersten gemeinsamen Teil der Arbeitskreistagung die Mitarbeiter Matthias Fischer und Robert Geiger aus dem Büro von MR Werner Lucha anwesend. Sie konnten vor allem zum neuen „Auswahl- und Einstellungsverfahren“ für Fachlehrer/innen einiges berichten und auch klarstellen.

Reinhard Küffner, der AK-Leiter und Referent für Fachlehrerfragen im VLB, nahm die Arbeitstagung auch zum Anlass, die anwesenden Fachlehrerinnen und Fachlehrer zu bitten, die Neuerungen und den damit zwangsläufig notwendigen Vorlauf ihren Schulleitungen, falls nicht sowieso schon bekannt, noch einmal zu verdeutlichen. Nur bei rechtzeitiger Bedarfsmeldung und folgender Auswahl kann auch eine bedarfsgerechte Ausbildung am Staatsinstitut in Ansbach erfolgen. Mit Aufmerksamkeit wurde in diesem Zusammenhang die Aussage von Matthias Fischer zur Kenntnis genommen, dass Fachlehrer/innen ohne pädagogische Ausbildung in Ansbach künftig nur noch unterhältig beschäftigt werden können.

Ein Dauerbrenner bei den Sorgen der Fachlehrer/innen ist die Ungleichbehandlung bei der Unterrichtspflichtzeit. Vor allem auch durch unregelmäßige Blockbeschulung entstehen an einigen beruflichen Schulen unvermeidbare Spitzenbelastungen in der wöchentlichen Arbeitszeit, die absolut keinen Freiraum mehr für Vorbereitungen, Teamsitzungen und sonstige schulische Belange lassen. Diese Überbelastung, die durch den nun fast in allen Bereichen eingeführten Fachunterricht in Lernfeldern geradezu potenziert wird, muss dringendst abgebaut werden. Deshalb war es Balsam auf die Wunden der Fachlehrer/innen, dass Staatsminister Siegfried Schneider die Fachlehrer in seiner Rede anlässlich des Berufsbildungskongresses lobend erwähnt hat und ihren Fortbestand im bayerischen Berufsschulwesen gewährleistet hat. Wesentlich deutlicher wurde allerdings Landesvorsitzender Hans Käfler, der in seiner beifallumrauschten Rede beim Festakt des Verbandstages klar und deutlich die nach oben veränderte Belastung der Lehrer an beruflichen Schulen allgemein, im Besonderen aber die der Fachlehrer, herausgestellt und kritisiert hat. Eine Anpassung der Unterrichtspflichtzeit für Fachlehrer/innen ist überfällig.

Im zweiten Teil der AK-Tagung besprachen die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen der FG Hauswirtschaft und

Schreibtechnik mit ihren Leitern, Gertraud Kieslich und Siegbert Ulbrich, ihre Spezialprobleme. Bei den Fachlehrerinnen der Hauswirtschaft ging es vor allem um den Projektunterricht in den 12. Klassen sowie um die Mitarbeit bei den einschlägigen Abschlussprüfungen (siehe auch eigenen Bericht der Fachgruppe Hauswirtschaft).

Die „Schreibtechniker“ verdeutlichten besonders ihre Kompetenzen bei der Ausbildung der Schüler/innen an Wirtschaftsschulen und kaufmännischen Berufsschulen. Sie sind bestens geeignet, den Umgang mit den Werkzeugen einer modernen Kommunikationstechnik zu lehren und Lerninhalte mit diesen Werkzeugen zu vermitteln. Keinesfalls wollen diese Lehrkräfte in Konkurrenz mit den Kolleginnen und Kollegen des Höheren Dienstes treten, als kollegiale Partner möchten sie aber nicht weiter an Repräsentanz verlieren (siehe auch eigener Bericht der Fachgruppe Schreibtechnik)

Der AK-Fachlehrer nimmt für die kommenden zwei Jahre die Anregungen aus dem Kreis der Kolleginnen und Kollegen gerne mit und wird versuchen, mit Nachdruck die Interessen der Fachlehrer/innen auch weiterhin zu vertreten. Dies bestätigten auch die anwesenden weiteren Mitglieder des Arbeitskreises, Brigitte Schwarz aus Mittelfranken, Robert Kölbl aus der Oberpfalz sowie Georg Wiedemann aus dem Regierungsbezirk Schwaben.

Reinhard Küffner

Fertigungstechnik

Thema	Neugründung des Arbeitskreises
Leitung	Ludwig Mühlegger

Der Fachgruppenvorsitzende begrüßte die anwesenden Interessenten aus den Bezirken Oberfranken, Nieder- und Oberbayern und Schwaben. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde ging es zunächst um Problempunkte, welche die Fachgruppe bearbeiten kann und muss.

Lehrplan

- Dessen Umsetzung ist selbst an einer Schule und verschärft durch die berufsbezogenen Wanderungen zwischen mehreren Schulen, praktisch kaum nachvollziehbar und völlig uneinheitlich.
- Die Umsetzungsschwierigkeiten erhöhen sich enorm an Schulen mit Kleinbetrieben, mittleren Betrieben, Handwerk und Industrie im Umfeld.

Prüfungen

- Die Berufsabschlussprüfung gerät immer mehr zum Lotteriespiel. Zumal letztendlich schwerpunktmäßig Fachwissen abgeprüft wird (werden soll!).
- Die Leistungen an der Berufsschule über die Ausbildungszeit müssen in das Lehrabschlusszeugnis deutlich einfließen.

Klassenbildung

Die Bildung von sinnvollen Fachklassen wird derzeit immer noch durch die restriktive Vorgabe (konkret: Die Fachklassengliederungsnummer gibt die Zusammenlegung vor!) beeinträchtigt. Mehr Flexibilität wird hier eingefordert.

Lösungsansätze:

Zusammenfassend stellt der FG-Vorsitzende fest, dass in den letzten Jahren die Probleme nicht weniger wurden, sondern sich diese vergrößert haben. Zudem hat sich die zeitliche und pädagogische Belastung jedes Einzelnen erhöht. Was ist zu tun? Was kann die Fachgruppe einbringen?

Zum Thema Lehrplan

Die Anwesenden Peter Hoffmann (ALP) und Gerhard Haag (BSI-MM) versicherten, dass derzeit Umsetzungshilfen am ISB geplant sind.

Zum Thema Prüfungen

Anscheinend wird an den zuständigen Stellen über eine Anpassung konkreter „nachgedacht“. Mehr ist noch nicht bekannt.



Zum Thema Klassenbildung

Es muss eine flexiblere Lösung unter Einbeziehung der Notwendigkeiten vor Ort möglich gemacht werden (zum Beispiel über die Fachmitarbeiter). Letztendlich muss den übergeordneten Stellen klar sein, dass diese uns die Arbeit erleichtern müssen und nicht erschweren. Das sich durch eine restriktive Haltung darstellende Bild ist bei den Betrieben und bei den Schülern / Eltern oft schlecht und für diese nicht nachvollziehbar.

Zusammenfassung

Die Fachgruppe Fertigungstechnik muss weiterarbeiten unter folgender Prämisse:

- Aufgabe ist es, die Kommunikation zwischen den Bezirken und der Führung des Verbandes sicherzustellen.
- Die Fachgruppenmitglieder sammeln dazu aufkommende Probleme konsequent und liefern diese über den Fachgruppenleiter an die Verbandspitze weiter.
- Die Fachgruppe bindet dabei die Fachmitarbeiter der Bezirke und die zuständige Stelle der ALP-Dillingen kontinuierlich ein.
- Die Austauschplattform geschieht zunächst im Email-Ring muss aber so rasch wie möglich auf eine Quikplace-Plattform gehoben werden. Dazu bot Peter Hoffmann (ALP-Dillingen) seine unterstützende Hilfe an.

Abschließend erläuterte Ludwig Mühlegger, dass er aus Zeitgründen den Vorsitz abgeben muss. Die Fachgruppe beschloss daraufhin, ein Rotationssystem einzuführen. Die Aufgabe der dauerhaften Kommunikation über Quikplace und der regelmäßigen direkten Weitergabe (ca. alle ein bis zwei Monate) an den Verbands-

vorstand ist ab sofort jeweils auf ein Jahr beschränkt. Sollte in diesem Zeitraum, aus welchen Gründen auch immer, keine brauchbare Kommunikation zustande kommen, ist das Bestehen der Fachgruppe erneut offen und müsste neu angeregt werden.

Die Aufgabe des Fachgruppenleiters übernahm Günter Block (Berufsschule I, Ingolstadt). Ludwig Mühlegger bedankte sich für die rege Diskussion und beendete die Sitzung pünktlich um 14 Uhr.

Ludwig Mühlegger

Finanzberufe

Thema	Unterrichten in Bankfachklassen
Leitung	Werner Kiese
Mitwirkende	Alexander Eckert, Gernot Ellersdorfer, Karl Kammermeier, Heinz Rotermund, Roland Kellermann, Dr. Karl Wilhelm

Nachdem in der letzten Sitzung des Arbeitskreises in Fürth viele Anwesende ein Defizit an fachlichen wie auch an methodischen Fortbildungsmöglichkeiten speziell für Bankfachlehrer und -lehrerinnen sowohl auf regionaler wie auch auf überregionaler Ebene anmahnten, konnte der Arbeitskreis auf der diesjährigen Sitzung hierzu einige positive Meldungen bekannt geben. So wusste Günter Grunick zu berichten, dass im Herbstangebot 2007/08 der ALP in Dillingen eine 3-tägige Fortbildung für Bankfachlehrkräfte vorgesehen ist. Ebenso hat ein Nachfragen ergeben, dass in fast allen Regierungsbezirken vom genossenschaftlichen Sektor die meist 2-tägigen Fortbildungen in Grainau bzw. Beilngries in traditioneller Verbundenheit zur Bankausbildung an den einschlägigen Berufsschulstandorten angeboten werden. Im Bereich der Sparkassenorganisation will man deshalb über ein höheres Fortbildungsangebot diskutieren, konnte ein Mitglied des Arbeitskreises berichten. Unser stellvertretender Landesvorsitzender Alexander Liebel hat diese Problematik bereits im Dezember 2005 in einem



Spitzengespräch mit der Sparkassenakademie in Landshut deutlich zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus sollte nach Meinung des Arbeitskreises die moderne Möglichkeit über FIBS „Fortbildung in bayerischen Schulen“ auch aufgrund einer höheren Transparenz im regionalen Fortbildungsangebot der verschiedenen Regierungsbezirke hierzu eine weitere Verbesserung bringen. Des Weiteren wurde ein intensiver Erfahrungsaustausch zu den Berufsabschlussprüfungen Herbst 2005/06 und Sommer 2006 im

Ausbildungsberuf „Bankkaufmann/-frau“ durchgeführt. Wenn auch die sehr zahlreichen Proteste der Kreditinstitute, der Verbände wie auch des Arbeitskreises „Finanzberufe“ mit einem Schreiben vom 14.12.2005 an den ZPA in Köln bewirkten, dass in Bayern ab dem Prüfungstermin Sommer 2006 bis einschließlich Sommer 2007 bei der WiSo-Prüfung der Aufgabensatz der AKA Nürnberg verwendet wird, so bleibt bei der Lehrerschaft wie auch bei den angehenden Prüflingen eine weitere Verunsicherung bezüglich Niveau und Inhalt dieses Prüfungsteiles bestehen. Eine daraus abgeleitete Empfehlung der Bankfachlehrer lautet einheitlich, das von der AKA gegenwärtig angewandte Niveau der WiSo-Prüfung beizubehalten und dabei stärker die Inhalte der „Bankebene“ anzupassen.

Bei einer abschließenden allgemeinen Aussprache wurde festgestellt, dass die Ausbildungszahlen an den einzelnen Standorten weitgehend stagnieren, aber dass auch regional eine teilweise sehr unterschiedliche Einstellungspolitik der Kreditinstitute hinsichtlich der von den Bewerbern erwarteten und vorausgesetzten Einstiegsqualifikationen erkennbar ist. Wenn auch die andiskutierten Differenzierungen bei einem künftigen Berufsbild des Bankkaufmanns/der Bankkauffrau, das aus einer grundlegenden Basisqualifikation mit entsprechenden Pflicht- und Wahlmodulen bestehen könnte oder das auch eine generelle Verbindung von Berufsausbildung an der Berufsschule gekoppelt mit einem Studium in Form eines Kombi-Studiums vorsehen könnte, so musste die Frage nach einer praktischen Umsetzung an den verschiedenen Berufsschulstandorten derzeit noch unbeantwortet bleiben. Da der Arbeitskreis die aktuellen Entwicklungen rund um die Finanzberufe verfolgt, konnte die diesjährige Sitzung noch mit der zusätzlichen Information aufwarten, dass die Neuordnung des Ausbildungsberufes „Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen“ zum 01.08.2006 aus der derzeitiger Sicht von erfahrenen Berufspraktikern keine Konkurrenz zum traditionellen Ausbildungsberuf „Bankkaufmann/-frau“ darstellt.

Werner Kiese

Gesundheitsberufe

Thema	Fachlehrerausbildung für Pflegeberufe Aktuelle Fragen für Schulen des Gesundheitswesens
Leitung	Wolfgang Lamprecht
Mitwirkende	Rita Kagerer (BayStMUK), Johann Bux, (BayStMUK), Prof. Dr. Johannes Kemser (Katholische Stiftungsfachhochschule München)

Bereits auf dem Berufsbildungskongress 2004 in Bamberg wurden Grundzüge einer neu zu regelnden Fachlehrerausbildung in den Pflegeberufen diskutiert. Nun wurde mit dem Wintersemester 2005/06 ein Studiengang geschaffen, der den Forderungen des neuen Krankenpflegegesetzes Rechnung tragen wird. Mit dieser Neufassung des Krankenpflegegesetzes, das am 1.01.2004 in Kraft trat, müssen künftig alle Lehrkräfte an BFS für Pflegeberufe eine Hochschulausbildung besitzen. Neben dem Studiengang für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen Pflege/Gesundheit besteht nunmehr auch für die Fachlehrerausbildung ein Studienangebot, das die bisher, nicht standardisierten Weiterbildungen für Lehrkräfte



an Pflegeschulen ablöste. Dazu stellte Prof. Dr. Johannes Kemser, Dekan des Fachbereichs Pflege an der Katholischen Stiftungsfachhochschule München, den integrierten BA-Studiengang Pflegemanagement/Pflegepädagogik vor. Er erläuterte Struktur und Ablauf des Studiengangs und ging auf die Fragen der Teilnehmer des Arbeitskreises ein. Folgende Eckpunkte sind aus diesem Vortrag von Bedeutung:

- Für die Zulassung zum Studium ist eine (Fach)Hochschulreife erforderlich und eine Berufserfahrung in dem jeweiligen Beruf.
- Der Studiengang ist für die Berufe in der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Altenpflege und Entbindungspflege (Hebammen) vorgesehen.
- Pflegemanagement und Pflegepädagogik wurden kombiniert, um den Absolvent(innen) eine bessere berufliche Verwendung zu sichern.
- Das Studium ist ein Bachelor-Studiengang; der bisherige Diplomstudiengang Pflegemanagement läuft aus.
- Der Abschluss des Studiengangs berechtigt die Absolventen zum Unterricht an den Berufsfachschulen des jeweiligen Berufes, also z.B. Krankenpflegeschulen.
- Erste Absolventen werden im Jahr 2008 den Schulen zur Verfügung stehen.

Wie sich die Studiengänge und die Lehrerbildung in diesem Bereich in der deutschen und europäischen Hochschullandschaft entwickeln werden, kann derzeit nur spekulativ betrachtet werden. MRin Rita Kagerer, BayStMUK, ergänzte die Ausführungen aus Sicht der Schulverwaltung. Nach den bisherigen Beschlüssen, werden die FH-Absolventen im gehobenen Dienst verwendet werden. Allerdings wird abzuwarten sein, wie sich das Beamtenrecht, das künftig durch Länderrecht geregelt wird, entwickelt. Im Lernfelleinsatz hat jeder Lehrer seinen Platz, die des höheren Dienstes und die des gehobenen Dienstes. In welchem Umfang die Lehrkräfte in den Lernfeldern unterrichten, wird an Hand von Richtwerten der Schulaufsicht zur Verteilung auf die beiden Lehrergruppen zu entscheiden sein.

Ein Studiengang für die anderen Berufe des Gesundheitswesens, also Therapie- und Diagnostikberufe, wie es der VLB fordert, ist derzeit noch nicht in Sicht.

Wolfgang Lamprecht

Handelsberufe

Thema	Die Ausbildung in den Handelsberufen nach den Novellierungen – Theorie und Wirklichkeit
Leitung	Gerhard Hacker, Arbeitskreismitarbeiter/innen

Isolde Kügow (Schwerpunkt Einzelhandel = EH) und Gerhard Hacker (Schwerpunkt Groß- und Außenhandel = GAH) konnten knapp 20 Teilnehmer begrüßen. Während der Sitzung waren u.a. auch Monika Pfahler (ISB), Manfred Greubel (VLB-Referent für Bildungspolitik), Günter Grunick (ALP Dillingen) und Alexander Liebel (stellvertretender VLB-Landesvorsitzender) zeitweise anwesend.

Einzelhandel

Abschlussprüfung

Isolde Kügow berichtet von den Erfahrungen mit den ersten Abschlussprüfungen im EH seit Herbst 2005. Die Beschlussgremien hätten viel dazu gelernt.

Vom Verkäufer zum Einzelhandelskaufmann unabhängig von Ort und Zeit

Ver.di, HDE und BiBB haben CDs mit Lernarrangements für abgeschlossene Verkäufer/innen konzipiert, damit diese sich durch selbstständiges Lernen auf die Prüfung zum Kaufmann im EH vorbereiten können (Im Internet www.bibb.de mit Einblicken in die Lernarrangements).

Modellversuche am ISB

Monika Pfahler informiert über den aktuellen Modellversuch „selbstreguliertes Lernen in Lernfeldern der Berufsschule und bietet ihre direkte Hilfe an (www.isb.bayern.de).

Groß- und Außenhandel

Abschlussprüfung

Gerhard Hacker informiert darüber, dass im Augenblick ein Stoffkatalog zur Teilnovellierung bearbeitet wird.

Ab Mai 2007 ändern sich die Abschlussprüfungszeiten. Die Prüfung ist dann zweitägig: Großhandelsgeschäfte bzw. Außenhandelsgeschäfte nur ungebunden 3 Stunden, am anderen Tag die Fächer Wirtschafts- und Sozialkunde sowie Kaufmännische Steuerung und Kontrolle gebunden wie bisher.

Fortbildungsangebote

Günter Grunick informiert über die Planungen der Akademie Dillingen. Zwei Fortbildungen sind fest eingeplant: 18. – 20.04.2007 Umsetzung des neuen Lehrplans „Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel“ 11. und 12. Jahrgangsstufe -Multiplikatorenfortbildung, d.h. der Teilnehmerkreis steht schon fest. 23. – 25.07.2007 Der neue Lehrplan für Groß- und Außenhandelskaufleute – Vom Lernfeld zur Lernsituation (für 25 Teilnehmer, Anmeldeschluss 04.06.2007)

Warenwirtschaftssystem

In der neuen Ausbildungsordnung ist das Warenwirtschaftssystem (WWS) kein eigener Bereich mehr, weil praktisch in jedem Ausbildungsbetrieb ein WWS mehr oder weniger umfassend installiert

ist. Für die Schule bedeutet dies, dass der Schüler Eingabemaschinen, Bildschirmanzeigen und ausgedruckten Berichte lesen, verstehen und interpretieren können muss. Für den Umgang mit dem WWS NAVISION sind die Angebote aus Baden-Württemberg sehr hilfreich, die sich häufig auf einen Großhandelsbetrieb beziehen (Internet: www.ls-bw.de/beruf/material/umat/kfm/navision/mbsnavision/Handreichungen).

Neue 10. Klassen

Teilnehmer des Arbeitskreises berichten, dass in den meisten Fällen die Lernfelder noch traditionell nach Fächern bzw. Themen innerhalb der Fächer an einzelne Lehrkräfte aufgeteilt werden. Problem ist z.B., dass häufig noch keine Bücher und Arbeitshefte ein-



geführt wurden. So werden die bisherigen Rechnungswesenbücher und Kompendien verwendet.

Verschiedene Verlage bieten zwei Ausgabenvarianten an, eine Ausgabe, die nach den bayerischen Fächern aufgeteilt wird und eine Ausgabe, die sich an der Reihenfolge der Lernfelder orientiert. Unter www.vlb-bayern.de > Fachgruppen > Handelberufe können Sie das ausführlichere Protokoll nachlesen. *Gerhard Hacker*

Hauswirtschaft

Thema	Diskussionsrunde und Aussprache
Leitung	Gertraud Kieslich
Inhalt	Teil 2 der Fachlehrerveranstaltung

Im Anschluss an die allgem. Zusammenkunft des Arbeitskreises „Fachlehrer“ traf sich die Fachgruppe Hauswirtschaft zu einer Gesprächs- und Diskussionsrunde. Bemerkenswert sind dabei die drei zentralen Themenkomplexe wie

- Projektarbeit im 12. Jahrgang der BFS-HW,
- Der Unterrichtsausfall der LK während des Prüfeinsatzes bei der Berufsabschlussprüfung,
- Der Arbeitsaufwand für das Praktikum der 10. JG. BFS / BGJ – HW, die alle Teilnehmerinnen ansprachen und in vielfältiger Form in den einzelnen Schulen auftreten.

Die Projektarbeit, im Lehrplan festgeschrieben, wird von den Kolleginnen an allen Schulen sehr ernst genommen und intensiv betrieben, auch mit Blick auf die Außenwirkung.

Da die Durchführung, oft Anlass bedingt wie Mitwirkung beim örtlichen Weihnachtsmarkt oder das Catering bei Veranstaltungen in der Gemeinde, meistens in der unterrichtsfreien Zeit, am Wo-

chenende oder Abend stattfindet, führt dies bei den Beteiligten, oft den immer gleichen, Fachlehrkräften, zu starker Überbelastung. Leider wird oft kein Stundenausgleich seitens der Schulleitung gewährt; das Mindeste wäre doch das Einrechnen von „Plusstunden“ auf dem Arbeitszeitkonto.

Heftige Diskussion brachte die Thematik zum Umfang der Projekte überhaupt. Betroffenen Kolleginnen konnten hilfreiche Anregungen dazu gegeben werden.

An den meisten Berufsfachschulen in Bayern sind Fachlehrerinnen HH als Prüferinnen für die Berufsabschlussprüfung berufen und gerne im Einsatz. Gilt es doch, für unsere Schüler und Schülerinnen dabei zu sein und auch im schulischen Interesse mitzuwirken. Unverständnis herrschte deshalb bei den Anwesenden, dass die Unterrichtsregelungen sehr unterschiedlich gehandhabt werden: vom Vor- und Nachholen der ausfallenden Stunden, „Minusstunden“ im Zeitkonto bis zur großzügigen Handhabung der Gegenrechnung.

Hier konnte die Fachgruppensprecherin aus der Vertreterversammlung des Vortages von einem eingereichten und angenommenen Antrag berichten, der die Gleichstellung aller prüfungs-beteiligten Lehrkräfte mit den Regelungen aus dem „Stundenpool“ zu den Berufsabschlussprüfungen fordert.

Die Organisation und Betreuung des 2-wöchigen Blockpraktikums der 10. Jg.Stufe BFS / BGJ-HW bietet allgemein noch Klärungs- und Handlungsbedarf durch die Verantwortlichen. Zu unterschiedlich werden die Aufgaben z.B. von den Klassenleitungen der betroffenen Schüler, Kolleginnen aus der Fachpraxis oder den Betreuungslehrkräften der Praxis 11/12 wahrgenommen. Alle Betroffenen haben mit den hohen Schülerzahlen, schwierigen Schülern, zu wenig Praxisstellen und den schriftlichen Dokumentati-



onen mit hohem Zeit- und Arbeitsaufwand zu tun. Es wird kein Stundenausgleich gewährt, da allgemein die Ansicht herrscht, der durch das Praktikum entstehende Unterrichtsausfall würde gegen-gerechnet.

Gerade dies ist aber zweifelhaft: jeder Schulstandort hat eigene Gegebenheiten, bestenfalls gibt es einen Unterrichtsausfall bis zu „Minusstunden“ deswegen. Die FG-Leiterin berichtet von ihren Erfahrungen und den aufgetretenen Problemen.

Wie immer, reichte die zur Verfügung gestellte – schon erweiterte Zeit – nicht aus, um weitere Anliegen zu besprechen. Aber zusammenfassend kann bestätigt werden: diese Diskussionsrunde im kollegialen Kreis war nötig, sehr interessant und spannend. Sie hat uns gezeigt, auf welchem Weg die Fachgruppe weiter arbeiten muss.

Die Fachgruppenleiterin lud zum Abschluss die Anwesenden ein, die Mitarbeit für die Hauswirtschaft hier einzubringen: durch Beiträge und Anwesenheit bei den Sitzungen. *Gertraud Kieslich*

JOA

Thema:	Jugendliche ohne Ausbildungsplatz
Leitung:	Barbara Dilberovic

Da war es doch gut, dass einige Weitblickende vor Beginn noch einige Tische und Stühle zusätzlich aufgestellt haben – der Arbeitskreis JoA wurde bis auf das letzte Plätzchen gefüllt!

Offensichtlich brennt die Thematik auf den Nägeln, und so fanden sich zahlreiche Schulleiter und Lehrkräfte ein, obwohl der Arbeitskreis in der Veranstaltungsübersicht nur sehr knapp angekündigt worden war.

Zunächst erläuterte Rudolf Rager von der Regierung von Schwaben den Trend aus schwäbischer Sicht, wobei wieder einmal deutlich wurde, wie breit gefächert der Bereich der JoAs ist und dass es nicht immer leicht ist, Übersicht schon allein über die vielen Abkürzungen zu behalten.

Leider zeigte sich aber auch, dass die Anzahl der schulpflichtigen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz haben, trotz der zahlreich ergriffenen Maßnahmen nicht gesunken ist: In Schwaben liegt die Zahl der JoAs immerhin bei rund 4800 (inkl. BFS-WiKo 130 Sch., EQJ 684 Sch.) davon sind etwa 2500 „nur“ durch die Berufsschule betreut.

Die Zukunft in der Beschulung dieser Jugendlichen sieht Rudolf Rager in den sog. „2+3“-Modellen, bei denen zwei Tage Berufs-



schule durch drei Tage Praxis ergänzt werden. Einen weiteren Blick in die zukünftige bayernweite Entwicklung eröffnete Rager den TeilnehmerInnen mit der Erfassung und Verteilung der JoA über einen Fragebogen, wie sie im Beschulungskonzept Schwaben bereits Niederschlag gefunden hat:

Zum Schuljahresende wird von allen Hauptschulabgängern/innen der „Status“ erhoben und mit einem „Merkmal“ versehen; diese Merkmale werden in das Schulverwaltungsprogramm eingegeben und an die Berufsschule weitergeleitet.

Neben der frühzeitigen Erfassung der JoA-Zahl für das kommende Schuljahr bietet dieses Vorgehen auch die Möglichkeit der beruflichen Orientierung der JoA entsprechend ihrer Neigungen und Interessen, können sie doch durch dieses Vorgehen ggf. auf passende Berufsschulen bzw. in entsprechende Klassen eingeteilt werden.

Zahlreiche Zwischenfragen und Diskussionsbeiträge führten dazu, dass der für das Referat veranschlagte Zeitrahmen großzügig überschritten wurde, bevor Ulrich Schuster, Dipl. Berufspädagoge, seinen Beitrag beginnen konnte.

Doch kam er bei der Erörterung der Frage „Der Lehrer als Sozialarbeiter?“ über die Einführung kaum hinaus, bedingt durch die Tatsache, dass die TeilnehmerInnen ihre Betroffenheit und Not in zahlreichen Schilderungen und Erlebnisberichten zum Ausdruck brachten.

Hierbei kristallisierte sich deutlich heraus, dass Lehrkräfte im Bereich JoA dringend der Hilfe und Unterstützung durch Fachkräfte wie SchulpsychologenInnen oder SozialpädagogenInnen bedürfen. Inwieweit sich aber – wie in der Aussprache angeschnitten – prozessorientierte und ergebnisorientierte Arbeitsweise im Klassenzimmer tatsächlich gegenseitig ausschließen und welche Möglichkeiten der Lehrer selbst zu wirksamer, aber auch schülergerechter Unterrichtsgestaltung hat, wird uns Ulrich Schuster im Rahmen einer gesonderten VLB-Veranstaltung vorstellen, zu der alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Die genauen Veranstaltungsdaten werden rechtzeitig auf der VLB-Homepage veröffentlicht werden.

Barbara Dilberowicz

Holztechnik

Thema	Die Berufsschule – Partner bei der Gesellenprüfung – Dialog zu Arbeitsproben
Leitung	Josef Heller
Mitwirkende	Fachgruppe Holztechnik

Nach der Vorgabe „Wer lehrt, prüft“ wurde im Arbeitskreis diskutiert, welchen Platz die Berufsschule bei der Zwischen- und Gesellenprüfung einnehmen kann.

Nachdem in der Prüfungsordnung weder eine direkte Beteiligung der Schule noch ein Einfließen von Leistung aus der Schule in die Bewertung vorgesehen ist, war zu überlegen, in welcher Form die Schule Einfluss nimmt, um für den Prüfling eine effektive Vorbereitung, eine vertraute Prüfungsumgebung und eine geeignete Aufgabenstellung zu schaffen.

Nach Meinung der Beteiligten kann die Schule eine Reihe von Aufgaben übernehmen.

Die Prüfungen können in der Schule durch entsprechenden Unterricht und durch Wiederholungen vorbereitet werden. Diese sollten aber durch frühzeitiges und dauerndes Üben zu einer guten Prüfungsleistung führen.

Soweit möglich, sollten sich Lehrer bemühen bei Gestaltung der theoretischen Prüfungsaufgaben mitzuwirken. Dies gilt auch für überregionale Prüfungen.

Es wurden Wege aufgezeigt, die Lehrlinge bei der Gestaltung und der Konstruktion des Gesellenstückes zu betreuen.

Für die neue Form des Fachgesprächs kann die Schule mitwirken:

- durch Vorbereitung des Gesprächs im Unterricht;
- durch Schaffen einer guten Gesprächssituation (Raum; Einrichtung);
- durch Üben von Präsentationstechniken;
- indem mit Mitgliedern des Prüfungsausschusses Durchführung und Bewertung des Fachgesprächs geübt wird.

Selbst bei der Gestaltung der praktischen Arbeitsproben kann sich die Schule einbringen. In einer Ausstellung gelungener Arbeitsproben wurde gezeigt, wie Lehrer diese Aufgabe ausfüllen können. Die Schule ist für die Arbeitsprobe ein geeigneter Ort:

- sie besitzt ausreichend Arbeitsplätze und die passende Ausrüstung;
- für Lehrlinge ist sie gewohnte Umgebung;
- sie führt zur stärkeren Akzeptanz der Berufsschule als wichtiger Partner in der Ausbildung. Gerade bei Einbindung einer CNC-Aufgabe in die Arbeitsprobe, kann die schulische Einrichtung genutzt werden.

Nachdem die Prüfungsordnung neu ist, können es Lehrer in die Hand nehmen, in ihrem Prüfungsbereich die Ausbilder über die neuen Vorschriften zu informieren.

Wichtig erschien es, die Schule als Prüfungsort zu nutzen. Dies gilt sowohl für die theoretische Prüfung als auch für den praktischen Teil. Für den Auszubildenden ist es einfach gut an vertrauter Stelle, mit bekannten Maschinen und Werkzeugen eine stimmige Prüfungssituation vorzufinden. Die Mitglieder des Arbeitskreises konnten sich über den zahlreichen Besuch und über die rege und kompetente Beteiligung am Gespräch freuen.

Die Ausstellung der Arbeitsproben zeigte, wie ideenreich und wie wichtig die Mitwirkung der Schule bei der Prüfungsgestaltung ist. Den Kollegen, die ihre Stücke zur Diskussion stellten und Anregung für die Entwicklung gaben, ist ganz herzlicher Dank gesagt.



Für den Arbeitskreis war es angenehm zu erleben, dass sie von den Kollegen der Memminger Schule hervorragend betreut wurden. Wir bedanken uns, dass wir uns an der Schule wohl fühlen durften.

Josef Heller

Lehrerbildung

Thema	Lehrer an beruflichen Schulen als Master?
Leitung	Heiko Pohlmann
Mitwirkende	Georg Hirner, MR (BayStMUK), Prof. Andreas Schelten (TU München), Prof. Karl Wilbers (Uni Erlangen-Nürnberg)

Unter der Leitung des Referenten für Lehrerbildung, Heiko Pohlmann, konnten sich mehr als 30 Teilnehmer über den neuesten Stand der Entwicklung der Bachelor-Masterstudiengänge in Bayern informieren. Da inzwischen fast alle Bundesländer ihre Studiengänge für das Lehramt an beruflichen Schulen auf Master-

Studiengänge umgestellt haben, sollte das auch in Bayern erfolgen. Grundlage für die Bachelor/Master-Studiengänge sind die Beschlüsse der Europäischen Bildungsminister von Bologna und Berlin. Danach mussten ab 2005 alle Studiengänge in Europa gestuft, polyvalent und modularisiert gestaltet werden, um die Professionalität zu erhöhen.

Prof. Dr. Karl Wilbers von der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen Nürnberg konnte ein Studiengangmodell für Wirtschaftspädagogen vorstellen, das in sich schlüssig die europäischen Vorgaben berücksichtigt: Polyvalenz, Modularisierung und Zweistufigkeit. Nach einem 6-semestrigen Studium mit dem Abschluss Bachelor erfolgt ein 4-semestriges Masterstudium. Erst dann ist man berechtigt, in den anschließenden Vorbereitungsdienst einzutreten, da der Masterabschluss bei den Wirtschaftspädagogen wie bisher als 1. Staatsexamen anerkannt wird. Diesen neuen Studiengang sieht das neue Lehrerbildungsgesetz in Bayern nur für die Wirtschaftspädagogen ausdrücklich schon vor.

Prof. Dr. Andreas Schelten von der TU München hatte es da schon schwerer, neue Strukturen, neue Studiengänge vorzustellen, da die Berufspädagogen im neuen Lehrerbildungsgesetz, das seit Juli 2006 in Kraft getreten ist, nicht aufgeführt sind. Darin heißt es, dass ein Lehramt an öffentlichen Schulen, damit auch an beruflichen Schulen, mit dem 1. Staatsexamen abschließt. Die vom VLB erarbeitete Stellungnahme, dies auch auf die Berufspädagogen auszuweiten, hat zu keinem Erfolg geführt. Es ist daher nicht einzuse-



hen, dass an beruflichen Schulen Berufs- und Wirtschaftspädagogen gleichzeitig mit unterschiedlichen universitären Abschlüssen unterrichten. Es gibt vielmehr ein Lehramt an beruflichen Schulen mit vielen verschiedenen beruflichen Fachrichtungen oder Erstfächern. Daher muss das Studium auch für die Berufspädagogen diesen europäischen Beschlüssen angepasst werden.

Der gegenwärtige Sachstand, neben dem Wirtschaftspädagogen mit 3 weiteren Möglichkeiten das Lehramt an beruflichen Schulen zu erlangen, hindert viele Studierende daran, diesen Studiengang zu wählen. Daher müssen diese drei Möglichkeiten zu einem Masterstudiengang vereinheitlicht werden:

- Diplom-Berufspädagogen, die in einem befristeten Modellversuch an der Technischen Universität München in den Fachrichtungen Bau-, Elektro- und Metalltechnik ihr Diplom erhalten,
- Diplom-Berufspädagogen, die im Anschluss an das Erste Staatsexamen als Zusatzstudium ihr Diplom erhalten und
- das Erste Staatsexamen für die anderen beruflichen Fachrichtungen (Gesundheits- und Pflegewissenschaft, Ernährungs- und Agrarwissenschaften und Sozialpädagogik).

Zu begrüßen ist, dass der Geschäftsführende Direktor des Zentralinstituts für Lehrerbildung (ZLL) an der TU, Dr. Karl Glöggler, unter den Zuhörern war und von dort das Vorhaben unterstützt wird. In Zusammenarbeit mit dem Institut soll eine Vorlage für einen Modellversuch zu einem Masterstudiengang für alle beruflichen Fachrichtungen an die berufliche Abteilung des Kultusministeriums geschickt werden. Als Vorlage dazu dient der schon im 3. Jahr laufende Modellversuch zum Dipl. Berufspädagogen, dessen Abschluss als 1. Staatsexamen anerkannt wird.

Ein Problem gilt es noch auf Bundesebene zu lösen. Die Kultusministerkonferenz hat als akademischen Abschluss für alle Lehrämter den „Master of education“ vorgegeben. Da hier keine deutliche Trennung zwischen den Lehrämtern mehr möglich ist, muss hier auf Nachbesserung gedrungen werden.

Heiko Pohlmann

Nahrung

Thema	Von der Kuh zum Käse-Buffer
Leitung	Brigitte Ressel
Mitwirkende	Wilma Hofer, Landesvereinigung der Bayerischen Milchwirtschaft e.V.

Für die Fachgruppe Nahrung konnte Wilma Hofer von der Landesvereinigung der Bayerischen Milchwirtschaft e.V. gewonnen werden. Sie ist Fachfrau in Sachen Käse und bietet Käse-seminare in der Erwachsenenbildung sowie an Schulen an. So hat sie sich gerne bereit erklärt, für den Verband tätig zu werden.

Zuerst informierte uns Wilma Hofer über die Herstellung von Käse durch Ansäuern bzw. Zugabe von Lab sowie über die Möglichkeit der Einteilung der Käsesorten nach Fettgehalt und Schnittfestigkeit.

Dann kamen wir auch schon zum Praxisteil unseres Käse-seminars – dem Legen von Käseplatten. „Jede Ecke in die richtige Ecke!“ Gemäß diesem Motto zeigte die Referentin eindrucksvoll, wie man einfach, aber mit großer Wirkung die Käsestücke anrichten und mit Obst und Gemüse ausgarnieren kann. Eine Hilfe dazu bietet die sogenannte „Käseuhr“. Man beginnt bei „sechs Uhr“ mit dem ersten Käse und bestückt die Platte dann im Uhrzeigersinn mit den restlichen Käsesorten. Zuerst kommen dabei die fein-rahmigen, mild-säuerlichen bzw. fein-aromatischen Sorten wie z.B. Butter- oder Frischkäse bzw. Edamer oder Rhönrauchkäse. Es folgen die reifen, vollmundigen bzw. kernigen Sorten wie z.B. Emmentaler oder Gouda bzw. Allgäuer Bergkäse. Schließlich finden die würzigen und rassigen bzw. herzhaft-deftigen Sorten wie z.B. Feta oder Tilsiter bzw. Limburger oder Romandur ihren Platz zwischen „14 und 16 Uhr“ auf der Käseplatte.

Die Käsestücke sollten nicht zu dicht gesetzt werden, damit Platz zum Abschneiden und zum Dekorieren bleibt. Mit der Garnitur setzt man optische Akzente, was gut mit Früchten wie Trauben, Erdbeeren, Äpfeln und Birnen aber auch mit exotischen Früchten gelingt. Auch Gemüse wie Tomaten, Radieschen, Paprika oder Stangensellerie und Fenchelknollen eignen sich gut.

Wird Brot dazu gereicht, gilt die Faustregel: Kräftige Brotsorten wie Roggen-, Bauern- und Vollkornbrot zu würzigem Käse, hellere Brotsorten wie Weiß- und Mischbrot oder Kleingebäck zu mildem Käse. Gerne werden auch Cracker, Salzbrezeln und Blätterteigge-



bäck gerecht. Die Geschmäcker sind eben verschieden. Butter dazu sei eigentlich nicht notwendig, so Wilma Hofer, da der Käse an sich schon recht gehaltvoll ist. Gegen Ende der Veranstaltung durften die Teilnehmer die Käsesorten dann verkosten und korrespondierende Säfte wie z.B. Birnen-, Trauben und Apfelsaft dazu probieren. Wilma Hofer stand währenddessen für Fragen gerne zur Verfügung. Wein würde aber auch gut passen, kam aus der Runde. Stimmt! Aber das wäre ein eigenes Thema – vielleicht das nächste ... *Brigitte Ressel*

Personalvertretung I

Thema Wer bekommt wieviel wofür?
Leitung Wolfgang Lambl, Hauptpersonalrat
Mitwirkende Marion Merkle, Dienstrechtsreferentin des VLB; Joachim Koch, BS II Schweinfurt; Hans Sommerer, BS Pfaffenhofen

„Wer Erbsen zählt, erzieht Erbsenzähler!“ oder „LUZ – Lieber unterrichten als zählen!“

Die beiden Aussagen zu dem „Dauerthema LUZ“ fassen treffend die Stimmung beim Arbeitskreis Personalvertretung zusammen. Der Titel „Wer bekommt wie viel wofür?“ war anscheinend so interessant, dass Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl neben den beiden Referenten Joachim Koch und Johannes Sommerer sehr viele Kolleginnen und Kollegen begrüßen konnte. Folgende Themen wurden behandelt:

Lehrerunterrichtszeitfassung:

Wolfgang Lambl erinnerte an den oberbayerischen Modellversuch „LUZ“ in den Jahren 1999/2000, der auch die Anrechnung außerunterrichtlicher Tätigkeiten auf die Unterrichtspflichtzeit vorsah. Auch die beiden Schreiben des Ministeriums zu der Thematik „Anrechnung von sonstigen schulischen Veranstaltungen auf die Unterrichtspflichtzeit“ vom 18.07.2005 bzw. 22.08.2005 weisen nach Auffassung des Hauptpersonalrates in die richtige Richtung – keine Minusstunden bei Unterrichtsausfall durch sonstige Schulveranstaltungen, z.B. Exkursionen und Wandertage.

Anschließend stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Handhabung der Lehrerunterrichtszeitfassung an ihren Schulen dar. Nach lebhaftem Für und Wider wurden folgende Ergebnisse und Fragen mehrheitlich festgehalten:

- Warum wird „LUZ“ nur im Bereich der beruflichen Schulen angewandt?



- Keine Erbsenzählerei (neun Stellen nach dem Komma!).
- Zusätzliche außerunterrichtliche Tätigkeiten sind zum Ausgleich von Minussalden heranzuziehen.
- Plusstunden müssen in vollem Umfange in das nächste Schuljahr übertragbar sein.

Mehrarbeit

- Geleistete Mehrarbeit soll vorrangig durch Freizeitausgleich ausgeglichen werden.
- Da keine Haushaltsmittel für Mehrarbeit vorhanden sind, muss geleistete Mehrarbeit als Plus in das nächste Schuljahr übertragbar sein!

Poolstunden:

- Der Umfang der Poolstunden wurde insgesamt als ist nicht ausreichend angesehen.
- Für Prüfungsteil I ist ebenfalls 1 Stunde pro Prüfling vom VLB einzufordern.

Die Kollegen Koch und Sommerer stellten an je einem Beispiel die Kriterien zur Poolstundenverteilung vor. An dieser Stelle nochmals den beiden ein herzliches Dankeschön!

Fazit – Forderungen – Auftrag:

- Entweder „LUZ“ abschaffen, jedoch dabei die Ungleichbehandlung von Block- und Einzeltagesunterricht in pauschalierender Form ausgleichen oder
- die Anwendung der Ergebnisse des „LUZ-Modellversuches“ in Oberbayern 1999/2000 und Berücksichtigung aller Mehrarbeitsstunden in das „Stundenkonto“!

„Was wir vermeintlich an Hundertstel und Zehntel aus den Kolleginnen und Kollegen herausrechnen, verlieren wir zehnfach und hundertfach an Engagement, Begeisterung und Motivation,“ so Wolfgang Lambl in seiner abschließenden Zusammenfassung.

Wolfgang Lambl

Personalvertretung II

Thema Raus aus dem Stress?
Leitung Marion Merkle, Dienstrechtsreferentin des VLB
Mitwirkende Wolfgang Lambl, Hauptpersonalrat

„Raus aus dem Stress?“ – Welche dienstrechtlichen Möglichkeiten der Entlastung kann ich in Anspruch nehmen? dieser zunehmend

brisant werdenden Problematik widmete sich einer der drei Arbeitskreise Personalvertretung am 8. Berufsbildungskongress in Memmingen.

Die wachsenden Belastungen in unserem Beruf als Lehrkräfte an beruflichen Schulen machen es für einige Kollegen erforderlich, nach dienstrechtlichen Möglichkeiten der Entlastung zu suchen. Andere Kollegen werden von „Amtswegen“ damit konfrontiert, wenn eine der Schulaufsichtsbehörden ein Verfahren zur Feststellung der Dienstfähigkeit einleitet. Diese vielfältige dienstrechtliche Thematik führte Wolfgang Lambl in einem Vortrag im Arbeitskreis aus und erläuterte hierbei die einschlägigen dienstrechtlichen Möglichkeiten. Begleitet wurden die Ausführungen von zahlreichen konkreten Rückfragen seitens der Kollegen in dem sehr gut gefüllten Arbeitskreis mit ca. 55 Teilnehmern.

In einem ersten Schwerpunkt befasste Wolfgang Lambl sich mit der Thematik „Teilzeit und Beurlaubung“.

Diskutiert wurden neben der familienpolitischen Teilzeit, auch die Antragsteilzeit, die Teilzeit für die Betreuung oder Pflege eines Kindes bzw. eines pflegebedürftigen Angehörigen so wie das so genannte Sabbatjahr. Ein besonderes Augenmerk legte der Referent auf die „Gefahren“ bzw. Möglichkeiten der Teildienstfähigkeit. Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen sollten hierbei besonders darauf achten, dass Ihnen aufgrund Unkenntnis der einschlägigen Bestimmungen keine Nachteile entstünden.

Bei der Beurlaubung unterscheidet man die familienpolitische von der arbeitsmarktpolitischen Beurlaubung. Hier ist es v.a. wichtig, die jeweiligen Voraussetzungen und die Höchstdauer der Beurlaubung zu beachten.



Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung haben neben den aktuellen Auswirkungen auf die Besoldung auch Einfluss auf die spätere Pension bzw. evtl. auf die Beihilfe und Krankenversicherung. Daher ist es wichtig, sich frühzeitig darüber zu informieren.

Den zweiten Schwerpunkt des Arbeitskreises bildeten die dienstrechtlichen Möglichkeiten der Beendigung des Dienstverhältnisses. Hier standen folgende Fragen im Zentrum des Interesses: Wann beginnt mein Ruhestand? Welche Möglichkeiten gibt es, früher als gesetzlich aus dem Dienst auszusteigen? Was passiert wenn ich dienstunfähig werde? Besteht die Gefahr einer Zwangspensionierung, obwohl ich doch arbeiten möchte? Endlich im Ruhestand – wann kann mich die Schulaufsichtsbehörde reaktivieren? Diese Fragen wurden durch unseren Experten Wolfgang Lambl ausführlich beantwortet. Wichtig ist auch hier, dass die meisten Möglichkeiten weit reichende Konsequenzen nach sich ziehen. Es ist unbe-

dingt abzuwägen, wie tief die finanziellen Einschnitte im Vergleich zum Gewinn der Lebensqualität sind.

Die Veränderungen der letzten Jahre im gesamten Versorgungsbereich haben eine kontinuierliche Verschlechterung nach sich gezogen. Zu nennen sind hier Altersteilzeit, Ruhestandsversetzungen, Versorgungsabschläge und die Ruhegehaltssätze. Auch künftig ist mit einer nachteiligen Entwicklung zu rechnen. Daher ist es unabdingbar stets die aktuelle Rechtslage zu beachten.

Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass es bei den in diesem Arbeitskreis behandelten Thematiken sehr wichtig ist, sich rechtzeitig bei Ihrem Bezirks-/Hauptpersonalrat oder den Dienstrechtsexperten im VLB über die aktuelle Rechtslage in Bezug auf den vorliegenden Fall zu informieren und beraten zu lassen.

Marion Merkle

Personalvertretung III

Thema Ihre Anliegen – Unser Auftrag!
Leitung Horst Hackel, Hauptpersonalrat
Mitwirkende Bezirkspersonalräte, Kommunale Personalvertreter, Hauptpersonalrat

Neben HPR Host Hackel waren Bezirkspersonalräte sowie kommunale Personalvertreter in diesem Arbeitskreis aktiv beteiligt. Als Themen wurden u.a. die Präsenzpflcht in den Ferien; der Anspruch, dass es zu einem Unterrichtsausfall nicht kommen soll; damit zusammenhängend die Vertretung von Unterrichtsstunden, weiter die Mehrarbeitsregelung über die entsprechenden KMSen



und das Tätigwerden des örtlichen Personalrats im Rahmen von Veranstaltungen, Personalratskasse, Geburtstage und Todesfälle; Teilnahme an Prüfungsausschüssen und damit sich ergebende Fragestellungen, behandelt und diskutiert.

Der HPR wird in den nächsten Ausgaben von VLB-akzente diese Themen aufgreifen und entsprechende Informationen zu den einzelnen Themen leisten!

Daneben wurde besprochen, dass individuelle Einzelberatungen von den Personalräten entsprechend dem Bedarf geleistet werden.

Horst Hackel

Religion

Thema	Lernfelder im Religionsunterricht der beruflichen Schulen?! Zwischen Isolation und Integration“
Leitung	Dr. Michael Persie
Mitwirkende	Dr. Ferdinand Hergert (RPZ München), Karlheinz Gaschler

Verbandsarbeit und Termine

Zu Beginn des Workshops bedankten sich die anwesenden Religionspädagogen bei den Vertretern der Fachgruppe Religion für die gelungene Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit von 28 auf 25 Wochenstunden ab dem Schuljahr 2007/2008 für Diplomreligionspädagogen (FH), die als Lehrer an staatlichen Berufsschulen und Berufsfachschulen eingesetzt werden (KMS VII.7-5p9004-7.82954 vom 23.10.2006). Diesen Erfolg haben der VLB-Vorstand, der Hauptpersonalrat (Wolfgang Lambl), das Schulkommissariat München (Thomas Gottfried) und das Religionspädagogische Zentrum (RPZ) München (Ferdinand Hergert) auf Bitten der Fachgruppe (Johannes Fuchs) im gemeinsamen Wirken errungen. Thomas Gottfried sieht in dieser Entscheidung eine großartige und längst fällige Anerkennung für die Religionspädagogen.

Wie der Leiter der Fachgruppe und des Workshops Religion, Dr. Michael Persie, mitteilte, werden sich auf Einladung des VLB Verbände, Kirchen, Politiker und Wissenschaftler am 21.04.2007 zu einem „Elefantentreffen“ in der Städtischen Berufsschule für Anlagen- und Gebäudetechnik, Bergsonstraße 109, München einfinden, um sich weiterhin erfolgreich für den Religionsunterricht und für die Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen einzusetzen. Die Vorbereitungssitzung findet am 13.01.2007 in der gleichen Schule statt und heißt interessierte Mitwirkende herzlich willkommen. Bereits heute dankt die Fachgruppe Wolfgang Lambl vom VLB, den Vertretern der Kirchen und dem Hausherrn der Berufsschule, Konrad Lechner, für die Organisation dieses Treffens. Dieses bayernweite Forum soll unter dem Arbeitsthema „Berufsbildung – Menschenbildung“ die Ausbildung und Einstellung von Religionslehrkräften, den Unterrichtsausfall im Fach Religion und die Begründung des Religionsunterrichts an berufsbildenden Schulen behandeln. An weiteren Perspektiven sind vom 06.03.08 – 08.03.08 das Berufsschulsymposium des Deutschen Katechetenvereins (DKV) unter Mitwirkung des VLB und ein turnusmäßiges Religionslehrertreffen der berufsbildenden Schulen in Bayern durch das RPZ geplant.

Das RPZ

Der Referent des Workshops, Dr. Ferdinand Hergert, stellte zunächst die Struktur, die Arbeit und die Zukunftsperspektiven des Religionspädagogischen Zentrums vor. Er ist selbst in diesem Zentrum für den Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen zuständig, um Fortbildungen durchzuführen, an der Aktualisierung der Lehrpläne, der Handreichungen, Materialsammlungen und des Grundlagenpapiers mitzuwirken. Sehr eng arbeitet er mit dem Institut für Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen der Universität Tübingen (IBOR) zusammen. Gerne informiert er Kolleginnen und Kollegen durch seinen Newsletter. Mit der Fachgruppe des VLB hat Dr. Hergert inzwischen enge Verbindungen geknüpft, zumal das Kultusministerium und das Schulkommissariat bzw. das RPZ nur wenige hundert Meter auseinander liegen. So

eben werten die genannten Stellen eine Umfrage zum tatsächlich gehaltenen Religionsunterricht an den berufsbildenden Schulen in Bayern aus, die der VLB auf Veranlassung der Fachgruppe durchgeführt hat: er Rücklauf der Befragung lag bei erfreulichen 30%! Dr. Hergert machte auf die aktuellen Fortbildungen in Gars aufmerksam. Er möchte auch die Förderberufsschulen einbeziehen, weshalb er 2007/2008 diesbezüglich Angebote eröffnen will. Sein wichtigstes Ziel ist die Erhaltung eines qualifizierten Religionsunterrichts im Rahmen der Ausbildung als Menschenbildung. Zusammen mit den übrigen „allgemein bildenden Fächern“ möchte er ein Maß an „Basiswissen“ vermitteln, das zur Werte- und Glaubensentscheidung sowie zu einem Gespräch über religiöse Themen, auch mit anderen Religionszugehörigen bzw. Nichtglaubenden, befähigt.

Der Referent konnte in den letzten Wochen weit offene Türen für den Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen bei staatlichen und kirchlichen Verantwortlichen feststellen. Er plädiert dafür, noch mehr über den Religionsunterricht in der Berufsbildung zu sprechen und seinen Wert allerorten zu kommunizieren.

An dieser Stelle dankt die Fachgruppe den Verantwortlichen des VLB für die selbstverständliche Mitorganisation des ökumenischen Gottesdienstes am Samstagmorgen. Der erfreulich gute



Besuch – auch seitens des Vorstands und des Landesvorsitzenden – hat die Entscheidung bestätigt, den Gottesdienst zukünftig im jeweiligen Schulgebäude und nicht mehr in einer Kirche zu veranstalten. Den KollegInnen vor Ort sei nochmals herzlich gedankt für die Besinnung mit ergreifenden Texten, Bildern und Musikstücken.

Lernfelddidaktik

„Lernfelder sind didaktisch begründete, schulisch aufbereitete berufliche Handlungsfelder. Sie fassen komplexe Aufgabenstellungen zusammen, deren unterrichtliche Bearbeitung in handlungsorientierten Lernsituationen erfolgt. Lernfelder sind durch Zielformulierungen im Sinne von Kompetenzbeschreibungen und durch Inhaltsangaben ausgelegt“ (Bader/Schäfer). Dr. Hergert sieht kritisch hinter der so genannten Lernfelddidaktik die Tendenz, das Schulsystem für private Investoren interessant zu machen. Die Grundfinanzierung geschieht durch den Staat, doch private Investoren könnten eine Mischfinanzierung in Einzelbereichen ermöglichen. Jedenfalls können öffentliche Auftraggeber Kosten einsparen, Risiko übertragen, den Wettbewerb fördern, privates Know-how und Kapital anziehen und dringende Vorhaben zeitnah durchführen. Für den Religionslehrer ergibt sich die Notwendigkeit der Team-

fähigkeit und die gelassene Option, an der Gestaltung der Lernfelder teilzunehmen. Er sollte sich begründet entscheiden: Normaler Religionsunterricht; Beteiligung an einem Lernfeld, das andere anbieten; keine Beteiligung an einem Lernfeld, das andere anbieten; er eröffnet ein Lernfeld und bietet anderen die Mitarbeit an; der Religionslehrer eröffnet ein eigenes Lernfeld ohne Mitbeteiligung anderer. Für die Lehrplanarbeit stellt sich die Leitfrage, welche Kompetenzen (Fach-, Sozial-, Human-, Methoden-, Lern-, Kommunikative Kompetenz) denn bei welchen Lernzielen und -inhalten erworben werden sollen.

Abschließend darf ich auf die Folien zur Darstellung des RPZ's und der Lernfelddidaktik hinweisen, die Dr. Hergert gerne dem interessierten Religionslehrer zuschickt, oder besuchen Sie gleich die Homepage des RPZ und bestellen Sie den Newsletter: Hergert@rpz-bayern.de.

Dr. Michael Persie

Schreibtechnik

Thema	Einsatz der Fachlehrer für Textverarbeitung in Lernfeldern Vergleich zwischen WORD in Office 2000 und WORD 2003 unter XP Wichtige Änderungen der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Lehramt der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen vom 1. Januar 2006
Leitung	Siegbert Ulbrich

Die erfreulich große Teilnehmerzahl war vor allem an den Änderungen der „Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Lehramt der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern (ZAPOFIB)“, in Kraft getreten am 1. Januar 2006, interessiert und diskutierte mit dem AK-Leiter Siegbert Ulbrich primär über die Zulassungsvoraussetzungen und das Einstellungsverfahren.

Die Gleichstellung der Staatl. Prüfung für Lehrkräfte der Textverarbeitung mit der Meisterprüfung bewirkte die seit Jahren angestrebte Änderung der Zulassung und die Angleichung der Einstellungsverfahren. Zulassungsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst am Staatsinstitut sind die Staatl. Prüfung für Lehrkräfte der Textverarbeitung und die Einstellungsprüfung.

Die Ausbildung erfolgt bedarfsbezogen. Der Schulleiter meldet dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus seinen Bedarf. Dieses veröffentlicht die ausgeschriebenen Fachlehrerstellen und die Durchführung der Einstellungsprüfung, die aus einem Lehrversuch und einem Deutschtest besteht. Über die Zulassung zum Lehrversuch entscheidet die Schulleitung der Schule, an welcher die ausgeschriebene Fachlehrerstelle zu besetzen ist, über die Zulassung zum Deutschtest der Leiter des Staatsinstituts. Der Lehrversuch wird an der Schule durchgeführt, an welcher der spätere Einsatz der sich bewerbenden Person erfolgen soll. Der Deutschtest wird am Staatsinstitut durchgeführt.

Die Zulassung der Bewerber zum Vorbereitungsdienst wird durch die Regierung von Mittelfranken vorgenommen und es erfolgt ihre Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf. Nach einjährigem Vorbereitungsdienst und der Anstellungsprüfung endet ihr

Beamtenverhältnis auf Widerruf. Sie stehen ihrem Schulleiter zur Verfügung.

Bei Berufsschulen wird es bezüglich der Einstellung weniger Probleme geben, da das Procedere bei den gewerblichen Fachlehrern bisher schon so üblich war. Neu ist es für Schulleiter an Wirtschaftsschulen, für die bis dato Ad-hoc-Einstellungen möglich waren. Sie könnten versuchen, Fachlehrer mit der Staatl. Prüfung für Lehrkräfte der Textverarbeitung aber ohne Anstellungsprüfung des Staatsinstituts einzustellen, sollten aber bedenken, dass diese erstens nur noch mit weniger als der Hälfte der Pflichtstundenzahl beschäftigt werden dürfen und ihnen zweitens die qualifizierte Ausbildung für berufl. Schulen fehlt. Auch war man der Meinung, dass es dem Schulleiter überlassen werden sollte, ob er den Lehrversuch durchführt oder die Note der Lehrprobe dem Zeugnis der Staatl. Prüfung entnimmt. Das neue Einstellungsverfahren wird ab dem Schuljahr 2007/2008 bindend.

Unkenntnis und Verunsicherung herrschen über den Einsatz von Fachlehrern der Schreibtechnik in Lernfeldern. Nur eine Teilnehmerin konnte über den Einsatz in einem Lernfeld berichten und über ihre Bemühungen, aus dem Lehrplan eines Lernfeldes herauszufiltern, welche Inhalte in das Aufgabengebiet des Fachlehrers fallen.



In den Lernfeldern wird Textverarbeitung als „Fach“ nicht mehr explizit aufgeführt, sie ist aber in allen kfm. Berufsgruppen, in Gesundheitsberufen und in der Verwaltung erforderlich. Die jeweilige Lehrplankommission sollte schon beim Erstellen eines Lernfeldes festlegen, für welche Lernfeldinhalte die Textverarbeitung zuständig ist und einen Fachlehrer für Schreibtechnik beratend hinzuziehen.

Für den Software-Vergleich blieb kaum Zeit. Die Teilnehmer erhalten auf Wunsch die vom Arbeitskreisleiter erstellten Unterlagen zugesandt.

Siegbert Ulbrich

Senioren

Thema	Die neuesten Entwicklungen im Versorgungs-, Beihilfe- und Steuerrecht
Leitung	Berthold Schuler
Mitwirkende	Wilhelm Wagner (BRH Bayern)

Der Leiter des AK und der Referent Wilhelm Wagner (vom BRH als Vertreter des verhinderten Vorsitzenden Wilhelm Schmidbauer) konnten der zahlreichen und interessierten Zuhörerschaft seit

Jahren erstmals wieder von positiven Ansätzen in den die Versorgungsempfänger besonders interessierenden Fragen geben: die vom Beamtenbund angestoßene und forcierte Reform des Beamtenrechtes – Stichwort: Besoldung nach Leistung – findet zunehmend mehr Beachtung und Zustimmung in Medien und Öffentlichkeit. Die vom Beamtenbund und ihrem Vorsitzenden, Kollegen Peter Heesen zusammen mit ver.di mit dem damaligen Innenminister Otto Schily ausgehandelten und schon zu einem Gesetzentwurf gediehenen Reformschritte erlitten zwar durch den Regierungswechsel einen förmlichen Stillstand, ihr „Geist“ wirkt aber weiter.

In TOP 1 „Entwicklungen im Versorgungsrecht“ konnten neben den beschlossenen und weiterlaufenden Grausamkeiten endlich auch einige Silberstreifen sogar am nahen Horizont ausgemacht werden: Einmalzahlungen – die erste ist im November für 2006 erfolgt – sind bis 2007 gesichert (jeweils 250 Euro für Aktive, Versorgungsempfänger anteilig). Gleiches gilt für das Weihnachtsgeld (Auszahlung jeweils im Dezember. Höhe: Für Versorgungsempfänger ab A12 56 % von 1/12 der für ein Kalenderjahr zustehenden Bezüge).

Beide Silberstreifen liegen zwar erst im Gesetzentwurf vor, ihre Verabschiedung ist aber gesichert. Die beiden Regelungen – nach der Föderalismusreform nun in Eigenregie der Länder – entspre-



chen zwar nicht unseren begründeten Forderungen, im Ländervergleich sind sie jedoch Spitze.

Die Baustelle Beihilferecht nähert sich ihrem Ende: erstmals wird es ein eigenes bayerisches Beihilferecht geben. Es bringt wohl Änderungen – begründet vor allem mit Minimierung des Verwaltungsaufwandes – aber laut wiederholter Versicherung der CSU bzw. der Staatsregierung keine Verschlechterungen für uns.

Der TOP 2 „Strukturunterschiede zwischen Beamtenversorgung und Rentenversicherung“ gründen wesentlich darauf, dass die Beamten-Versorgung als Vollversorgung, die Renten als Teilversorgung angelegt sind. Das Bundesverfassungsgericht lässt Vergleiche zwischen den beiden Systemen nur unter Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede zu. Trotzdem wird der Druck zur wirkungsgleichen Übertragung von Rentenkürzungen auf die Pensionen kaum nachlassen.

Die in der Öffentlichkeit kursierenden Vergleiche zwischen Pensionen und Renten, die nur im Durchschnitt halb so hoch seien, sind absurd: sie berücksichtigen nicht die Tatsachen

1. Pension = Vollversorgung, Rente = Teilversorgung – hier müssten wesentlich die Betriebsrenten und Zusatzversicherungen hinzugezogen werden-

- an die Beamten werden häufig höhere Ausbildungsanforderungen gestellt (60 % haben ein Vollstudium) als an Nicht-Beamte.
- I.d.R. „lebenslangen“ Beamten-Pensionären werden u.a. die vielen Rentner mit kurzen und geringen Rentenansprüchen (1-Euro-Jobs) gegenübergestellt.

Der TOP „Berufsbeamtentum vor dem Aus?“ machte deutlich, dass seine Stellung im Zusammenhang mit den begonnenen Reformen und der im Vergleich zu anderen Ländern doch insgesamt hervorragenden Bewährung in Deutschland eher wieder gefestigter ist.

Das Argument, die Beamten seien billiger als Angestellte, scheint allerdings wenig tragfähig (nämlich, wenn man nicht nur die Aktiven vergleicht, sondern die Gesamtbelastung – also einschließlich Versorgung – zum Maßstab nimmt) und trotzdem trägt eine finanzielle Erkenntnis nicht wesentlich zur Sicherung des Berufsbeamtentums bei: Eine Entbeamtung würde sämtliche Landeshaushalte weit überfordern, da gleichzeitig die Nachversicherung der Entbeamteten und die sofort voll abzuschließenden Neu-Angestellten anfielen.

Trotzdem: der beste und auf Dauer tragfähigste Schutz des Berufsbeamtentums ist seine hohe, auch in der Öffentlichkeit anerkannte Leistung.

Berthold Schuler

Sozialkunde

Thema	Die Zukunft der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland
Leitung	Peter Lindacher
Mitwirkende	Dipl.Pol. Karst Pfeifer (Hanns-Seidel-Stiftung)

Themenschwerpunkte des Vortrags waren ein umfassender Abriss zweier Merkmale der Globalisierung, gefolgt von einer analytischen Beschreibung der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik bis in die Mitte Jahre dieses Jahrhunderts. Die Auswirkungen beider Phänomene auf das System der Sozialen Sicherung und dessen Zukunftsperspektiven bildeten den Abschluss des zweieinhalbstündigen Arbeitskreises.

Zwei typische Merkmale kennzeichnen Globalisierung: Offene Handelsmärkte, welche insbesondere die exportorientierten Volkswirtschaften wie zum Beispiel Deutschland mit einem positiven Export-Import-Saldo begünstigen. Offene Märkte sind aber auch dafür verantwortlich, dass Arbeitsplätze mobil werden und dass die Rate der importierten Vorleistungen steigt. Beides impliziert einen Verlust von Arbeitsplätzen.

Offene Handelsmärkte bedeutet andererseits aber auch Kaufkraftsteigerung. Kaufkraft allerdings ist vornehmlich ein Attribut derer, die Arbeit haben. Somit steht fest: Die Verlierer im Prozess der Globalisierung sind diejenigen ohne oder mit minderqualifizierenden Bildungsabschlüssen. Die Verlagerung geringqualifizierter Tätigkeiten in Billiglohn-Länder verzeichnet eine steigende Tendenz. Bildungsferne Schichten werden in Deutschland also auch künftig das Nachsehen haben. Aber: Im Bereich der qualifizierten Tätigkeiten besteht ebenfalls zunehmende Sogwirkung ins Ausland. Ausfälle an Steuereinnahmen und Beiträgen für das Sozialversicherungssystem sind somit vorprogrammiert.

Die Probleme der demografischen Entwicklung in Deutschland stehen nicht, wie häufig behauptet, erst in naher Zukunft ins Haus. Sie sind bereits dort angekommen. Die für die Bestandserhaltung der postindustriellen Bundesrepublik notwendigen 2,1 Kinder pro Frau sind mit 1,29 Kindern pro Frau eklatant unter-



schritten. Damit fehlen bereits heute die für die nach dem Umlageverfahren arbeitende Altersversorgung notwendigen Beitragszahler. Die künftige Altersversorgung ist damit auf Zuflüsse von Steuermitteln angewiesen. Künftige Renten müssen über Nachhaltigkeitsfaktor und Nachholfaktor gekappt und zudem steuerlich veranlagt werden. Durch ihr Reformwerk – Rentenkürzung bei gleichzeitiger privater Altersvorsorge – hat die Bundesregierung bereits diesen Entwicklungen Rechnung getragen. Die Bürger müssen mehr Eigenverantwortung entwickeln, denn: Staatsfinanzierte Renten sind keine Lösung. Aber auch eine Bürgerversicherung bringt nur kurzfristig Entlastung. Während also im Bereich der Alterssicherung Lösungen vorliegen, brennen immer noch zwei weitere Feuer: Gesundheitssektor und Pflegeversicherung.

Peter Lindacher

Sozialpädagogik/Sozialpflege

Thema	Podiumsgespräch und Diskussion zu aktuellen Themen aus der Schul- und Bildungspolitik
Leitung	Volker Ehlers
Mitwirkende	Rita Kagerer (BayStMUK), Sophia Altenthan

Die Begrüßung wurde von Sophia Altenthan übernommen, die den Teilnehmern des Arbeitskreises den neuen Fachgruppenleiter Volker Ehlers vorstellte und sich dabei für die Bereitschaft bedankte, die Aufgabe der Leitung zu übernehmen.

Ehlers übernahm die weitere Leitung des Arbeitskreises und bedankte sich zunächst bei MRin Rita Kagerer für ihre Teilnahme am Arbeitskreis. Die Bereitschaft von Rita Kagerer sich den Fragen der Fachgruppe im Rahmen der Arbeitskreise bei VLB-Berufsbildungskongressen zu stellen, genießt inzwischen schon eine gewisse Tradition und ist für die Fachgruppe von herausragender Bedeutung. MRin Kagerer nahm sich 60 Minuten Zeit, in denen sie geduldig, präzise und konkret auf die Fragen, „Sorgen und Nöte“ der Fachgruppe einging. An dieser Stelle noch einmal ein persönliches „Danke schön!“.

Der Fachgruppenleiter leitete den ersten Themenkomplex zur Zukunft der BFS für Sozialpflege damit ein, dass der neue, lernfeld-

orientierte Lehrplan als Entwurf wohl bald vorliegen werde. Es schwebt das Damoklesschwert eines reduzierten Einsatzgebietes für Kollegen und Kolleginnen der beruflichen Fachrichtung Sozialpädagogik über dem neuen Lehrplan, sollte die Ausbildung eine stärker pflegerische Ausrichtung erhalten und sollte der Weg doch in eine generalisierte Pflegeausbildung führen. MRin Kagerer verwies darauf, dass Veränderungen ins Haus stehen würden, aber Einsatzgebiete erhalten blieben und eher von einer differenzierteren Ausbildungssituation ausgegangen werden könne. Bedeutsam sei, dass der neue Lehrplan in verstärktem Ausmaß sich dem Aspekt des lebenslangen, beruflichen Lernens zuwende.

Diesen Gedanken aufgreifend lenkte Ehlers dann das Gespräch auf die BFS für Kinderpflege, die das neue Schuljahr in den 10. Klassen mit dem neuen, lernfeldorientierten Lehrplan begonnen habe. Eine erste Erfahrung sei, dass die Dichte der kollegialen Besprechungen in den ersten Schulwochen deutlich zugenommen hat. Zudem äußerte Ehlers die Sorge der Fachgruppe, dass in der Umsetzung der Lernfelder in Lernsituationen die innere Logik und Struktur von Unterrichtsinhalten innerhalb einer Unterrichtsfächer leiden könne. Weiterhin sehe man die Situation der BFS für Kinderpflege kritisch angesichts der breiten Diskussion über Anforderungen an das pädagogische Personal in den Kindertagesstät-



ten und angesichts der demographischen Entwicklung. Diese Einschätzung der Fachgruppe wurde von MRin Kagerer geteilt, die dann in der Folge weitere Informationen zur Situation in der BFS für Kinderpflege vermittelte. Es wird weiterhin zentral gestellte, schriftliche Abschlussprüfungen geben, das Praktikum soll für die 10. Klassen möglichst ab November beginnen und insgesamt soll eine Lösung von geschlossenen, eher rezeptiven Formen des Unterrichtens stattfinden.

Breite Übereinstimmung zwischen der Fachgruppe und MRin Kagerer bestand weiterhin bezüglich der geplanten Verlagerung der Ausbildung von Erziehern/-innen an Fachhochschulen. Von beiden Seiten wurde eindringlich darauf hingewiesen, dass der Begriff der „Professionalisierung“ in diesem Kontext abzulehnen ist, da er eine Abwertung der gegenwärtigen Ausbildung an den Fachakademien darstellt.

Von der Fachgruppe wurde weiterhin darauf hingewiesen, dass das Angebot an Fortbildung für den sozialpädagogischen Bereich an der Akademie in Dillingen deutlich reduziert erscheint und dies dem Anspruch an kontinuierliches Lernen nicht zuträglich ist.

Volker Ehlers machte deutlich, dass die Fachgruppe die Tatsache kritisch bewerte, dass die Seminarlehrerstelle am Studienstandort Bamberg gegenwärtig nicht wiederbesetzt werde.

Im Anschluss diskutierte der Teilnehmerkreis die Zukunft der sozialpädagogischen Fachgruppen, da eine beträchtliche Zahl an Teilnehmern/-innen sich der Fachgruppe Sozialpädagogik (FH) zuordnet. Fachgruppenleiter Ehlers schlug vor, zwar getrennte Fachgruppen aufrecht zu erhalten, da doch differenzierte Interessen vorliegen würden, dies jedoch nicht gemeinsame Termine und Veranstaltungen ausschließe. *Volker Ehlers*

Sport

Thema Berufsschulsport – quo vadis? – alternative Methoden
Leitung Thomas Oschmann

Im Blickpunkt dieses Arbeitskreises stand der Paradigmenwechsel im Sportunterricht und die reformierte Sportlehrerausbildung bei den Grund- und Aufbaulehrgängen für die Berufsschule. Es sollte auch die vielleicht neu strukturierte und innovative Referendarausbildung im Zweifach Sport zur Disposition stehen. Allerdings wurde seitens des Staatlichen Studienseminars Nordbayern die Teilnahme der zuständigen Seminarlehrkraft an dieser Veranstaltung nicht befürwortet und in Folge dessen die Verbandseinladung zu diesem Arbeitskreis vom Seminarvorstand persönlich ausgeschlagen!

Die kompetente Sportlehrerrunde kam zu dem Ergebnis, dass ein Studienseminar – würde es die moderne Sportlehrerausbildung für berufliche Schulen als einen gemeinsamen Lernprozess aller Beteiligten sehen – neuartige sportpädagogische Ansätze auch in der Entwicklung des Profils und in der Ausbildungskonzeption integrieren sollte, ja müsste!

Dort hätte in Zukunft eine entsprechende Ausbildungspraxis mit dem Ziel der Professionalisierung erprobt und realisiert werden können, wenn eine neue Lernkultur sowie Veränderungen im



Sportunterricht denn überhaupt gewollt wären: Und zwar als dauernder Prozess der Vergewisserung des Bewährten einerseits und vielfältiger Innovationen andererseits.

Wenn es ergo darum geht, interaktives, handlungsorientiertes und kollegiales Lernen als ganzheitlichen Prozess zu initiieren und zu üben, um publizierte Erfahrungen in die eigene Unterrichtspraxis transferieren zu können, dann muss endlich einmal der Mut gefasst werden, das herkömmliche Ausbildungsinstrumentarium vorsichtig, aber dennoch zielstrebig zu erweitern!

Schließlich hat sich eine grundlegende Veränderung der Lehrpläne und deren Wege der Vermittlung im Sinne einer Erweite-

rung des Spektrums und einer Anpassung an die bestehende Sport-, Spiel- und Bewegungskultur mit der neuen, bewegungsfeldorientierten Lehrplangeneration seit der Jahrtausendwende vollzogen! Weiterhin wurden empirische Untersuchungsergebnisse einer kürzlich abgeschlossenen Dissertation auf diesem Gebiet vorgestellt. Es wäre also für jeden in dieser Expertengruppe spannend geworden, wenn eine neue Seminarlehrkraft ebenso ihr hoffentlich reformiertes Konzept der Sportlehrerausbildung mit wissenschaftlichen und empirischen Bezügen dargelegt und begründet hätte.

Denn für den Verband der Lehrer an beruflichen Schulen und für die Landesstelle für den Schulsport, die sich für die Organisation und Durchführung der Grund- und Aufbaulehrgänge verantwortlich zeichnet, wäre es höchst interessant gewesen, wie die Befunde innerhalb der aktuellen sportpädagogischen Diskussion in der zweiten Phase der Sportlehrerausbildung (LPO II) umgesetzt werden!

Man darf weiter gespannt und muss zugleich entspannt sein, wenn es zu beobachten gilt, wann endlich einmal neueste, empirische sportpädagogische Befunde in der Referendarausbildung der Berufsschule sowohl Wiederhall als auch Akzeptanz finden. „Alte Zöpfe werden also weiter neu geflochten – wie schade!“

Thomas Oschmann

Versorgungstechnik

Thema Prüfungsrelevante Inhalte für die Abschlussprüfung
Leitung Martin Brouer
Mitwirkende Friedhelm Baumann

Jeder Lehrer, der die neuen Lehrplanrichtlinien für Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik im Unterricht umsetzen muss, steht vor dem Problem, welche Inhalte er in den einzelnen Lernfeldern und Jahrgangsstufen vermitteln soll, um die Schüler auf die Abschlussprüfung optimal vorzubereiten.

Da er nicht den gesamten Stoff im Unterricht behandeln kann, braucht er hierfür Anhaltspunkte.

Um den Lehrern und dem Prüfungsausschuss, der die Abschlussprüfung erarbeitet, eine Hilfestellung zu geben, sollten in der Veranstaltung in Memmingen für ganz Bayern konsensfähige Lösungsansätze aufgezeigt und das weitere Vorgehen besprochen werden. Dazu hat Referent Friedhelm Baumann eine von ihm entwickelte Tabelle vorgestellt, in der mögliche Inhalte zu den einzelnen Lernfeldern aufgelistet waren. Aus dieser Tabelle sind bei einer regionalen Lehrerfortbildung in Oberbayern Kerninhalte erarbeitet worden. Diese Vorgehensweise stand anschließend zur Diskussion.

Danach einigten sich die Anwesenden auf zwei parallele Abfragen. Zum einen soll die von Baumann vorgestellte Tabelle überarbeitet an die Fachmitarbeiter der Regierungsbezirke verteilt werden. Diese können dann mit den Lehrern aus ihrem Regierungsbezirk einen Vorschlag erarbeiten. Die Vorschläge aller Regierungsbezirke werden im Regierungsbezirk Oberbayern gesammelt sowie zu einem gemeinsamen Ergebnis zusammengefasst und veröffentlicht.

Parallel soll, wie von Günther Goblirsch vorgeschlagen, allen bayerischen Kollegen aus dem Bereich Versorgungstechnik ein durch ein Passwort geschützter Zugang auf eine entsprechende Seite auf dem Server der Stadt München eingerichtet werden, wo jeder Kollege online die einzelnen Inhalte in den jeweiligen Lernfeldern nach der Prüfungsrelevanz bewerten kann. Auch die Ergebnisse dieser Abfrage werden entsprechend veröffentlicht.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die veröffentlichten Ergebnisse nur einen Anhaltspunkt für den Prüfungsausschuss



und die Lehrer darstellen, maßgebend bleiben die Lehrplanrichtlinien.

Am Ende der Veranstaltung wurden noch zwei lang gedienten Mitglieder der Fachgruppe, Kurt Kircheis und Hans-Peter Stix, verabschiedet. Beide gehen in den wohl verdienten Ruhestand. Die Fachgruppe und alle Kollegen danken für die hervorragende Zusammenarbeit und wünschen Ihnen alles Gute für den neuen Lebensabschnitt. *Martin Brouer*

Wirtschaftsschulen

Thema Abschlussprüfung 2006 und Analyse des Probeunterrichts 2006
Leitung Bernhard Zeller
Mitwirkende Elmar Tittes (ARGE Bayerischer Wirtschaftsschulen), Werner Schwab (WS Weiden)

Nachdem im Probeunterricht wieder auffällige Diskrepanzen zwischen der Vorbildung der Prüflinge und den Anforderungen der Prüfung auftraten, führte Elmar Tittes eine Umfrage unter 35 Wirtschaftsschulen durch. Dabei konnte festgestellt werden, dass nach der schriftlichen Prüfung (vor Durchführung der mündlichen Prüfung) Besorgnis erregende Ergebnisse vorlagen. So hatten bei der Prüfung für den Eintritt aus der 7. Jahrgangsstufe an drei Schulen kein Schüler den Probeunterricht bestanden, insgesamt waren aufgrund der hohen Durchfallsquote 22 Ergebnisse der 7. und 16 Ergebnisse der 6. Jahrgangsstufe auffällig (meist weit jenseits von 50 %). Vergleicht man die Vorzensierungen im Übertrittszeugnis in Deutsch und Mathematik mit den Ergebnissen im Probeunterricht, so ist ein Absinken der Leistungen um ca. eine Notenstufe die Regel. In der sich anschließenden Diskussion war die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer der Meinung, dass auf keinen Fall unsere Anforderungen im Probeunterricht abgesenkt werden dürfen. Als Problem erweisen sich die Vorzensierungen durch die

Hauptschulen, die – auch bei jenen Schülern, die mit Eignung im Übertrittszeugnis eintreten – eher als schul- oder klassenbezogen als objektiver Maßstab angesehen werden müssen. Den Lehrkräften und verantwortlichen Regierungen zur Erstellung der Aufgaben des Probeunterrichts wurde deutlich die Hochachtung für ihre schwierige Arbeit ausgesprochen. Angemerkt wurde lediglich, dass bei der Auswahl des Textes in Deutsch auf größeren Adressatenbezug geachtet werden soll. Die anwesenden Teilnehmer wurden aufgefordert Deutschlehrkräfte an unseren Wirtschaftsschu-



len zu bitten, geeignete Texte über die Bezirksregierungen an die zukünftigen Aufgabenersteller weiterzuleiten. Am 12. Oktober fand bereits ein Gespräch in Ingolstadt mit Vertretern der Ersteller 2007 und der Regierungen (Schwaben und Oberpfalz) statt, bei dem der Rahmen für die Erstellung 2007 noch mal festgelegt wurde. VLB-Wirtschaftsschulreferent Bernhard Zeller regte an, soweit noch nicht geschehen, die bisherigen Prüfungen den Eltern (z. B. über die Homepage der Schule, vgl. Homepage der Reischleischen Wirtschaftsschule Augsburg www.rws-augsburg.de) zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls wurde ein Schreiben an die Hauptschulen angeregt, das den Lehrkräften angibt, was bis zum Probeunterricht durchgenommen sein soll. Dieses Verfahren wird von Ministerialbeauftragten der Realschulen praktiziert.

Es war die Meinung aller, dass die letzten Abschlussprüfungen in Deutsch, Englisch und vor allem Rechnungswesen sehr gut gestellt waren. Die Ergebnisse in Betriebswirtschaft sind von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ausgefallen, was wohl zum Teil an ungewohnten Fragestellungen lag. Auf große Vorbehalte stießen die Vorhaben des ISB zur Änderung der Prüfungsstruktur 2007. Werner Schwab analysierte ausgiebig die veröffentlichte Musterprüfung und kam zu dem Ergebnis, dass u. a.

- die gewählte Vermischung von Buchhaltung und Kostenrechnung nicht der Praxis entspricht.
- die Prüfung zu umfangreich angelegt ist.
- zunächst der Lehrplan angepasst gehört und erst dann die Prüfung danach ausgerichtet werden soll.
- zu wenig Zeit besteht, die neue Form einzuüben.

Die anwesenden Vertreter des ISB, Peter Allmansberger und Monika Pfahler, wurden gebeten, die Aufgabenstellungen nochmals zu überdenken und zumindest eine sukzessive Einführung vorzunehmen. Es wurde zwischen den Verbandsvertretern und den Vertretern des ISB vereinbart, weiter im Gespräch zu bleiben.

Bernhard Zeller

Entschliefungen

Entschliefung 1

Neuordnung der Lehrerbildung: Master-Studiengang zum Berufspädagogen

Inzwischen haben fast alle Bundesländer ihre Studiengänge für das Lehramt an beruflichen Schulen auf Master-Studiengänge umgestellt. Grundlage für die Bachelor/Master-Studiengänge sind die Beschlüsse der Europäischen Bildungsminister von Bologna und Berlin. Danach mussten ab 2005 alle Studiengänge in Europa gestuft, polyvalent und modularisiert gestaltet werden, um die Professionalität zu erhöhen.

Das neue Lehrerbildungsgesetz in Bayern sieht diesen neuen Studiengang nur für die Wirtschaftspädagogen ausdrücklich schon vor. Die vom VLB erarbeitete Stellungnahme, dies auch auf die Berufspädagogen auszudehnen, hat zu keinem Erfolg geführt. Es ist aber nicht einzusehen, dass an beruflichen Schulen Berufs- und Wirtschaftspädagogen mit unterschiedlichen universitären Ausbildungsgängen gleichzeitig unterrichten. Daher muss das Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen auch für die Berufspädagogen diesen europäischen Beschlüssen angepasst werden.

Der gegenwärtige Sachstand mit 4 Möglichkeiten, das Lehramt an beruflichen Schulen zu erlangen, hindert viele Studierende daran, diesen Studiengang zu wählen. Hierbei ist auch zu bedenken, dass die Berufsberater in den Außenstellen der Bundesagentur für Arbeit kaum gezielte hilfreiche Informationen geben können, wenn diese Studiengänge so differenziert sind.

Neben der Vereinheitlichung der Studiengänge für das Lehramt an beruflichen Schulen soll dieses Reformkonzept der Europäischen Union zusätzlich folgende Ziele erreichen:

- stärkere Professionalität der Lehrkräfte mit einer weiteren Qualitätssteigerung des Unterrichts;
- größere Polyvalenz, da mit den im Studium erworbenen Qualifikationen un-

terschiedliche Studien- und Berufsziele erreicht werden können;

- eine Verkürzung der Studiendauer, indem die Regelstudienzeit besser erreicht werden kann;
- die Bildung von Kerncurricula und die Anpassung an die von der KMK vorgegebenen Standards zur Lehrerbildung.

Diese Ausbildung muss wegen der Bedeutung des beruflichen Faches bereits in der Bachelor-Phase schulartbezogen sein. Das Master-Studium, das als alleiniger Abschluss für das Lehramt an beruflichen Schulen gilt, muss ausschließlich schulartbezogen sein.

Der VLB fordert:

- dass die gegenwärtigen vier Möglichkeiten zum Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen zu einem Masterstudiengang vereinheitlicht werden:
 - (1) Diplom-Handelslehrer, die nach einem Studium an einer Universität das Diplom verliehen bekommen;
 - (2) Diplom-Berufspädagogen, die in einem befristeten Modellversuch an der Technischen Universität München in den Fachrichtungen Bau-, Elektro- und Metalltechnik ihr Diplom erhalten,
 - (3) Diplom-Berufspädagogen, die im Anschluss an das Erste Staatsexamen als Zusatzstudium ihr Diplom erhalten und
 - (4) das Erste Staatsexamen für die anderen beruflichen Fachrichtungen (Gesundheits- und Pflegewissenschaften, Ernährungs- und Agrarwissenschaften und Sozialpädagogik).
- dass das Lehrerbildungsgesetz so überarbeitet wird, dass die Erste Staatsprüfung für berufliche Schulen einer im Geltungsbereich des Gesetzes abgelegten Diplom- oder Masterprüfung für Wirtschaftspädagogen und Berufspädagogen entspricht;
- dass sämtliche Überlegungen über Modellversuche unter Einbeziehung der Fachhochschulen eingestellt werden und es damit keine Modellversuche mit Fachhochschulen gibt;
- dass vor dem Studium weiterhin eine einschlägige Berufsausbildung oder ein einjähriges gelenktes berufliches Praktikum zu absolvieren ist;
- dass für den Studienabschluss des Lehramtes an beruflichen Schulen allein der Master gilt;

- dass das Studium mit dem akademischen Abschluss „Master of Science oder Master of ...“ mit dem schulartspezifischen „diploma supplement“ abgeschlossen wird, das nähere Auskunft über die Studienschwerpunkte bzw. den Bezug zu den beruflichen Schulen gibt;
- dass die Kerncurricula (Standards) so erstellt werden, dass die Abschlüsse als polyvalent gelten, um das Studium attraktiver zu machen;
- dass die Modularisierung des Studienangebots mit den Teilzertifizierungen und dem Leistungs-Punkte-System den internationalen Vereinbarungen entspricht;
- dass die Module so ausgelegt und ausgerichtet sind, dass sie konkret auf den Unterricht und die weiteren Aufgaben an beruflichen Schulen ausgerichtet sind;
- dass die Studiengänge entsprechend der Kerncurricula evaluiert werden.

Entschliefung 2

Sicherung der Lehrerversorgung für das Lehramt an beruflichen Schulen

Nach dem gegenwärtigen Stand und den gegenwärtigen Prognosen werden die Planstellen der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen, die in den nächsten Jahren Pension gehen, nicht mehr besetzt werden können. Dies gilt für alle beruflichen Fachrichtungen. Als besonders gravierend erweist sich die Situation in den kommenden Jahren insbesondere in den beruflichen Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik.

Kurzfristig muss es daher gelingen, die Planstellen in den Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik zu besetzen. Dazu sind Sondermaßnahmen für Diplomingenieure mit Universitätsabschluss erforderlich, die im Vorbereitungsdienst in ihre schulische Tätigkeit eingewiesen werden. Traineemaßnahmen werden abgelehnt für Berufsfelder, in denen in Bayern grundständige Studiengänge angeboten werden.

Langfristig muss es gelingen, dass in allen Fachbereichen mehr Studenten ihr Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen beginnen.

Der VLB fordert daher

- eine verbesserte Information der Berufsberater in den Agenturen der Bundesanstalt für Arbeit über das Lehramt an beruflichen Schulen;
- eine verbesserte Information und Werbung über das Lehramt an beruflichen Schulen, die mit einer Befähigung zum Hochschulstudium abschließen;
- eine verbesserte Information und Werbung in allen Medien über den Werdegang, die Tätigkeit eines Lehrers an beruflichen Schulen und das Lehramt an beruflichen Schulen und das dazu notwendige Studium;
- Befreiung der FH-Absolventen von der Vorprüfung, die ihre Diplomprüfung mit einer Durchschnittsnote von 2,5 und besser bestanden haben, wobei einschlägige Scheine aber nachgeholt werden müssen;
- Erleichterung des Übergangs für Studierende des Lehramts an Gymnasien in das Grundstudium für das Lehramt an beruflichen Schulen, indem ihnen die Scheine des Zweifaches angerechnet werden, wobei natürlich das gelenkte berufliche Praktikum nachgeholt werden muss;
- die Einführung von Anwärtersonderzuschlägen in den Mangelfächern;
- die Wiedereinführung der Tagegelder, die mit dem FMS 24-P1721/1-47-25 768 vom 15. 10. 1996 für eintägige Seminarveranstaltungen gestrichen wurden, da hier insbesondere Referendare für das Lehramt an beruflichen Schulen in den weiträumigen Regierungsbezirken lange Fahrtwege zurücklegen müssen;
- die Einführung des Verheiratetenzuschlags für Referendare für das Lehramt an beruflichen Schulen, da diese in der Regel älter sind als die anderer Schularten.

Entschliefung 3

Bildungspolitik Die Berufsfachschulen ausbauen und stärken

Das duale System in der bisherigen Struktur ist nicht in der Lage allen ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubie-

ten. Es stehen 101 000 gemeldeten Bewerbern 70 200 gemeldete Ausbildungsplätze gegenüber. Auch ist es bisher nicht gelungen, dass die an Berufsfachschulen erworbenen Kompetenzen von den Ausbildungsunternehmen in erforderlichem Maße anerkannt werden. Dies führt zu einer Ressourcenverschwendung.

Neben der zeitlichen Komponente führt das „Parken“ von nicht vermittelten Jugendlichen in diversen Bildungsmaßnahmen zu einer Perspektivlosigkeit und einem schwindenden Selbstwertgefühl. Die sich daraus möglicherweise ergebenden gesellschaftspolitischen Folgen könnten nicht nur für soziale Unruhe sorgen, sondern auch hohe finanzielle Kosten verursachen.

Der VLB fordert:

- Die fehlende Ausbildungskapazität durch die Genehmigung von weiteren flächendeckenden Berufsfachschulen zu kompensieren.
 - Sich beim Arbeitsministerium dafür einzusetzen, dass die in Berufsfachschulen erworbenen Kompetenzen auf die Ausbildungsdauer angerechnet werden.
 - Mit dem VLB neue Wege einer sequentiellen Dualität (ein Nacheinander von Schule und Betrieb) als weitere Alternative zu erörtern.
- Wir erwarten, eine rasche Umsetzung dieser Maßnahmen, denn damit werden nicht nur den Jugendlichen effiziente Entwicklungschancen geboten, sondern auch einem drohenden Facharbeitermangel vorgebeugt.

Entschliefung 4

Bildungspolitik Erhöhter Förderbedarf für JoA-Klassen

Erklärtes Ziel für JoA-Klassen ist, den Schülerinnen und Schülern die häufig fehlende Ausbildungsreife durch adressatengerechte Bildungsangebote zu vermitteln. Dieses Ziel ist sehr zu begrüßen, denn es sind jetzt die erforderlichen Investitionen notwendig, damit die Folgekosten nicht um ein Vielfaches höher liegen.

Schülerinnen und Schülern der JoA-Klassen haben häufig erhebliche Defizi-

te nicht nur bei den Kulturtechniken, sondern in überwiegendem Maße im Bereich der Personal- und Sozialkompetenz. Dies sind u.a. Zuverlässigkeit, Bereitschaft zum Lernen, Bereitschaft Leistung zu zeigen, Verantwortungsbewusstsein, Konzentrationsfähigkeit, Durchhaltevermögen, Konfliktfähigkeit, Kritikfähigkeit usw. Diese Defizite treten verstärkt bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf. Hier entsteht ein besonderer Förderbedarf, der von den Lehrkräften wegen nicht ausreichender Qualifikation nicht zu leisten ist und die Unterstützung durch Sozialpädagogen und Schulpsychologen erfordert. Zu bedenken ist ferner, dass ein hoher Bedarf an Unterstützung auch jenseits des Unterrichts erforderlich ist. Die bisher vorhandenen Möglichkeiten, welche durch die Jugendsozialarbeit an Schulen geboten werden reichen bei weitem nicht aus, um die häufig massiv auftretenden Probleme zu lösen.

Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich der Bedarf an Sozialpädagogen und Schulpsychologen nicht nur auf die JoA-Klassen beschränkt, sondern dass auch in BVJ-Klassen eine intensive Förderung dringend geboten ist.

Neben dem erhöhten Betreuungsbedarf ist es auch zwingend geboten, den Teilungsfaktor von 0,4 auf die ursprünglich geplante Größe von 0,5 zu erhöhen. Dies ist erforderlich, um eine wegen des intensiven Förderungsbedarfs pädagogisch effiziente Gruppengröße bilden zu können. Dies gilt insbesondere für den fachpraktischen Unterricht in den Werkstätten.

Wir appellieren nochmals eindringlich, in die Förderung von Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis zu investieren, damit die Ausbildungsreife erreicht werden kann und hohe Folgekosten vermieden werden.

Der VLB fordert:

- den Teilungsfaktor für JoA-Klassen von 0,4 auf 0,5 zu erhöhen,
- den Teilungsfaktor für EQJ-Klassen auf 0,5 zu erhöhen,
- den Ausbau der Schulsozialarbeit insbesondere für Klassen mit Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis.

Entschließung 5

Dienstrecht
Arbeitszeitreduzierung für alle Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Die Unterrichtspflichtzeit/Arbeitszeit der Lehrkräfte an beruflichen Schulen in Bayern ist in den letzten Jahren schrittweise so drastisch erhöht worden (drei Arbeitszeiterhöhungen in 10 Jahren!), dass die Grenze der Belastung für viele KollegInnen überschritten ist.

Dem Unterrichtseinsatz – insbesondere in Berufsfeldern mit lernfeldstrukturierten Lehrplänen – und der Arbeitsbelastung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer an beruflichen Schulen ist durch eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung um 3 Stunden Rechnung zu tragen.

Hinzu kommt das schlechte Image des „Teilzeitarbeiters“ Lehrer, da in der Öffentlichkeit lediglich die abzuleistenden Unterrichtsstunden des Lehrers wahrgenommen werden. Die vielfältigen außerunterrichtlichen Tätigkeiten, insbesondere einer Lehrkraft an beruflichen Schulen, werden – wenn überhaupt – nur selten thematisiert. Die hohe Belastung und das beschädigte Ansehen des Lehrerberufes sind Hauptgründe für die derzeit großen Nachwuchsprobleme. Der VLB fordert daher, die Lehrerarbeitszeit und somit die Unterrichtspflichtstundenzahl unbedingt auf ein langfristig „bewältigbares“ Maß zu reduzieren!

- Bei der Lehrerarbeitszeit wird nur auf die Unterrichtsstunden abgestellt, obwohl die außerunterrichtlichen Tätigkeiten stetig zunehmen. Der enorme Zeitaufwand einer Lehrkraft für die zunehmenden außerunterrichtlichen Tätigkeiten (Umsetzungen von Lernfeldern, Lernortkooperationen, permanente Fortbildungen aufgrund rascher Veränderungen in der Berufswelt usw.) werden in der Arbeitszeit nicht berücksichtigt und von der Öffentlichkeit daher kaum wahrgenommen
- Studien zur Lehrerbelastung (z.B. „Schaarschmidt-Studie“) werden seit Jahren nahezu völlig ignoriert, obwohl die Ergebnisse alarmierend sind und vor allem für Situationen, wie sie im beruflichen Bereich vorliegen, extreme Belastungen für die Lehrkräfte attestiert werden. Die Maßnahmen des Bay-

erischen Landtags zur Lehrergesundheit (z.B. flächendeckende Umsetzung der Modellversuche zur Lehrergesundheit) werden ohne Wirkung bleiben, wenn die Ursachen für die Belastung nicht abgestellt werden.

- Die hohe Belastung für Lehrkräfte an beruflichen Schulen bremst Bemühungen im Bereich Schulentwicklung bzw. Qualitätssicherung, obwohl diese gerade bei den beruflichen Schulen durch die starke Anbindung an die Betriebe dringend notwendig sind.

Der VLB fordert:

- für Fachlehrer beim Einsatz in Lernfeldern eine Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit um bis zu 3 Stunden,
- eine Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit für alle Lehrkräfte an beruflichen Schulen um 3 Wochenstunden,
- bei zusätzlichen außerunterrichtlichen Aufgaben eine entsprechende Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit.

Entschließung 6

FOS / BOS
Erfüllung des Bildungsauftrages an der Fachoberschule und Berufsoberschule in Gefahr

Seit Jahren ist der Trend zu höheren Schülerzahlen an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen ungebrochen. Zum einen ist dies Ausdruck der kritischen Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt, zum anderen bestätigt sich darin die Attraktivität dieser Schulen und das sich zunehmend ändernde Bildungsverhalten unserer Gesellschaft.

Diese Entwicklung motiviert nun die Politik, den beruflichen Bildungsweg unter dem Signet „Berufliche Oberschule“ als attraktive Alternative zum Gymnasium in unserer Gesellschaft zu verankern. Schon jetzt befinden sich aber die Fachoberschulen und Berufsoberschulen in einer äußerst kritischen Situation. So ist aus Gründen der Budgetkürzung kaum eine individuelle Förderung der Schüler möglich, Unterrichtsausfall wird verordnet und die Verwaltung kann personell die Schülerströme nicht mehr bewältigen.

- Wir fordern daher eine dramatisch erhöhte Versorgung der Fachoberschulen

und Berufsoberschulen mit Lehrkräften, um den Unterrichtsausfall zu minimieren.

- Wir fordern dazu wirksame Maßnahmen der Staatsregierung, den Lehrernachwuchs an Fachober- und Berufsoberschulen sicherzustellen.
- Wir fordern eine Änderung der Budgetgrundlagen, um kleinere Klassen und individuelle Förderung der Schüler zu ermöglichen.
- Wir fordern eine adäquate Ausstattung der Fachoberschulen und Berufsoberschulen mit Verwaltungspersonal.

Der VLB unterstützt ausdrücklich die Maßnahmen der Staatsregierung zur Aufwertung der an FOS und BOS erreichbaren Bildungsabschlüsse und fordert mit Nachdruck, es bei der anvisierten beruflichen Oberschule nicht bei einer bloßen Etikettierung zu belassen, sondern die inhaltlichen, personellen, und organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die an Fachoberschulen und Berufsoberschulen erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen nehmen aufgrund ihres hohen beruflichen Bildungswertes Qualifikationen vorweg, die sonst erst in hochschulischen Bildungsgängen enthalten sind.

Wir appellieren an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, alsbald ein finanziell abgesichertes Konzept für die Ausgestaltung der Beruflichen Oberschule vorzulegen und bei einer möglichst frühzeitigen Standortfestlegung die regionalen Oberzentren angemessen zu berücksichtigen.

Der VLB fordert:

- Wir fordern daher eine stärkere Anerkennung der profilbezogenen Vorkenntnisse der FOS/BOS-Absolventen an den Hochschulen, z.B. durch Verkürzung der Studiendauer.
- Wir fordern eine zertifizierbare Fachpraktische Ausbildung an der Fachoberschule, die ggf. auf spätere Lehrverhältnisse oder Verbundstudiengänge angerechnet werden kann.



34,60,-

Multitalent!

SanDisk Sansa m 240 1GB. Der MP3 Player von SanDisk bietet Musikwiedergabe in höchster Qualität. Er verfügt über eine exzellente Navigation: Sortierung der Musik nach Titeln, Interpret und Alben. Der Sansa m 240 mit 1 GB Speicherkapazität kann darüber hinaus auch als Datenträger genutzt werden.
838 115

40,14 inkl. MWSt



94,20,-

Edles Titan-Gehäuse!

SanDisk Sansa e 250 2GB. Der Sansa e 250 zeichnet sich durch ein schlankes Design mit einem 4,5 cm großen TFT Farbdisplay und hochwertigen Audio-, Foto- und Videoabspielfeatures aus. Die Speicherkapazität von 2 GB entspricht 480 Titeln im MP3-Format.
872 065

109,27 inkl. MWSt



18,50,-

USB 2.0!

Kleiner USB-Stick ganz groß!

SanDisk Cruzer Micro U3 1GB. Der superkleine Cruzer Micro 1 GB ist beim Speichern von Dokumenten, Bildern, Präsentationen, Musik und Videoclips ganz groß. Die gespeicherten Daten können schnell auf jeden anderen Computer mit USB-Anschluss übertragen werden.
873 017

21,46 inkl. MWSt



44,90,-

Titaniumgehäuse!

Beste Qualität!

SanDisk Cruzer Titanium U3 2GB. Wenn Sie bei Ihrem USB-Flash-Laufwerk auf höchste Leistung Wert legen, gibt es für Sie keine bessere Wahl als den Cruzer Titanium 2 GB von SanDisk. Unvermeidliche Stöße und Alltagsstress können dem Cruzer Titanium nichts anhaben.
873 045

52,08 inkl. MWSt



27,-

Bis 20 MB/s Schreibgeschwindigkeit!

Für Profis!

SanDisk SD Card 1GB Extreme III. Professionelle Fotografen, die unter schwierigen Bedingungen arbeiten, erwarten mehr von einer Flash-Speicherkarte. Höhere Geschwindigkeit, mehr Leistung und größere Zuverlässigkeit. Diese SD Karte von SanDisk bietet alles, was Sie brauchen.
705 367

31,32 inkl. MWSt



30,50,-

10 Jahre Herstellergarantie!

Für Extremfotografen!

SanDisk CompactFlash Card 1GB Extreme III. Diese SanDisk Speicherkarte ist optimal für schwierige Aufnahmesituationen geeignet, da Sie gegen große Temperaturschwankungen gewappnet ist. Schnelles Erfassen, Anzeigen, Hochladen und Übertragen großer Bilddateien sind gewährleistet.
705 192

35,38 inkl. MWSt

Alle Preisangaben Stand 20.11.2006

Impressionen



Der 8. VLB-Berufsbildungskongress in der Presse – ein Auszug

Krasser Stundenausfall an Berufsschulen

Memmingen – Mindestens 200 zusätzliche Lehrstellen und die Rückgabe von 60 an das achtstufige Gymnasium abgezogene Planstellen fordert der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen. Im Schuljahr 2005/2006 seien an den bayerischen Berufsschulen wöchentlich mehr als 1000 Stunden ausgefallen. Bei ihrem Berufsbildungskongress in Memmingen beklagten die Pädagogen, dass zehntausende Jugendliche in Bayern keinerlei Aussicht auf eine Lehrstelle hätten. Der Verband fordert einen erheblichen Ausbau der vollzeitschulischen Ausbildungsangebote, um den Jugendlichen, die sich zwischen Schule und Ausbildung befinden, eine Perspektive zu bieten. Die Berufsschullehrer wiesen darüber hinaus auf eine zunehmende Belastung durch die gestiegenen Wochenstundenzahlen hin. Dies habe sich durch die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit von zwei Wochenstunden ergeben. Dazu komme die 15-prozentige Kürzung der Anrechnungsstunden, ein erhöhter Vorbereitungsaufwand und ein hoher Vertretungsbedarf. Der Verband forderte die Staatsregierung auf, den „dauernden Strom“ an zusätzlichen Aufgaben zu beschränken und forderte mehr Eigenverantwortung für die beruflichen Schulen beim Finanz- und Personalbudget. dpa

Süddeutsche Zeitung, 10. November 2006

Stärkeres Gewicht für Berufsschule

Minister: Zeugnis ändern

Memmingen (bil). Das Berufsschul-Abschlusszeugnis soll nach dem Willen von Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider gestärkt werden. Er fordert, die Noten in das Zeugnis der Kammer mit einzurechnen. „Wer lehr, der soll auch prüfen“, sagte Schneider gestern unter heftigem Applaus beim Bildungskongress des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) in Memmingen. Bisher sind vor allem die Abschluss-Prüfungen bei den Wirtschaftskammern – Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern – für das Kammerzeugnis maßgebend. Der Kultusminister kündigte an, diese wichtige Ausbildungsstufe nicht mehr an beruflichen Schulen anzusetzen, sondern in Fachhochschul-Studiengänge umzuwandeln. „Zunehmende fachliche Ansprüche mancher Berufe können dazu führen“, sagte Schneider. Gleichzeitig warte er aber auch darauf, immer mehr Berufsbilder an Hochschulen zu unterrichten. Schneider kritisierte, dass die deutsche duale Berufsausbildung im internationalen Vergleich nicht ausreichend gewürdigt werde. „Die Lösung dieser Ungleichbehandlung kann nicht sein, künftig immer mehr Bildungsgänge an die Hochschulen zu verlagern“, sagte Schneider. Erbetonte vor den Mitgliedern des VLB außerdem, dass man jedem Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz ein Angebot machen müsse. Die derzeitige Praxis der Berufsvorbereitung bezügelte der Landesvorsitzende der VFL, Hans Käfler, als „Unding“. Nur ein Tag Unterricht in der Woche helfe da nicht. „Wir brauchen keine berufs vorbereitenden Maßnahmen, sondern Ausbildung“, sagte er.

Allgäuer Zeitung, 11. November 2006

Schneider verteidigt Berufsschul-Reform

Kultusminister in Memmingen – „Große Sorge“ über Zahl der Jugendlichen ohne Lehrstelle

Memmingen (bil). Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider hat gestern in Memmingen die Organisationsreform der Berufsschulen verteidigt. Durch sie sind in der Region etliche Unterrichtsbezirke neu geordnet worden – was dem Kultusministerium viel Kritik einbrachte. Die übte Memmingens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger auch an der Bürokratie, die der Berufsschulunterricht an der Grenze zu Baden-Württemberg auslöst.

Darunter litten die Memminger Berufsschulen besonders, machte Holzinger beim Berufsbildungskongress des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) im Stadttheater in einem Seitenhieb deutlich. Kultusminister Schneider lenkte das Augenmerk in seiner Rede auf die Situation der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz. Deren Lage betrachte er „mit großer Sorge“. Zurzeit besuchten bayernweit 15000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz nur an einem Tag in der Woche die Berufsschule. Dieses Angebot reicht dem Landesvorsitzenden des VLB,

Zitat

„Wir können und dürfen uns nicht damit abfinden, dass es für einen Anteil der Jugendlichen kein Angebot zur Berufsausbildung mehr gibt, weil sie nicht leistungsstark genug sind.“

Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider



Hans Käfler, nicht aus. „Warteschleifen sind keine Lösung, sondern im besten Fall ein Umweg, meist ein Irrweg“, sagte Käfler. Kultusminister Schneider wies in Memmingen auch darauf hin, dass mittlerweile 40 Prozent der Studienberechtigten in Bayern ihre Hochschulreife an einer beruflichen Schule erlangen. Er kritisierte, dass bei internationalen Vergleichen – wie vor kurzen in einem OECD-Bericht – aber nur Abiturienten gezählt würden. Mit der Weiterentwicklung von

Fachober- und Berufsoberschule zur beruflichen Oberschule will das Kultusministerium deren Abschlüsse aufwerten, so ihr oberster Dienstherr. Alternative Wege zur Hochschulreife über beruflichen Schulen seien „dem Angebot des Gymnasiums gleichwertig“, betonte der ehemalige Lehrer.

Er gestand vor den Mitgliedern des VLB ein, dass an den Berufsschulen seit Jahren Lehrermangel herrscht, vor allem in Deutsch, Englisch, Mathematik und Physik sowie Metall-, Elektro- und Informationstechnik. Die Zahl der Lehramtsstudenten lasse so schnell keine Entspannung erwarten.

Die Personalnot kritisierte auch VLB-Vorsitzender Käfler. Er bemängelte vor allem, dass das Ministerium Berufsschulen zugunsten des Gymnasiums bereits versprochene Neueinstellungen abgezogen habe. Die Berufsschullehrer seien „bis über die Belastungsgrenze hinaus eingespannt“. In den nächsten Jahre stehe zudem eine Pensionierungswelle an. „Wenn es uns nicht gelingt, mehr Berufsschullehrer einzustellen, droht uns bildungspolitisches Ödland“, warnte Käfler.

Memminger Zeitung, 11. November 2006

Parlamentarischer Abend mit der SPD-Landtagsfraktion:

Bewerbermangel macht Lehrerversorgung zum Problem

HANS PREISL

Befindet sich die Hauptschule wirklich in einer unaufhaltsamen Abwärts Spirale aus sinkenden Schülerzahlen und schwindender Reputation? Man kann diesen Eindruck zumindest gewinnen aus den eindeutigen Äußerungen von Parlamentariern der SPD-Landtagsfraktion.

Die bayerische SPD hätte beim parlamentarischen Abend wohl auch ganz gerne ein Systemdebatte geführt, sie hält das dreigliedrige Schulsystem offensichtlich nicht für zukunftsfähig. Weil aber die beruf-

schickt hatte. Er hob hervor, dass dem VLB daran liegt, den Dialog mit den SPD-Parlamentariern aufrecht zu halten. Er schätze nämlich die sozialdemokratischen Abgeordneten durch die Bank als Gesprächspartner mit Sachverstand.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Hans-Ulrich Pfaffmann versicherte, dass die sozialdemokratischen Abgeordneten trotz der Veranstaltung im Maximilianeum gerne zum parlamentarischen Abend des VLB gekommen seien. Angesichts der anstehenden Haushaltsberatungen beklagte er, dass die

Deutliche Alarmzeichen bei der Lehrerversorgung

Hans Käfler stimmte dem bildungspolitischen Sprecher der SPD zu, dass der Löwenanteil der 784 Stellen wohl an Gymnasien und Realschulen gehen werde. Er erwarte aber, dass auch FOS und BOS Berücksichtigung fänden. Hier leitete Käfler über auf die sich zunehmend verschlechternde Situation in Bezug auf die Lehrerversorgung. In zweierlei Hinsicht offenbarten sich deutliche Alarmzeichen: Zum einen fehle es an Planstellen, zum anderen mangle es aber auch an Bewerbern. Vor allem in den Fachrichtungen Metall- und Elektrotechnik sowie Wirtschaftswissenschaften kämpfte man mit einer eklatanten Verknappung der Bewerber. Hier könne der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden. Käfler fand für dieses Pro-



Die berufliche Bildung verdient einen höheren Stellenwert in der öffentlichen Wahrnehmung. Von links: Hans-Ulrich Pfaffmann, Hans Käfler, Annette Voß und Reinhold Strobl.

lichen Schulen quasi über dem dreigliedrigen Schulsystem stehen, ist es für den VLB primär wichtig, dass die Kompetenzen, die die Zubringerschulen vermitteln, bestimmte Mindeststandards erfüllen, egal von wem sie erbracht werden.

Der VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler zeigte sich erfreut, dass die SPD-Landtagsfraktion trotz eines wichtigen parteiinternen Termins ihre Bildungsexperten zum parlamentarischen Abend des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen ge-

berufliche Bildung im Kontext der Wahrnehmung zu kurz komme. Seiner Meinung nach habe sie das nicht verdient, weil es sich um einen expandierenden Bildungssektor handle. Er bedauerte, dass im Kulturbereich zwar 780 neue Lehrerstellen geschaffen würden, die berufliche Bildung davon aber keine bekomme. Pfaffmann wollte dann von den VLB-Vertretern wissen, wie sie die in Europa zu beobachtende Tendenz beurteilten, dass die mittlere Reife den Minimalabschluss darstelle.



Die beruflichen Schulen verlieren in den nächsten zehn Jahren fast die Hälfte ihrer Lehrkräfte durch Pensionierung. Von links: Reinhold Strobl, Karin Pranghofer und Wolfgang Lambl.

blem ein ganzes Bündel an Ursachen. Lehrämter entwickelten sich immer konträr zur Wirtschaftslage. In Zeiten anziehender Konjunktur sei das Lehramt nicht attraktiv genug. Der Dienstherr habe zudem in den letzten Jahren alles getan, um die Attraktivität des Lehrerberufs zu lädieren. Außerdem gehe der Hauptstrom der Abiturienten durch das Gymnasium, ohne jemals eine berufliche Schule gesehen zu haben. Oft würden mit beruflichen Schulen unangepasste Schüler und Disziplinprobleme assoziiert.

Auch mit dem Versuch das Problem des Lehrermangels mit Sondermaßnahmen zu lösen, habe das Ministerium weitgehend Schiffbruch erlitten. Die anvisierten Ingenieure seien nicht aufgetaucht.

Karin Pranghofer, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Fragen der beruflichen Bildung, sieht eine Verschärfung des Problems darin, dass in den kommenden Jahren ein erheblicher Teil der Lehrer in den Ruhestand versetzt wird. Sie stellt die Frage nach einer möglichen Gegenstrategie. Der Versuch mit den Quereinsteigern funktioniere vor allem deshalb nicht, weil die Bezahlung viel zu gering sei. Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl stützte die Argumentation von Karin Pranghofer mit Fakten. Die beruflichen Schulen werden in den nächsten zehn Jahren 45 % ihrer Lehrkräfte durch Pensionierung verlieren. Auch den Misserfolg bei der Lehrgewinnung über Sondermaßnahmen belegte er mit eindeutigen Zahlen. Für 35 ausgeschriebene Stellen hätten sich ganze 10 Bewerber gemeldet. Der Schülerzuwachs an den Fachoberschulen und den Berufsoberschulen verschärfe das Problem des Lehrermangels. Wolfgang Lambl setzt deshalb auf Nachwuchswerbung in den Regionen. Er regt an, die Verbandsstrukturen zu nutzen und vor Ort über das Lehramtsstudium zu informieren.

Hans Ulrich Pfaffmann sieht einen eindeutigen Zusammenhang zwischen den zur Verfügung stehenden Planstellen und der Bewerbersituation. Zuerst müssten über entsprechende Haushaltstitel ausreichend Planstellen zur Verfügung gestellt werden, dann erst sähen mögliche Bewerber eine Perspektive für eine berufliche Zukunft. Er mahnte deshalb an, den Bedarf rasch im Haushalt zu regeln. Wie wenig attraktiv der Einstieg in den Lehrerberuf gestaltet ist, zeigte Wolfgang Lambl am Einstellungsverhalten in diesem Schuljahr. Nur 35 % der Stellen seien reguläre Planstellen. 30 % der Bewerber hätten sogenannte Soverträge erhalten, der Rest sei mit Jahresverträgen abgespeist worden. Am Beispiel der Stadt Nürnberg belegte er, dass es keine Bedarfsdeckungsprobleme gebe,

wenn die Qualität des Angebots stimme. Der stellvertretende VLB-Vorsitzende Alexander Liebel kritisierte, dass Stellen aus dem beruflichen Bereich dem G8 geopfert worden seien. Hier ist es für Hans Käfler ein besonderes Anliegen, dass die Mittel für nebenberufliche Lehrkräfte wieder an die beruflichen Schulen zurückfließen. Er hält diese Lehrergemeinschaft für besonders wichtig, weil sie Know-how in die Schulen brächten und ein Verbindungsglied zur Wirtschaft in der Fachpraxis darstellten. Die Mittel, die etwa 60 Planstellen entsprechen, müssten den Berufsschulen schleunigst zurückgegeben werden.

Der Einstieg in den Lehrerberuf ist nicht mehr attraktiv, weil Bewerber keine Perspektive für die Zukunft sehen. Hans-Ulrich Pfaffmann und Hans Käfler (links).



Nürnberg unter sich: Angelika Weikert und Alexander Liebel.



Der FOS/BOS-Referent Hans Dietrich belegte die dramatische Situation bei der Lehrerversorgung in seinem Bereich ebenfalls mit Zahlen. Im vorigen Schuljahr seien 700 Pflichtstunden ausgefallen. Im aktuellen Schuljahr sind es bereits 1000 Pflichtstunden pro Woche. Das entspricht einer Steigerung um 50 %. Zwischen Gymnasien und Fachober-

schulen/Berufsoberschulen sei „der Kampf um Lehrer voll entbrannt.“ Die heterogenen Schülerschaften erhöhten den Bedarf zusätzlich. Eigentlich notwendige differenzierte Förderangebote seien nicht zu realisieren. Hans Ulrich Pfaffmann sieht die Lösung für das Problem Lehrermangel darin, dass endlich attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Dazu gehörten auch deutlich geringere Klassenstärken.

Deckelung der Wirtschaftsschulen aufheben

Bernhard Zeller kritisierte, dass die staatlichen Wirtschaftsschulen gede-

ckelt seien und deshalb nur begrenzt Schüler aufnehmen könnten. Er bedauerte dies besonders deshalb, weil diese Schulart eine besonders hohe Vermittlungsquote aufweisen könne. Die Deckelung sei eingeführt worden, um den M-Zweig der Hauptschule zu schützen. Dieser sei mittlerweile aber so etabliert, dass die Deckelung aufgehoben werden könne.

Die berufliche Bildung ist genauso viel wert wie die universitäre
Hans Ulrich Pfaffmann ist der Stellenwert der beruflichen Bildung ein besonderes Anliegen. Für ihn ist die berufliche Ausbildung genauso viel wert wie die universitäre. Entscheidend für die Attraktivität der beruflichen Schule sei, wie es mit der Arbeitsplatzfindung hinterher aussehe. Er hält deshalb Veränderungen im Unterbau der beruflichen Schulen für notwendig. Die Hauptschule werde schon allein deshalb in Schwierigkeiten kommen, weil die Übertrittsquote ständig stei-

rungen. Beispielhaft nannte sie die Stichworte Wissensgesellschaft und neue Berufe. Deshalb sollten die Berufsschulen höhere Qualifizierungen ins Auge fassen. Ihr schwebt offensichtlich so etwas wie ein Fachhochschulreifeunterricht an den Berufsschulen vor. Dieser sei damit eine Weiterqualifizierung für Mittlere-Reife-Schüler. Davon erwarte sie sich einen Kick zur Imageaufwertung der beruflichen Schulen. Die Bedeutung der Berufsschulen werde immer an der Bedeutung der dualen Ausbildung hängen.



Die Attraktivität der beruflichen Schule hängt davon ab, welche Eintrittschancen sie in die Arbeitswelt eröffnet. Karin Pranghofer und Wolfgang Lambl.



An FOS und BOS fallen jede Woche 1000 Stunden Pflichtunterricht aus. Annette Voß und Hans Dietrich.

ge. Er plädiert deshalb für die mittlere Reife als Standard-Schulabschluss.

Alexander Liebel hielt dem entgegen, dass es den meisten Unternehmen egal sei, mit welchem Titel Schüler kämen. Er kritisierte, dass viele Ausbildungsordnungen ein Abstraktionsniveau voraussetzten, das nicht mehr der beruflichen Wirklichkeit entspreche.

Karin Pranghofer sieht die Berufsbildung vor strukturellen Verände-

Die Hauptschule – Restschule ohne Zukunft?

Angelika Weikert, Mitglied im Ausschuss für Jugend, Bildung und Sport, plädierte dafür Haupt- und Realschulen zusammenzulegen. Ihrer Meinung nach führe das dreigliedrige Schulsystem zu einer zu starken Auslese. Sie will sich dafür einsetzen die Dreigliedrigkeit aufzuweichen. „Die Zeit ist reif“, sagte die SPD-Parlamentarierin. Diese neue Schulform würde

eine ganz andere Stärke bekommen und die Restschulediskussion würde endlich beendet.

Hans Ulrich Pfaffmann schob weitere Argumente nach. Er halte es für geboten die Rahmenbedingungen zu verbessern, statt so stark zu selektieren. Wegen des demographischen Wandels, des veränderten Übertrittsverhaltens und wegen der sinkenden Attraktivität des Lehramts an Hauptschulen werde es spätestens in fünf Jahren den Zwang geben die Hauptschulddebatte zu führen. Das werde dann auch Auswirkungen haben auf die berufliche Bildung, vor allem was deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit betrifft. Wer über keinen Mittlere-Reife-Abschluss verfüge, werde vor einer hohen Berufseintrittsbarriere stehen. Alexander Liebel stimmt darin zu, dass das Beschäftigungssystem über den Erfolg eines Schultyps entscheiden werde. Er riet dazu, endlich theoriereduzierte Berufe zu akzeptieren. Diese könnten der betroffenen Zielgruppe ein höheres Selbstwertgefühl vermitteln.

Wer in Warteschleifen investiert, verplempert Ressourcen

Hans Käfler leitete dann zu einem Thema über, das den Berufsschulen besonders auf den Nägeln brennt: Die Jugendlichen ohne Auszubildungsverhältnis. Die sogenannten JoAs stellen an vielen Berufsschulen bereits die größte Abteilung dar. Etwa 20 % der neu eingeschriebenen Schüler hätten diesen Status. Die Bundesagentur für Arbeit pumpt sehr viel Geld in berufsvorbereitende Maßnahmen. Den größten Teil der dafür ausgegebenen 6 Milliarden Euro hält Käfler für verpulvert. Schüler bräuchten nämlich keine Warteschleifen in Form von Praktika, sondern persönlichkeitsbildende Ausbildung. Besonders kritisierte er, dass zum Abschöpfen von Fördermitteln Ausbildungsstellen in Einstiegsqualifizierungen umgewandelt würden. Wolfgang Lambl sprach gar von einer „Erschleichung von Fördermitteln“. Er spielte damit auf den Missstand an, dass in vielen sog. EQJ-Klassen ein hoher Anteil am Realschulabsol-

venten sitze. Er bemängelt, dass der ethische Anspruch heute teilweise verschwinde. Auch er fordert „Ausbildung statt Aufbewahrung“.

Vollzeitschulische Berufsausbildungsangebote ausbauen

Auch Karin Pranghofer sieht es so, dass „Ressourcen verplempert werden“, wenn nur in Warteschleifen investiert wird. Sie denkt deshalb auch über steuerfinanzierte Ausbildungsmöglichkeiten nach, gibt allerdings zu bedenken, dass die Gefahr eines Rückzugs der Betriebe aus der dualen Ausbildung bestehe. Dem hält Alexander Liebel entgegen, dass der Ausstieg doch längst da sei. Bernhard Zeller sieht eine Lösung des Problems darin, vollzeitschulische Angebote auszubauen. „Das Berufsbildungsgesetz gibt uns alle Möglichkeiten dazu“, meint er. Es gelte lediglich den Widerstand der Kammern zu brechen, die sich jetzt noch mit Händen und Füßen dagegen wehrten.

Weil fast 40 % der unter Fünfundzwanzigjährigen ohne Ausbildung sind, sieht auch Karin Pranghofer Handlungsbedarf. Es drohe die Gefahr, dass diese jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben nicht mehr schaffen. Man könne zu diesen Menschen nicht einfach sagen: „Tut uns leid, zum falschen Zeitpunkt geboren.“ Auch Hans-Ulrich Pfaffmann vermisst die „soziale Verantwortung der Wirtschaft in der sozialen Marktwirtschaft“. „Sie zieht sich dramatisch zurück“, beobachtet er nicht ohne Sorge.

Hans Käfler empfiehlt einen Blick über die Grenzen ins Nachbarland Österreich. Dort bestünde eine stabile Verteilung der beruflichen Bildungsgänge. Es gebe fast genau so viele schulische Berufsausbildungen wie duale. Auch gelinge die Verknüpfung von beruflicher und allgemeiner Bildung vorbildlich. Dies sei in einem dualen System nicht zu realisieren.

Bayern gehört zu Schlusslichtern in der Bundesrepublik Deutschland, wenn es darum geht, die beruflichen Schulen auf den Weg zu mehr Eigenverantwortung zu führen. Hier scheinen die Vorstellungen der SPD de-

nen des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen sehr nahe zu kommen. So setzt Hans-Ulrich Pfaffmann auf regionale Bildungszentren, die als selbstständige berufliche Schulen einen Standortvorteil darstellten.

Als letzter Punkt der umfangreichen Agenda standen mögliche Auswirkungen der Föderalismusreform zur Diskussion. Hier wird von Verbandsseite befürchtet, dass ein Negativtrend in der Besoldung in Gang gesetzt werden könnte. Für Hans Käfler weckt es unangenehme Erinnerungen, wenn angekündigt wird, dass die Reform erst nach der nächsten Landtagswahl angepackt werden soll. Nach der letzten Wahl waren den bayerischen Lehrern nämlich Grausamkeiten zugemutet worden, die man vor der Wahl nicht in den schlimmsten Träumen erwartet hätte. MdL Pfaffmann bekundete Verständnis für den Unmut der Verbandsvertreter: „Menschen, denen wir unsere Kinder anvertrauen, darf man nicht so begegnen.“

Teilnehmer der SPD-Landtagsfraktion:

Karin Pranghofer
Annette Voß
Hans-Ulrich Pfaffmann
Reinhold Strobl
Angelika Weikert

Teilnehmer des VLB:

Hans Käfler
Alexander Liebel
Wolfgang Lambl
Gertrud Schneider
Johann Preißl
Hans Dietrich
Bernhard Zeller
Matthias Kohn

DL-Lehrerverbandspräsident Josef Kraus zu „Emsdetten“: „Seit Erfurt wurde vieles verschlafen“

Zu den Ereignissen an der Realschule in Emsdetten nimmt der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, wie folgt Stellung:

„Mit Emsdetten sind wir um viereinhalb Jahre und vor das Erfurt-Massaker zurückgeworfen worden. Seitdem hat sich gesellschaftspolitisch nämlich fast nichts getan. Erreicht wurden allenfalls Evakuierungspläne an Schulen sowie eine lasche Kennzeichnungspflicht für mediale Gewaltprodukte. Ansonsten Fehlanzeige: Mediale Gewalt ist nach wie vor nicht geächtet, und im zwischenmenschlichen Bereich greift die Unkultur des Weghörens und Wegschauens weiter um sich.“

Jetzt werden für eine vermutlich gerade eben dreitägige Debatte erneut Patentrezepte zur Schau gestellt, etwa die Videoüberwachung von Schulen oder deren Ausstattung mit Metalldetektoren. Das aber kann es nicht sein, denn Bildung und Erziehung können nicht gedeihen in einer Atmosphäre eines Hochsicherheitstraktes.

Viel wichtiger – und zugleich schwieriger – ist es, die wechselseitige soziale Wahrnehmung der Menschen zu fördern. Die Mehrzahl an Gewaltverbrechen an Kindern und an Gewalttaten Heranwachsender kündigt sich an, sie könnten verhindert werden, wenn das Umfeld mehr Interesse am Mitmenschen zeigte. Wichtig wäre es auch, brutale Killerspiele rechtlich wie Waffen zu behandeln. Überfällig ist außerdem zuerst in der Erwachsenenwelt eine Besinnung auf die tragenden Werte des Lebens in einem freien und demokratischen Rechtsstaat. Der Abschieds- und Ankündigungsbrief des Emsdettener Gewalttäters weist durchaus in diese Richtung. Eine sehr konkrete Frage richtet sich an die Sicherheits- und Justizbehörden vor Ort. Es ist jedenfalls zu klären, warum die Wohnung des Gewalttäters trotz des anstehenden Gerichtsverfahrens nicht regelmäßig nach Waffen durchsucht wurde.“ *PM-DL*

Parlamentarischer Abend mit der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Lehrstellendesaster und Lehrermangel

HANS PREISL

Die „Schlüsselfrage Bildung“ ist für die bayerischen Grünen offensichtlich nicht nur werbewirksames Kampagnenmotto. Immerhin ein Drittel der Ökofraktion im Bayerischen Landtag stellte sich dem konstruktiven Meinungsaustausch auf einem Parlamentarischen Abend, zu dem der Verband der LehrerInnen an beruflichen Schulen eingeladen hatte.

Um bildungspolitischen Anliegen Gehör zu verschaffen, sucht der VLB ja in regelmäßigen Abständen den Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern. Den Auftakt des Treffens mit den Grünen bestimmten die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Und die verhiessen wahrlich nichts Gutes: Seit der Wiedervereinigung hatten Schulabgänger noch nie so schlechte Karten wie in diesem Herbst. Die Ausbildungsbilanz der Bundesagentur für Arbeit wies zum Abschluss des Berufsberatungsjahres 49.500 junge Menschen ohne Lehrstelle aus. Damit hat sich die Lücke in zwölf Monaten um mehr als 9.000 vergrößert.

Margarete Bause, die Vorsitzende der grünen Landtagsfraktion, betruben die Zahlen deshalb, weil zu viele junge Menschen perspektivlos in die Sozialhilfe fallen. Für die fehlende Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen hat sie deshalb wenig Verständnis. Auch nicht dafür, dass die Wirtschaft die Anforderungen immer höher schraubt und immer jüngere Mitarbeiter bei immer weniger Geld will. Sie glaubt nicht, dass eine Gesellschaft es sich leisten kann, Potenzial in diesem Umfang brach liegen zu lassen. Und so prognostiziert auch das Grünen-Papier „Alle Jugendlichen haben ein Recht auf Ausbildung!“ einen gravierenden Facharbeitermangel spätestens in zehn Jahren.

EQJ – eher Subventionsbetrug als Einstiegsqualifizierung

Dabei offenbaren diese Zahlen nur die halbe Wahrheit. Der Ausbildungsmarkt versorgt nämlich nicht einmal die Hälfte der 760.000 Bewerber. 52 Prozent entscheiden sich für einen weiteren Schulbesuch oder werden mit sog. berufsvorbereitenden Maßnahmen in Warteschleifen eingespeist. Das beschert den Berufsschulen einen problematischen Boom: An vielen Standorten bilden die sog. JoA-Klassen (Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis) die stärkste Abteilung. 20 bis 25 Prozent der Neueingeschriebenen sind JoAs. Hier sieht der VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler einen problematischen Trend. „Die Betriebe betrachten die Berufsvorbereitung zunehmend als Angelegenheit des Staates.“ Er stellt eine Gewöhnung an staatliche Subventionierung fest. Diesen Missbrauchseffekt beobachtet er besonders stark im Bereich der sog. „Einstiegsqualifizierungen“. EQJ ist ja eigentlich ein Sonderprogramm für Jugendliche, die noch nicht in vollem Maße über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen. Ein Blick in Klassen mit EQJ-Schülern offenbart eine ganz andere Wirklichkeit. Dort sitzen bis zu einem Drittel Realschulabsolventen und sogar Abiturienten. MdL Adi Sprinkart kann das mit eindeutigen Zahlen belegen. Er hat ermitteln lassen, dass sich unter den 1.100 EQJlern ganze 80 befinden, die keinen Hauptschulabschluss haben. Diese ausbildungsvorbereitenden Praktika werden vom Staat mit üppigen 270 Mio Euro unterstützt. Deshalb bringt der schwäbische Grüne die Abzocker-Mentalität vieler Unternehmen auf den Punkt. „Das erste Ausbildungsjahr lasse ich mir vom Staat zahlen.“ Hans Käfler kritisierte, dass sich den Jugendlichen keinerlei Perspektiven eröffneten, wenn sie von einem

Praktikum in das nächste gesteckt würden. Er fordert deshalb ein Umsteuern im Bereich der Berufsvorbereitung. Er will, dass Berufsschulen als Bewerber für Maßnahmen der Arbeitsagentur auftreten können. Dieser Forderung stimmt die bildungspolitische Sprecherin der Grünen Simone Tolle grundsätzlich zu. Viele der Wettbewerber auf dem Markt der Berufsvorbereitung halten ihrer Meinung nach nur „wenig organisierte Angebote“ bereit. „Das sind billige Parkplätze, auf denen Jugendliche abgestellt werden.“ Sie sieht diese Jugendlichen an beruflichen Schulen besser aufgehoben. Allerdings verschließt sie nicht die Augen vor dem Problem, dass Berufsschulen als „staatlich subventionierte Träger“ gesehen werden. Hans Käfler verwies auch auf die problematische Tatsache, dass die herkömmlichen Berufsvorbereitungsmaßnahmen den Ausbildungsmarkt nicht entlasten. Entgegen der ursprünglichen Absicht würden diese Maßnahmen nämlich nicht angerechnet und würden damit die späteren Ausbildungszeiten nicht verkürzen.

Der Staat muss Verantwortung übernehmen

Wegen der desolaten Situation auf dem Ausbildungsmarkt sieht Käfler den Staat in der Verantwortung. Er forderte deshalb den Ausbau von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Berufsfachschulen. Sicherlich stellten diese eine Konkurrenz zum dualen System dar, räumte er ein. „Aber die quantitativen Verhältnisse lassen nichts anderes zu.“ Simone Tolle befürwortet zwar die Einrichtung von Berufsfachschulen, will sie aber zeitlich befristen. „Wir dürfen die Wirtschaft nicht aus der Verantwortung entlassen.“ Außerdem plädierte sie dafür, dass Berufsfachschulen „sich an Erfolgsquoten messen lassen“. Diese Zahlen konnte Hans Käfler gleich liefern: „Die Vermittlungsquote ins duale System liegt zwischen 70 und 90 Prozent.“ Er verwies zudem auf eine Studie des BIBB, das den Berufsfachschulen mindestens eine Ebenbürtigkeit mit dem dualen System bescheinigt, was die Integration in die Arbeitswelt betrifft.

Bild links: Junge Menschen dürfen nicht auf billigen Parkplätzen abgestellt werden, sondern brauchen hochwertige Angebote. Simone Tolle und Maria Scharfenberg.



Bild rechts: Der Vorwurf von der fehlenden Ausbildungsreife ist ein Ablenkungsmanöver. Hans Käfler und Margarete Bause.



Hier beklagte Wolfgang Lambl allerdings, dass die jungen Leute viel zu spät in den Ausbildungsprozess gelangen, weil die schulischen Ausbildungszeiten in der dualen Ausbildung nicht angerechnet würden. Und das, obwohl das neue Berufsbildungssystem dies ausdrücklich erlaube. Seinem Unmut machte er in seiner unbekümmerten fränkischen Direktheit Luft: „Das ist eine bodenlose Frechheit.“

In Bayern trägt auch die Deckelung der Wirtschaftsschulen zum wachsenden Heer der JoAs bei. Weil zahlreiche Bewerber abgewiesen werden müssten, fände sich ein Teil in diesen „Jungarbeiterklassen“ wieder. Hans Käfler plädierte dafür diese Deckelung endlich aufzugeben, weil der Grund für diese Maßnahme entfallen sei. Die M-Zweige der Hauptschulen seien mittlerweile so etabliert, dass sie nicht mehr vor vermeintlicher Konkurrenz geschützt werden müssten.

Nicht einmal ein Viertel der Betriebe bildet aus

Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer in der Analyse der Ursachen für das Ausbildungsplatzdefizit. Die Wirtschaft versuche von der Tatsache, dass

sie sich immer mehr der Ausbildungsverpflichtung entzieht, abzulenken. Wolfgang Lambl belegt diese Verweigerungshaltung mit einer Zahl aus dem aktuellen Berufsbildungsbericht: „Nur noch 23 Prozent der Betriebe bilden aus.“ Zu den Ausbildungsverweigerern zählt Simone Tolle auch den Freistaat Bayern. „Die Staatsregierung hat die Ausbildungsplätze mehr als halbiert“, kritisiert sie. Die Schere zwischen Angebot und Nachfragern geht also immer weiter auseinander. Diese Schere gäbe es auch, wenn alle Bewerber Realschulabsolventen wären, meint Hans Käfler. Deshalb sieht er im Vorwurf der mangelnden Ausbildungsreife ein Manöver um vom Lehrstellendefizit abzulenken. „Es werden einfach Schuldige gesucht.“ Auch wenn die Hauptschule Defizite aufweise, so müsse ihr doch bescheinigt werden, dass sie die Grundfertigkeiten, die nötig seien um eine Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren, sehr wohl vermitteln. Trotz aller PISA-Kritik gelte dies sowohl für die Lesekompetenzen als auch für die Rechenfertigkeiten. „Die Schüler müssen quantitative Verhältnisse erfassen können, aber nicht die höhere Mathematik beherrschen“,

sagte er mit Blick auf oft völlig überzogene Erwartungshaltungen von Seiten der Wirtschaft. Im Bereich der Sozialkompetenzen hätten die Hauptschüler gegenüber den Realschülern sogar einen Vorsprung. Simone Tolle sieht allerdings zumindest bei den 20 Prozent schwächeren Schülern der Hauptschule gezielten Förderbedarf. Sie beruft sich auf das Deutsche Jugendinstitut, das einen durchgreifenden Wandel in der betrieblichen Ausbildung feststellt. Eine verschärfte Wettbewerbssituation lässt kaum noch Zeit um junge Menschen behutsam an das Arbeitsleben heranzuführen. Das erhöht die Anforderungen, die junge Auszubildende heute zu erfüllen haben. Die bildungspolitische Sprecherin plädiert deshalb für den Aufbau von regionalen Lernnetzwerken. Schulen, Unternehmen, Stadtteile, Dörfer, Jobcenter usw. sollten kooperieren, um benachteiligte Jugendliche besser unterstützen zu können. Diese „runden Tische der Region“ brächten junge Menschen früher in Kontakt mit der Arbeitswelt. Besonders interessiert sie sich für die Zusammenarbeit von Hauptschule und Berufsschule. Dieses Feld hat Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl in Zusam-

Bild links: Die Anforderungen an die Auszubildenden sind gestiegen. Verena Mohr, Bildungsreferentin der Grünen und Hans Käfler



Bild rechts: Bildungsausgaben gelten nicht als Investitionen. Thomas Mütze, finanzpolitischer Sprecher und der VLB-Referent für Fachlehrer Reinhard Küffner.



menarbeit mit BLLV und KEG beackert und dabei festgestellt, dass es in diesem Bereich zahlreiche hervorragende Projekte gebe. Diese liefen allerdings recht unkoordiniert. „Überall macht jeder irgend etwas“, stellte Lambl fest. Simone Tolle sieht es als originäre Aufgabe des Kultusministeriums diese Nahtstelle zwischen Haupt- und Berufsschule zu verbessern.

Wirtschaftslobbyisten versuchen die dramatischen Zahlen auf dem Ausbildungsmarkt schon wieder zu bagatellisieren. DIHK-Chef Ludwig Georg Braun verweist ritualhaft auf Nachvermittlungsaktionen, die schon in den vergangenen Jahren die Lehrstellenlücke nicht geschlossen haben. Das stellt die Berufsschulen vor kaum zu lösende Probleme. Der Fachlehrer-Experte im VLB Reinhard Küffner bringt es auf den Punkt: „Der Spätstart benachteiligt gerade schwächeren Jugendlichen, weil sie einen Teil des systematisch aufbauenden Unterrichts versäumen.“

Simone Tolle brachte wegen der prekären Lehrstellensituation die Frage nach einer Ausbildungsumlage ins Spiel. Ohne sich selbst festzulegen, verwies Hans Käfler auf die Bauindustrie, wo das Instrument offensichtlich funktioniere. Reinhard Küffner ergänzte: „Manche Betriebe – vor allem im Handwerksbereich – wären sogar Profiteure einer Umlage.“ Wolfgang Lambl sympathisiert mit einem Vorschlag eines Konzeptpapiers der Grünen. Der Staat solle Anreize dadurch schaffen, dass er Aufträge bevorzugt an Firmen vergibt, die ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen.

Ende der Bescheidenheit im Bildungsbereich

Margarete Bause bemängelte mit Blick auf die einseitige Fixiertheit auf das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts: „Es wird zu wenig präventiv gedacht.“ Was jetzt bei der Bildung eingespart werde, führe später zu Mehrausgaben, weil soziale Konflikte vorprogrammiert seien. Auch Simone Tolle kritisierte, dass der „Zwang zum Sparen“ zu sehr verinnerlicht sei. Sie forderte dazu auf die „Bescheidenheit in der Schublade zu lassen, besonders

im Bildungsbereich.“ Der Grünen-Experte für Finanzen und Haushaltsfragen bemängelte, dass Bildungsausgaben haushaltstechnisch nicht als Investition gelten. Er will sich auch nicht damit abfinden, dass Deutschland sich bei den internationalen Vergleichstudien ständig „Watschen wegen der geringen Bildungsausgaben abholt“ und doch tatenlos bleibt.

Für Marion Merkle haben auch die Sachaufwandsträger die Sparwut so verinnerlicht, dass Schulen in einen permanenten Rechtfertigungszwang geraten, wenn sie Beschaffungsanträge stellen. Eine Lösung dieses Problems sieht Simone Tolle in der ihrer Meinung nach längst überfälligen Budgetierung.

Ein ernstes Problem stellt für den VLB die Lehrerversorgung in den nächsten Jahren dar. Es zeichnet sich ein Trend ab, dass zum Planstellenmangel nun auch noch ein Bewerbermangel tritt. In den Fachrichtungen Metall- und Elektrotechnik ist das Lehrdefizit so groß, dass es nicht einmal über Sondermaßnahmen behoben werden kann. Hans Käfler sieht die Ursache dafür vor allem darin, dass die verschlechterten Arbeitsbedingungen den Lehrerberuf systematisch unattraktiv gemacht haben. Für die Studienbewerber werde der Anreiz noch geringer, wenn die Staatsregierung bei der Reform der Lehrerbildung „das Staatsexamen als heilige Kuh vor sich her treibt“. Die Bildungsreferentin der Grünen Verena Mohr setzt allerdings darauf, dass sich der bayerische Sonderweg wegen der Europäisierung der universitären Ausbildung nicht durchsetzen lässt.

Aktuell ist der Lehrereingpass besonders dramatisch im Bereich von FOS und BOS. 1000 Stunden Pflichtunterricht fallen jede Woche aus. Differenzierte Förderangebote, die wegen der heterogenen Schülerstruktur besonders notwendig wären, gibt es gar nicht.

Längst überfällig: Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit

Ein wichtiges Anliegen ist dem Verband die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte. Reinhard Küffner stellt die be-

sonders dramatische Situation bei den Fachlehrern dar. Die veränderten Rahmenbedingungen wie Arbeitszeitkonto, Unterrichtspflichtzeiterhöhungen, Teamstunden in lernfeldorientierten Lehrplänen haben eine Belastung beschert, „die schon rein algebraisch nicht mehr machbar ist.“ Darunter leide entweder die Qualität oder die Lehrkraft ruiniere sich. Er forderte eine sofortige Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit.

Bei Simone Tolle rannte Reinhard Küffner ohne Türen ein. Vor ihrer politischen Karriere war sie selbst im Berufsbildungsbereich tätig und bestätigt die Belastungsgrenzen: „Man ist oft völlig platt und kann nichts mehr anfangen.“

Simone Tolle bestätigte den beruflichen Schulen, dass sie kompetent arbeiten. Margarete Bause lobte, die beruflichen Schulen hätten Vorbildcharakter im professionellen Umgang mit heterogenen Gruppen.

Die Verbandsvertreter konnten mit dem Gefühl nach Hause gehen, dass sie einen Dialog geführt haben mit einem Gesprächspartner, der sich in Fragen der beruflichen Bildung fundiert vertraut zeigte und dessen ideologiefreien und überlegten Konzepten ein Einflusszuwachs durchaus gewünscht werden kann. <

Teilnehmer der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Margarete Bause
Maria Scharfenberg
Simone Tolle
Adi Sprinkart
Verena Mohr
Thomas Mütze

Teilnehmer des VLB:

Hans Käfler
Wolfgang Lambl
Gertrud Schneider
Johann Preißl
Reinhard Küffner
Marion Merkle
Matthias Kohn



Arge Alp 2006 in Thun in der Schweiz:

Anerkennung von Lernleistungen in der Berufsbildung

HANS PREISL

Arge Alp ist der Zusammenschluss der Verbände der Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer in den deutschsprachigen Alpenländern. Für Bayern ist es der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB), für Baden-Württemberg der Landesverband Baden-Württemberg e.V. des Bundesverbands der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), für Österreich der Zentralausschuss für berufsbildende Pflichtschulen für OÖ, für Südtirol Berufsbildung Südtirol, Deutsche und ladinische Berufsbildung und für die Schweiz Berufsbildung Schweiz BCH/FPS.

Die Arge Alp wurde vor 21 Jahren gegründet. Der Gedankenaustausch unter den Verbänden der Lehrer an beruflichen Schulen in den deutschsprachigen Ländern, Bundesländern und Kantonen des Alpenraums hat sich in dieser Zeit etabliert und institutionalisiert. Er soll helfen die Berufsbildung und das duale System in der Berufsbildung zu stärken. Die Mitgliederverbände treffen sich im jährlichen Turnus. Im Zyklus der Arge Alp-Tagungen war in diesem Jahr die Schweiz an der Reihe. Man traf sich am „schönsten Eingang zur Alpenwelt“ vor der herrlichen Kulisse von

Eiger, Mönch und Jungfrau: In der Stadt Thun. Beat Wenger begrüßte vor malerischer Kulisse die Delegationsteilnehmer auf der Aarehalbinsel beim Apéro. Mit diesem in angenehme Stimmung versetzenden Getränk verkürzten die Schweizer auf angenehme Weise die Zeit, bis alle Gäste eingetroffen waren. Der Präsident des BCH – des schweizerischen Dachverbands für die Interessen der Berufsschulpraxis – nutzte die Zeit auch gleich um ins dichte Programm der diesjährigen Tagung einzuführen. Als erstes Highlight stand der Besuch der Schweizerischen Nationalbank auf dem Programm.

Berufsbildungssystem in der Schweiz: geprägt von hoher Durchlässigkeit

In deren großem Saal stellte Serge Imboden, Vizedirektor des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie und Leiter des Leistungsbezugs der Berufsbildung den Teilnehmern das schweizerische Berufsbildungssystem vor.

In der Schweiz beträgt die obligatorische Schulzeit neun Jahre. Mehr als 90 Prozent der jungen Eidgenossen absolvieren danach aber eine weitere Ausbildung. Von diesen entscheiden sich zwei Drittel für eine Berufs-

ausbildung. Für Schüler, die erst auf die Anforderungen der beruflichen Grundbildung vorbereitet werden müssen, werden arbeitsweltbezogene Brückenangebote bereitgehalten. Die berufliche Grundbildung führt zu unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen. Schulisch Schwächere können eine zweijährige Grundbildung absolvieren und erhalten den Abschluss mit dem sog. Eidgenössischen Berufsattest. Eine drei- oder vierjährige Grundbildung schließt mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis ab und erlaubt den Zugang zur höheren Berufsbildung. Die Berufsmaturität kann neben oder nach der beruflichen Grundbildung erworben werden. Sie erlaubt den Zugang zu Fachhochschulen und – durch den Erwerb von Zusatzqualifikationen – zur Universität.

Verbundpartnerschaft

In der Schweizer Berufsbildung wirken drei Partner eng zusammen: Der Bund, die Kantone und die Organisationen der Arbeitswelt. Dem Bund kommt dabei der Part der strategischen Steuerung zu. Er übernimmt ein Viertel der Gesamtkosten und ist für die Anerkennung von Bildungsgängen zuständig. Der schulische Teil der Ausbildung ist grundsätzlich Sache der Kantone. Diese üben auch

die Aufsicht über die Lehrbetriebe aus und sind verantwortlich für die Durchführung der Lehrabschlussprüfungen. Die „Organisationen der Arbeitswelt“ – zu ihnen gehören Wirtschaftsverbände und Unternehmen – definieren die Bildungsinhalte und stellen die Ausbildungsplätze bereit. Im Zusammenwirken von Betrieb und Berufsfachschule (so nennt die Schweiz ihre Berufsschulen) werden die Lernenden (bei uns heißen sie Auszubildende) arbeitsmarktfähig gemacht. In der Schweiz können



Apéro auf der Aare-Halbinsel: Die Bayern Berthold Gehlert, Angelika Rehm und Hans Käfler im Gespräch mit Hans Lettenbichler aus Tirol.



Jugendlicher Opa: Der österreichische Delegationsleiter Kurt Stockinger (re.) wurde während der Arge Alp Großpap. Wolfgang Lambl und Hans Käfler gratulieren.



„Ausbildung beschert in der Schweiz den Betrieben einen Nettonutzen.“ Serge Imboden, Vizedirektor des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie



Ein phänomenaler „Multitasker“: Bei Beat Wenger liefen alle Fäden zusammen. Er organisierte, moderierte, referierte und hatte den Kopf trotzdem noch frei für visionäre Gedanken.

etwa 300 staatlich anerkannte Berufe erlernt werden.

Berufsbildung ist für Betriebe rentabel

Besonders stolz ist Serge Imboden auf die ökonomischen Aspekte der Berufsbildung. Die Universität Bern hat nämlich Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung aus der Sicht der Schweizer Betriebe ermittelt. Danach sind die produktiven Leistungen der Lernenden höher als die Bruttokosten der Betriebe. Diesen Nettonutzen möchte das BBT sichern. Reglemente halten den administrativen Aufwand so gering, dass der Lernende rentabel bleibt.

Berufsbildungsgesetz: Motor für die Modernisierung der beruflichen Bildung

In der Schweiz ist 2004 ein neues Berufsbildungsgesetz (BBG) in Kraft ge-

treten. Die Reform ermöglicht differenzierte Wege in der Berufsbildung. Neben der traditionellen Lehre lässt es Raum für Grundbildungen mit hohem Schulanteil und praktisch ausgerichtete Bildungsgänge mit eigenem Qualifikationsprofil für schulisch Schwächere. Das System der am Aufwand orientierten Subventionierung wird abgeschafft. An ihre Stelle tritt eine leistungsorientierte Finanzierung, die aber nicht wie bei uns üblich unter dem Diktat der Kostenneutralität steht, sondern die Ausgaben des Bundes für Berufsbildung spürbar erhöht. Den Trägern der beruflichen Bildung vor Ort traut es deutlich mehr Verantwortung zu. Neben herkömmlichen Prüfungen werden andere Arten des Nachweises einer Qualifikation in einem Abschlusszeugnis ermöglicht (Module, Anerkennung von Lernleistungen usw.). Das fördert die Durchlässigkeit.

Das Berufsbildungsgesetz ermöglicht damit Erwachsenen den Zugang zu eidgenössischen Abschlüssen, ohne dass sie einen üblichen Bildungsgang durchlaufen müssen. Dazu werden ihnen berufliche oder außerberufliche Praxiserfahrung sowie fachliche oder allgemeine Bildung angemessen angerechnet. Über den Weg der Validierung von Bildungsleistungen werden dieselben Titel erworben, wie über die herkömmlichen Ausbildungen.

Die Berufsmaturität soll neu positioniert werden und zwar so, dass sie die Attraktivität der Berufsbildung steigert, den Zugang zu den weiterführenden Schulen (Fachhochschulen) verbessert und international anerkannte Abschlüsse ermöglicht. Die Berufsmatura soll sich zu einem flexiblen Instrument entwickeln, das den Anforderungen der heutigen Arbeitswelt entsprechen kann.

Einen besonders hohen Stellenwert hat in der Schweiz der Weiterbildungsbereich. Dieser soll jetzt noch einmal nachhaltig verbessert werden. Sie soll als quartärer Bildungsbereich in der Bundesverfassung verankert werden.

Im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses haben sich bekanntlich die EU-Mitglieder geeinigt, einen einheitlichen Qualifikationsrahmen (European Qualification Framework) zu schaffen.

Die Schweiz bekundet ihr Interesse, die Berufsbildung auch in Zukunft international konkurrenzfähig zu halten, wobei sie sich bewusst ist, dass der Kopenhagen-Prozess nicht ohne Auswirkungen auf das duale System sein wird.

Mit der modularen Berufsbildung eröffnet die Schweiz individuelle Bildungsmöglichkeiten. Sie schafft Flexibilität in Bezug auf Zeitpunkt, Bildungsort und Lernwege. Auf Nachfrage wird allerdings eingeräumt, dass sich dieses Konzept weniger im Bereich der Grundbildung anbietet. Aber wegen der besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie soll es künftig mehr Erwachsenen den Zugang zur Weiterbildung eröffnen.

Schweizer Demokratievariante: Volk nimmt direkt Einfluss auf die Politik

Zu einem eindrucksvollen Erlebnis wurde der anschließende Besuch des Berner Rathauses. Die Schweizer Organisatoren haben es verstanden beim Rundgang Informationen zu Baugeschichte und Politik geschickt zu verbinden. Die Berner haben sich (mit Hilfe eines süddeutschen Baumeisters) als Rathaus ein monumentales Repräsentationsgebäude hingestellt. Dieser Bau wurde zum politischen Zentrum und ist es über 600 Jahre geblieben. Das Kantonsparlament trifft sich im sog. Großratsaal etwa sechs Mal im Jahr zur „Session“.

Ruedi Löffel, Großrat der Evangelischen Volkspartei, führte ein in die Arbeit des Parlaments einer Demokratie, in der das Volk die höchste rechtsetzende Gewalt im Staate ausübt. Der Große Rat berät und beschließt die anhängigen Geschäfte. Die

Das novellierte Berufsbildungsgesetz wird nur sehr schleppend umgesetzt. Wolfgang Lambl (links) und Berthold Gehlert.



Delegationsteilnehmer zu Gast im Großratsaal des Berner Rathauses. Im Vordergrund Berthold Gehlert, BLBS-Bundesvorsitzender

Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich. Die Besuchertribüne ist deshalb während der Sessionen des Großen Rates stets geöffnet. Die Verhandlungssprachen sind Deutsch (Mundart oder Schriftsprache) und Französisch. Die Debatten werden simultan in die beiden Amtssprachen deutsch und französisch übersetzt. Großratsmitglieder üben ihre Tätigkeit im Nebenamt aus. Sie erhalten dafür lediglich eine finanzielle Entschädigung. In der kantonalen Verfassung ist festgelegt, dass vom Großrat verabschiedete Gesetze dem fakultativen Referendum unterliegen. Wenn ausreichend Unterschriften gesammelt werden, kann das Referendumskomitee eine Volksabstimmung erzwingen.

Kulinarischer Abend auf dem Fondue-Schiff

Für den Abend des ersten ArgeAlp-Tages bereiteten die Schweizer Gast-

geber den Teilnehmern ein besonderes Erlebnis auf dem Wasser. An Bord eines Schiffes glitten die Augen der Delegationsteilnehmer über liebevolle Ufer mit prächtigen historischen Schlössern. Auf dem Thuner See genossen sie dabei ein köstliches Käsefondue. Besonders genussvoll hielt Wolfgang Lambl die Brotstücke an einer langen Gabel in die cremige Mischung aus Greyerzer, Appenzeller und Emmentaler. Gern ließ er sich auch davon überzeugen, dass zum Fondue traditionellerweise Kirschwasser gereicht wird.

Schulung nach Maß versus Massenschulung

Beat Wenger, der Zentralpräsident von Berufsbildung Schweiz (BCH), dem schweizerischen Dachverband für Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen, präsentierte Thesen zur Bilanzierung von Kompe-

tenzen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stellt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor völlig neue Herausforderungen. Neue Technologien, die Globalisierung der Märkte, der erhöhte Konkurrenzdruck und andere Einflussfaktoren machen Unternehmen abhängig von fachlich und persönlich kompetenten Mitarbeitern. Damit Arbeitnehmer beruflich bestehen können, werden formale Abschlüsse und Nachweise sowohl der fachlichen als auch der sozialen Kompetenzen verlangt. Dabei zeigt sich, dass ein zunehmender Teil der erwerbstätigen Bevölkerung diese Kompetenzen in der Arbeit, in der Freizeit, bei ehrenamtlichem Engagement oder in der Familienarbeit erwirbt. Nur ein kleinerer Teil dieser Fähigkeiten wird über Schule oder Ausbildung erworben. Man spricht in diesem Fall von nicht formal erworbener Bildung. Dem trägt auch das neue Schweizer Berufsbildungsgesetz Rechnung. Es eröffnet Personen die Chance, dass sie zu Qualifikationsverfahren zugelassen werden, ohne einen bestimmten Bildungsgang besucht zu haben. Hier setzt nun das federführend von Beat Wenger und Kollegen entwickelte Konzept einer Validierung von Kompetenzen an. Am Beispiel der Gesundheitsberufe führte Wenger dieses Konzept vor. Der Kandidat erstellt mit Hilfe eines Webtools (Kompetenzvergleich und Standortbestimmung) seine Bilanz über die beruflichen Fertigkeiten und Kompetenzen. Die Referenzierung erfolgt im persönlichen Dossier.

Im Bereich der Allgemeinbildung füllt der Kandidat einen informellen Fragebogen aus und bereitet sich selbständig auf einer virtuellen Plattform auf einen dreiteiligen Test vor. Er kann den Nachweis aber auch über eine mindestens zweijährige BBT-Grundbildung erbringen. Die Referenzierung erfolgt ebenfalls im persönlichen Dossier. Da es sich in beiden Fällen um eine Selbsteinschätzung bzw. Selbstbewertung handelt, muss zusätzlich eine Fremdeinschätzung bzw. Fremdbewertung erfolgen. Das geschieht über Experten, die das persönliche Dossier be-

gutachten. Diese überprüfen die formalen Anforderungen und geben eine Empfehlung über noch zu absolvierende Module.

Die Kandidaten besuchen die verlangten Module zur Vervollständigung der beruflichen Kompetenzen und legen die theoretischen Modulprüfungen gemäß Bestätigung des zuständigen Amtes für Berufsbildung ab.

Die gesammelten Ergebnisse der theoretischen Modulprüfungen werden zum Prüfungsleiter im kantonalen Amt für Berufsbildung weitergeleitet. Der zuständige Kanton händigt dann das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis aus.

Lehrerverbände in Baden-Württemberg wollen fusionieren

Als nächster Punkt auf der Agenda der Arge Alp standen die sog. Länderberichte. Sie haben sich als sinnvoller Baustein im wirkungsvollen Netzwerk der Arge Alp-Länder etabliert.

Iris Fröhlich, Mitglied im BLBS-Landesvorstand von Baden-Württemberg, überbrachte die Botschaft, dass nun auch in diesem Bundesland die Berufsschullehrer einen gemeinsamen Interessenverband gründen wollen. Die Fusion gestaltet sich zwar nicht einfach, werde aber nach Lage der Dinge im Oktober 2007 vollzogen werden können.

Der Reformeifer der Landesregierung in der Bildungspolitik bleibt erhalten. „Der neue Kultusminister gibt zwar mehr Zeit, aber keine Ruhe“, meinte Iris Fröhlich. Das gelte ganz besonders für Qualitätsüberprüfung und Schulentwicklung. Im Modellvorhaben OES (operativ eigenständige Schule) wird mit 15 Schulen ein Qualitätsmanagementsystem für die beruflichen Schulen des Landes entwickelt. Schulen sollen mit einer zyklischen Selbstevaluation ihre Unterrichtsqualität erfassen und sich in einer Fremdevaluation dem kritischen Blick durch ein unabhängiges Institut präsentieren.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse würden im Anschluss entwicklungsorientierte Ziele zwischen Schulaufsicht und Schule vereinbart. Nach

Abschluss der Modellphase soll das Konzept OES bis 2011 schrittweise auf alle beruflichen Schulen Baden-Württembergs übertragen werden.

Gerd Baumer konstatiert, dass in Baden-Württemberg die Lehrerbildung brach liegt. Es gebe keine originäre Lehrerbildung. Über Direktausschreibungen sollten in diesem Schuljahr 1000 Stellen besetzt werden. Ganze 600 Bewerber konnten gefunden werden. Jetzt werden Realschullehrer zur Bedarfsdeckung herangezogen. „Die Situation stellt sich wirklich dramatisch dar“, bedauerte Baumer. Weil Kollegen teilweise 30 Stunden Mehrarbeit vor sich herschieben, stelle sich die Frage nach dem Gesundheitsschutz. „Aber Lehrer entscheiden sich lieber für die Schüler, statt zu Lasten des Systems.“

Der gesetzliche Ruhestand soll schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden.

Südtirol will die Berufsmatura einführen

Der Südtiroler Ressortdirektor deutsche und ladinische Berufsbildung, Bildungsförderung und Universität, Dr. Günther Andergassen informierte über die Berufs- und Fachschulen, die von der Grundausbildung über die Fachausbildung und Spezialisierung bis hin zur Weiterbildung eine Vielfalt von verschiedenen Lehrgängen und Kursen anbieten.

In Südtirol wird die Umsetzung der Schulreform in der Grund- und Mittelschule weitergeführt.

Diese Reform sieht individualisierte Lehrpläne und lernbegleitende Tutoren vor. Zudem führt sie die Bewertung nach Portfolio ein.

Es gibt in Südtirol auch Pläne eine „Berufsmatura“ einzuführen. Diese Berufsmatura sollen die Berufsschüler nach einem vierten Spezialisierungsjahr der Berufsschule und einem weiteren Jahr der Vorbereitung auf die Universität erlangen können.

Fachlehrer absolvieren in Südtirol eine dreijährige Ausbildung. Der Lehrgang ist eine berufsbegleitende Hinführung zum Beruf des Lehrers mit einer Gesamtdauer von 1800 Stunden. In rund 1000 Stunden wer-



Gipfeltreffen auf dem Niesen: Die Arge-Alp-Delegationen versammeln sich auf 2600 m Höhe zum Gruppenfoto.

den die theoretischen Grundlagen der Erziehungswissenschaft, im besonderen der Methodik und Didaktik vermittelt.

Österreich: Die Lehrerbildung erhält ein Upgrading auf akademisches Niveau

Österreich setzt die Modularisierung seiner Berufsausbildung fort. Landes- und Schulinspektor Kurt Stockinger stellte die Zielsetzung der Modularisierung der Berufsausbildung dar. Man wolle konsistente Berufsbilder schaffen und die Zahl der Lehrberufe reduzieren. Deshalb vereine das Grundmodul, das zwei Jahre dauert, Basistätigkeiten mehrerer Lehrberufe. Das einjährige Hauptmodul verleihe berufsspezifische Qualifikationen. Ein Spezialmodul gehe schließlich auf spezielle Produktionsweisen und Dienstleistungen ein. Stockinger betonte, dass man eine Zerstückelung in Einzelmodule vermeiden wolle. Damit bleibe das Prinzip der Beruflichkeit erhalten. Man verspreche sich vom Modulkonzept eine Steigerung der Anzahl potenzieller Ausbildungsbetriebe.

Dietmar Stark, der Direktor des pädagogischen Instituts, berichtete von einem Meilenstein in der Geschichte der österreichischen Lehr-

erbildung. Das Hochschulgesetz führt die derzeit 51 pädagogischen Institutionen zu acht Staatlichen pädagogischen Hochschulen zusammen. Damit wird die österreichische Lehrerbildung Bologna-konform weiterentwickelt. Wissenschaftlich fundierte Bildungsangebote werden den Schwerpunkt der pädagogischen Hochschulen bilden. In Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen können Lehrerinnen und Lehrer Zusatzqualifikationen erwerben. Die pädagogischen Hochschulen werden auch an der berufsbezogenen anwendungsorientierten Forschung arbeiten.

Mehrfache Arbeitszeitverlängerung für Lehrkräfte in Bayern

Internationale Vergleichsstudien werfen dem Freistaat Bayern vor, er würde Bildungschancen zu sehr nach sozialer Herkunft vergeben. Zudem ist der Abiturientenanteil im internationalen Vergleich recht gering. Deshalb führt Bayern die so genannte berufliche Oberschule ein. Sie bildet ein gemeinsames Dach für die Fach- und Berufsoberschule.

Zur Sorge Anlass gibt in Bayern die Versorgung mit Lehrkräften. Weil besonders in den Fachrichtungen Metall- und Elektrotechnik der Bedarf nicht

mehr gedeckt werden kann, versucht der Freistaat mit Sondermaßnahmen Lehrkräfte zu gewinnen. Hans Käfler sieht dabei die Gefahr, dass sich diese Maßnahmen negativ auf die grundständige Lehrerbildung auswirken.

Besonders prekär ist in Bayern die Situation auf dem Lehrstellenmarkt. Weil zu viele Jugendliche keine Ausbildungsstelle finden, bilden die so genannten JoA-Klassen an vielen Berufsschulen schon die stärkste Abteilung. Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl kritisierte die ständig sich verschlechternden Arbeitsbedingungen in Bayern. So habe man innerhalb von 10 Jahren die Arbeitszeit für Lehrkräfte dreimal verlängert. Mit zusätzlichen Aufgaben wie Büchergeld, Handy- und Rauchverbot oder externer Evaluation würden Lehrkräfte über Gebühr belastet. BLBS-Bundesvorsitzender Berthold Gehlert übte heftige Kritik an dem Umstand, dass das novellierte Berufsbildungsgesetz nur schleppend umgesetzt wird. So erfolge die Anrechnung von vollzeitschulischen Ausbildungen nur schleppend. Oft würden Absolventen von Berufsfachschulen nicht problemlos zur Prüfung zugelassen. Somit seien berufliche Karrieren nicht mehr solide planbar.

Die Schweiz hat alle Berufe einem einheitlichen System unterstellt

Die Berufspädagogik und die Berufsbildungsforschung in der Schweiz wird künftig von einer neuen Organisation profitieren. Das bisherige Schweizer Institut für Berufspädagogik (SIBP) soll nach einem Bundesratsbeschluss ersetzt werden durch das eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB). Es ist erklärte Absicht, das EHB zu einem Kompetenzzentrum für Lehre und Forschung in der Berufspädagogik und der Berufsbildung zu entwickeln.

Das neue Berufsbildungsgesetz trägt dem Wandel in der Berufs- und Arbeitswelt Rechnung. Es stellt die berufliche Handlungsfähigkeit und die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt. Der Strukturwandel in der Wirtschaft stellt traditionelle Berufsbilder teilweise in Frage und verlangt nach Netzwerklösungen. Die Schweiz hat erstmals sämtliche Berufe einem einheitlichen System unterstellt. So sind nun auch die bisher kantonal geregelten Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst Bestand-

teil der eidgenössischen Berufsbildungspolitik.

Der Absicht mit dem Berufsbildungsgesetz mehr Geld in der Berufsbildung zu bringen, kommentiert Beat Wenger zurückhaltend: „Was bildungspolitisch gefordert ist, muss finanzpolitisch nicht sein.“ Auch in der Schweiz korrespondiert das Mehr an Aufgaben nicht mit einem Mehr an Mitteln.

Bildungserfahrung anerkennen

Am Ende der Tagung erfolgte ein freier Austausch zum Entwicklungsstand und zu den Perspektiven der Anerkennung und Validierung nicht formaler Lernleistungen auch vor dem Hintergrund der nationalen Qualifikationsrahmen (NQF). Dieser soll in der Formulierung von Thesen münden. Den dazu noch nötigen Beratungsbedarf wird Beat Wenger organisieren.

Damit würde sich die Arge Alp in einen Prozess einklinken, bei dem es darum geht, europäische Instrumente zur Anerkennung nicht formaler und informeller Lernerfahrungen zu entwickeln und zu verbreiten. <

Presseerklärung des BLBS:

Lehrstellenmisere zum Teil hausgemacht

Die jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegen es: 49 500 Jugendliche haben keine Lehrstelle bekommen, 9 000 mehr als im Vorjahr. Dem stehen 15 400 noch unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber, 2 800 mehr als im Jahr davor. „Damit haben rund 35 000 Jugendliche keine Lehrstelle erhalten. Ein Drama für die Jugendlichen“, empört sich Berthold Gehlert, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS). „Selbst wenn die Bundesagentur für Arbeit noch außerbetriebliche Ausbildungsplätze finanzieren will, so bleibt das doch ein Lösungsversuch auf Kosten der Beitrags- und Steuerzahler.“

„Diese rund 35 000 Jugendlichen ohne Ausbildungsplätze müssen jetzt erfahren, dass Sie nicht gebraucht werden“, so Berthold Gehlert, „und müssen sich mit berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur, betrieblichen Einstiegsqualifizierungen oder schulischen Warteschleifen begnügen.“ Nach dem Berufsbildungsbericht bilden gegenwärtig nur etwa 24 Prozent aller Betriebe aus. Wenn drei Viertel der Betriebe von dem einen Viertel der Betriebe partizipieren wollen, die ausbilden, dann kann es nicht verwundern, dass schon jetzt ein absehbarer Facharbeitermangel auf die Bundesrepublik zurollt.

„Es muss daher neben dem offenkundig überforderten System der dualen Berufsausbildung eine zweite Schiene geben, in der die lernwilligen Jugendlichen beruflich ausgebildet werden können“, so Gehlert weiter, „und diese Schiene ist vorhanden, wird aber leider nicht im gebührenden Umfang genutzt.“

Gemeint sind damit die Berufsfachschulen, die durch die Vermittlung verwertbarer Teilqualifikationen auf eine Berufstätigkeit vorbereiten oder die komplette Berufsausbildung übernehmen. Der Ausbildungsgang umfasst mindestens ein Schuljahr,

kann aber auch mehrjährig durchgeführt werden. Dazu Berthold Gehlert: „Hier müssen die Landesregierungen und die Kammern in die Pflicht genommen werden und durch Vereinbarungen eine Anrechnung vollschulischer beruflicher Bildungsgänge auf die anschließende Lehre sicherstellen. Ferner müssen die Kammern endlich ihren Widerstand aufgeben, dass auch an Berufsfachschulen ein Ausbildungsangebot vorgehalten wird, das zur Kammerprüfung führt. Diese Möglichkeit sieht das Berufsbildungsreformgesetz ausdrücklich vor. Die in einer Berufsfachschule erworbene berufliche Handlungskompetenz ist der dualen Ausbildung gleichwertig und entlastet das duale System.“

6,1 Mrd. Euro gibt die Bundesagentur für Arbeit jährlich für berufsvorbereitende Maßnahmen aus. Diese Gelder, die häufig unkoordiniert und

mit unsicherer Wirkung im so genannten Übergangssektor versickern, sollten auf die Bundesländer verteilt zum Ausbau der Berufsfachschulen beitragen.

Lobbyisten aus Wirtschaft und Politik werden die Lehrstellenlücke wieder klein reden wollen und auf die so genannte Nachvermittlung bis Ende des Kalenderjahres verweisen. Damit mutet man gerade den schwächeren Jugendlichen einen verspäteten Start in die Ausbildung zu, da die Berufsschulen schon seit Monaten mit ihrem systematisch aufbauenden Unterricht begonnen haben. Gehlert empört: „Die Nachvermittlung ist eine Zuspät-Vermittlung. Welcher Aufschrei ginge wohl durchs Land, wenn man Gymnasiasten zumuten würde, die ersten Monate ihrer Schulzeit auf der Straße zu stehen?“

Heiko Pohlmann, BLBS

Pressemitteilung des BiBB

Wenn es mit der Lehrstelle nicht geklappt hat: was machen eigentlich Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

Mit ihrer Entscheidung, etwas anderes als die eigentlich gewünschte betriebliche Lehre zu beginnen, tragen viele Jugendliche zur Entlastung des Lehrstellenmarktes bei. Sie wählen Alternativen und machen zum Beispiel Praktika, beginnen zu jobben oder gehen wieder zur Schule. Eine neue Studie des BiBB zeigt, dass dies aber nur selten freiwillig geschieht. Viele dieser alternativ verbliebenen BewerberInnen befinden sich – obwohl sie offiziell als „vermittelt“ gelten – weiter auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Nur von einem knappen Drittel kann behauptet werden, ihr alternativer Verbleib entspreche weitgehend ihren eigenen Bildungswünschen. Ein weiteres Drittel hat den aktuellen Verbleib nicht angestrebt, sich aber mit der jetzigen Situation innerlich arrangiert. Das restliche Drittel sieht sich dagegen eher in einer „Notsituation“.

In diesem Jahr dürften nach den vorläufigen Meldungen der Kammern

bis Ende September rund 560 000 bis 570 000 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben. Rund 365 600 dieser erfolgreichen LehrstellenbewerberInnen waren bei den Arbeitsagenturen erfasst, die insgesamt 763 100 BewerberInnen registrierten. Mehr als die Hälfte – fast 400 000 Jugendliche – fanden aufgrund der angespannten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt keine Lehrstelle. Davon gelten 49 500 als „noch nicht vermittelt“. Die übrigen rund 348 000 hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits für eine Alternative entschieden.

Um das Verhalten, die Motive und die Lage der BewerberInnen näher zu beleuchten, führt das BiBB in Zusammenarbeit mit der BA regelmäßig repräsentative Befragungen durch. Die letzte, Ende 2004 durchgeführte Untersuchung widmete sich u.a. ausführlich der Situation der „alternativ Verbliebenen“. Auch damals begann

knapp die Hälfte der Jugendlichen etwas anderes als eine Lehre:

- Etwa jede/r Dritte fiel völlig aus dem Bildungssystem heraus: 5 % hatten eine Arbeitsstelle angenommen, 6 % jobbten und 19 % waren arbeitslos. Bei der letztgenannten Gruppe waren dies häufig Jugendliche, die zur Überbrückung einen Job gesucht hatten, dabei aber erfolglos bliebenen.
- Viele nahmen weitere Bildungsaktivitäten auf: Rund 30 % beteiligten sich an Bildungsgängen zur beruflichen Orientierung und Grundbildung (vor allem berufsbildende Schulen und berufsvorbereitende Maßnahmen). 9 % besuchten erneut eine allgemein bildende Schule und 4 % befanden sich in einem Praktikum.
- Einem Teil der Jugendlichen gelang es, einen Ausbildungsplatz zu finden: N: 11 % machten eine Lehre. Weitere 5 % begannen eine rein schulische Berufsausbildung und 3 % studierten. Rund 19 % begannen somit doch noch eine vollqualifizierende Ausbildung.

Wirklich zufrieden mit ihrer Situation sind laut Studie nur die Jugendlichen, die sich in einer vollqualifizierenden Ausbildung befinden. Überwiegend positiv wird auch ein erneuter Schulbesuch bewertet. Berufsvorbereitende Maßnahmen, das schulische Berufsvorbereitungsjahr sowie Praktika sind dagegen bei den Jugendlichen nur selten erste Wahl. Dennoch werden sie von vielen – nach einiger Zeit zumindest – als sinnvolle Überbrückung akzeptiert.

Sehr negativ werden hingegen alle Alternativen bewertet, die außerhalb des Bildungssystems liegen. So empfinden zum Beispiel auch rund zwei Drittel der Jugendlichen, die in eine reguläre Arbeitsstelle einmündeten, dies lediglich als Überbrückung, Notlösung oder Sackgasse.

Weitere Informationen und Tabellen zum alternativen Verbleib der Jugendlichen sind im Internetangebot des BiBB abrufbar unter www.bibb.de/de/27399.htm. BiBB



Abteilung Berufliche Schulen hat neuen Leiter – VLB geht auf Tuchfühlung

Seit dem 1. September 2006 steht Ministerialdirigent Dr. Peter Müller an der Spitze der Abteilung Berufliche Schulen am Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Er folgt damit Hans-Wilhelm Thomé nach, der mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist. Dr. Müller ist in der Beruflichen Abteilung kein Unbekannter. Von 1983 bis 1987 war er Mitarbeiter im Referat Fachoberschulen/Berufsoberschulen.

Auf Initiative von Wolfgang Lambl (links) kam es zu einem ersten Kontaktgespräch mit dem VLB. Mit am Tisch saßen (von rechts) Horst Hackel, Hans-Wilhelm Thomé, Dr. Peter Müller und Hans Käfer.

Konsequenzen aus der Differenz von Selbst- und Fremdbild des Beamten:

Das Bild des Beamten in der Öffentlichkeit

MARION MERKLE

Die neueste Studie, durchgeführt von der DBV-Winterthur, beweist (mal wieder), dass die öffentliche Meinung über Beamte sehr viel schlechter ist, als die Beamten sich selbst einschätzen würden. Das ist ein Grund, warum so viele Beamte, und hier insbesondere Lehrer, das Pensionsalter nicht erreichen und vorzeitig entweder freiwillig in den Ruhestand gehen oder aufgrund von Krankheit auch zwangspensioniert werden.

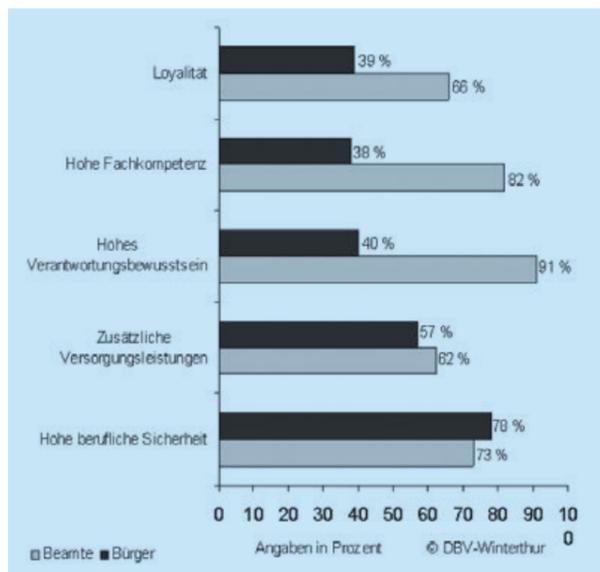
Beamte sehen bei sich ein stark ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein, welches offensichtlich bei den Bürgern kaum wahrgenommen wird. Die Einschätzung differiert um über 50 Prozent. Hieran kann man die starke Belastung vieler Beamter erkennen. Die Beamten haben starkes Verantwortungsbewusstsein und versuchen ihre hoheitlichen Aufgaben so gut wie möglich zu erfüllen. Das wird jedoch von der Öffentlichkeit überhaupt nicht geschätzt, so dass auch

keine Anerkennung der Tätigkeit zu erwarten ist. Aber wie soll man eine hohe Motivation und Verantwortung auf Dauer beibehalten nahezu ohne Anerkennung?

Fast genauso sieht der Punkt „hohe Fachkompetenz“ aus. Die Fachkompetenz wird von den Bürgern noch geringer beurteilt, als das Kriterium „hohes Verantwortungsbewusstsein“. Sie wird mit 38 Prozent von den Bürgern beurteilt. Demgegenüber sehen die Beamten ihre Fachkompetenz bei 82 Prozent. Demnach liegt auch hier die Differenz in einem Bereich von über 40 Prozent. Hier stellt sich m. E. die

Frage ist es für die Bürger nur schwer zu beurteilen, wie anspruchsvoll die Aufgaben von Beamten sind oder wird die Fachkompetenz wirklich so negativ von der Bevölkerung beobachtet? Auch dies ist ein Beispiel für die fehlende Anerkennung eines wichtigen Bereichs jeder beruflichen Tätigkeit.

Abschließend ist noch der Punkt Loyalität zu erwähnen. Auch hier ist zu beobachten, dass die Bürger die Beamten weit weniger loyal einschätzen als die Beamten sich selbst. Die ist ein weiterer Beweis zur Unterstüt-



Selbstbild versus Fremdbild.

zung der These Beamte unterliegen einem starken Druck durch die Öffentlichkeit, da sie keinerlei Anerkennung erwarten können. Das Selbst- und Fremdbild unterscheidet sich v. a. in diesen drei wichtigen Punkten so stark, dass Beamte zunehmend darunter leiden müssen und nicht jeder dies auf Dauer gleich verkraften kann.

Bleibt die Frage offen, was die Beamten tun können, das Bild des „Beamten“ in der Öffentlichkeit zu verbessern, um diese negativen Auswirkungen des Fremdbildes nachhaltig zu verbessern. Hier ist eine „Öffentlichkeitsarbeit“ jedes einzelnen gefragt, sei es im Bereich der Schule eine Transparenz über die Qualität der Arbeit zu schaffen oder im Privatbereich ein entsprechendes Bild über Beamte zu transportieren. *VLB*

Linktipp:

Versorgungsauskunft

www.bfd.bayern.de
Angebote → Versorgungsauskunft

Versorgungsauskunft
Mit dem Versorgungsauskunftsprogramm des Landesamtes für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg können Sie Ihren bisher erreichten oder den zukünftigen Ruhegehaltssatz berechnen.

VLB-Symposium 2007 für Studienreferendare und Studenten

Termin: Freitag und Samstag, 26. 01. und 27. 01. 2007

Tagungsort: Berufsschule I, Am Fernsehturm 1, 94036 Passau, Telefon 0851-9591300

Übernachtung: Euro Hotel, Neuburgerstraße 128, 94036 Passau, Telefon 0851-98842-0, www.euro-hotel-passau.de

Programm Freitag, 26. 01. 2007

- 13.30 Uhr** Begrüßung
Hans Käfler, VLB Landesvorsitzender und Vorstellungsrunde
- 14.15 Uhr** „Ins Ausland mit Comenius und Leonardo da Vinci“ mit Diskussion
Angelika Schneider und Wolfgang Schwarzenberger, Grundsatzabteilung/ISB
- 15.30 Uhr** Kaffeepause
- 15.45 Uhr** Wissenswertes über Versicherungen im Lehrerberuf
Reiner Roggan, DBV- Winterthur
- 16.30 Uhr** Workshops
> Auslandsstudium/-praktikum leicht gemacht
> Entwicklung von Konzepten zur Verbesserung der Koordination zwischen universitärer Lehrerbildung und dem Vorbereitungsdienst
> Lehramt an beruflichen Schulen – Was ist das denn?
> Ideensammlung zum Marketing
- 17.30 Uhr** Studenten: Tätigkeitsberichte der Studentensprecher im VLB
Studiengebühren – Was machen wir daraus?
Referendare: Tätigkeitsberichte der Referendarsprecher im VLB.
Neuwahlen der Referendarsprecher
- 18.00 Uhr** Abendessen

Samstag, 27. 01. 2007

- 9.00 Uhr** Präsentation der Workshoparbeit mit anschließender Diskussion
MR Georg Hirner, Kultusministerium; Hans Käfler, Landesvorsitzender VLB; Heiko Pohlmann, Referat Lehrerbildung/VLB
- 12.00 Uhr** Mittagessen
- 13.00 Uhr** Schulführung
Hans Käfler, Schulleiter

Anmeldung: Mit Anmeldeformular (www.vlb-bayern.de) bei der VLB-Geschäftsstelle, Dachauer Straße 4, 80335 München, Fax 089-5 50 44 43 an.

Letzter Anmeldetermin: (= Eingang der Anmeldung beim VLB) ist der 20.12.2006.

Teilnehmerbegrenzung: Aus organisatorischen Gründen muss die Teilnehmerzahl auf 50 Personen begrenzt werden.

Kosten: Alle Kosten für Übernachtung, Verpflegung und Anreise (Deutsche Bahn AG, 2. Klasse) der Teilnehmer werden vom VLB übernommen.

Hinweise: Bei Anreise mit Pkw bitte Fahrgemeinschaften zu bilden. Bei Anreise mit der Bahn bitte Bahncard – soweit vorhanden – benutzen. Nennen Sie beim Fahrkartenauf die Kundennummer des DBB (200 000 2). Sie erhalten dann evtl. nochmals 5 % Nachlass.

Lehrerbildung



Wirtschaftspädagogen unter sich: Prof. Dr. Karl Wilbers und Alexander Liebel (VLB)

Kontaktgespräch des VLB mit Prof. Wilbers

Die Oktober-Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes fand an der B 4 Nürnberg statt. Der Vorstand nahm dabei die Gelegenheit wahr Prof. Dr. Karl Wilbers, der die Nachfolge von Prof Aff am Nürn-

berger WiPäd-Lehrstuhl antrat, zu einem ersten Kontaktgespräch beizuladen. Ziel des Gespräches war u. a. die Festigung der Kooperation des VLB mit den Lehrerbildnern der Universität Erlangen/Nürnberg. Besonders intensiv wurden die Schwierigkeiten bei der Umstellung des WiPäd-Studiums auf BA/MA diskutiert. Erörtert wurde auch, wie die Information der Lehrkräfte über die neuen Studienstrukturen verbessert werden kann – VLB-akzente wird diese Aufgabe in loser Folge wahrnehmen. Weitere Themen waren die Lehrerversorgung, die Seiteneinsteiger-Problematik, die zunehmend kulturell-heterogene Zusammensetzung der Schüler und die Folgerungen für die Lehreraus- und Weiterbildung. Ein weiteres Thema war die Frage, wie die Schulen mit den Ergebnissen der externen Evaluation umgehen sollten.

Lesen Sie dazu auch den Bericht über das bildungspolitische Forum (Seite ●●) anlässlich des Berufsbildungskongresses in Memmingen, bei dem sich Prof. Dr. Wilbers den VLB-Mitgliedern vorstellte.

Lernen mit und von dem Marktführer:

Siemens Automation and Drive

DR. GERHARD KELLNER

Die beruflichen Schulen in Bayern befinden sich auf dem Weg zu Kompetenzzentren. So sind die einzelnen Fachrichtungen dabei, sich ein eigenes Profil zu geben, darunter insbesondere auch – nach ihrer Neuordnung – die technisch innovativen Berufe in den Ausbildungsfeldern Elektrotechnik und Metall.

Für eine erfolgreiche strategische Ausrichtung der einzelnen Berufsschulen beziehungsweise ihrer Sparten ist ein bestimmter Weg vorgezeichnet:

- Investitionen in Räumlichkeiten und beruflich relevante Infrastruktur durch den Sachaufwandsträger z. B. auch durch FAG-Mittel für neue Berufe.
- Enge Kooperation und Abstimmung mit den Ausbildungsbetrieben bezüglich neu eingerichteter Berufszweige beziehungsweise Planung im Hinblick auf den Bedarf einer Neuordnung von Berufen.
- Fortbildungen für die Lehrkräfte, eventuell unter Einbeziehung der betrieblichen Ausbilder und Fachkräfte einschließlich interessierter Auszubildender.

Auch an der Europa-Berufsschule Weiden wurde eine Neuordnung nach obigem Muster angegangen mit dem neu ausgelegten Berufsbild: Automatisierer.

Das Unternehmen Siemens, der Marktführer im Bereich Automati-

on, hat sich hierbei dankenswerterweise besonders im Bereich Beratung und Unterstützung von Infrastrukturausbau engagiert und eingebracht. Im Sektor Fortbildungsmaßnahmen haben sich im Raum Ostbayern gemeinsame Fortbildungen herauskristallisiert, gleichermaßen von Lehrkräften, Ausbildern, Fachkräften und interessierten Auszubildenden besucht. Auch bei diesen Aktivitäten konnte man auf die Firma Siemens und seine Ingenieure bauen. So konnte unter der Anleitung von Dipl.-Phys. Franz Deutel (Senior Manager Segment Infrastructure) ein Grundlagenkurs zum Thema SIMIT angeboten werden, einer Simulationssoftware, die Standard-Test- und Engineering-Plattform für SIMATIC-Anwendungen ist und in besonderer Weise neben Anwendungen im Betrieb auch für Schulung und Ausbildung geeignet ist. OPC (Objekt Linking and Embedding for Prozess Control) war ein weiteres Thema überschrieben. Diese Bezeichnung ist Name für eine Schnittstelle, die als industrielle Standardschnittstelle für Kommunikation in der Automatisierungstechnik gilt. Sie wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Microsoft entwickelt und ermöglicht die Kommunikation der SIMATIC S7-Anwendungen mit denen der Office-Welt (z.B. Excel, Access, etc.). Dipl. Ing. Michael Dziallas bildet die Fachkräfte aus Schule und Betrieb weiter im Bereich „Regelungstechnik mit SIMATIC S7 - Intelligente Sensorik“. Dabei werden die



Der Mentor des Projektes seitens Siemens: Christian Callegari.

Vorteile des Systems herausgekehrt. SIMATIC S7, das in verschiedenen Leistungsbereichen (bevorzugt: 300 und 400) angeboten wird, gehört in den Bereich der „Totally Integrated Automation (TIA)“ und gilt als Fortentwicklung der elektronisch speicherprogrammierbaren Steuerung (SPS) mit den Attributen „Hochverfügbarkeit“ und „Safety Integrated“, was bedeutet, dass die Fehlersicherheit redundant in die Steuerung integriert ist und aktive und passive Fehler nahezu ausgeschlossen werden können.

Aus dem Hause Siemens A&D werden Berufsschulen gezielt von Nürnberg Moorenbrunn aus unterstützt. „SCE-Projektleiter“ und „Ansprechpartner Rest of World“ Christian Callegari, dem für seine persönliche Unterstützung der ostbayerischen Anliegen unser Dank gilt, organisiert und betreut mit einem Europa-Team die neu geschaffenen webbasierten Lernplattformen „SCE – Siemens Automation Cooperates with Education“ und „SIMIT SCE“.

In enger Zusammenarbeit mit dem für unsere Region (Deutschland Süd-Ost) zuständigen Ansprechpartner Reinhard Rudolph (rudolph.reinhard@siemens.com) konnten durch das Unternehmen Siemens weitere Impulse für den projektorientierten Unterricht eingebracht werden. Unter anderem wurde mit Unterstützung von Siemens A&D ein Teleportal neben den Fachhochschulen Köln und Mittweida an der Europa-Berufs-

schule Weiden aufgebaut. Hier kann jeder Lehrling aus jeder Lebenslage – ob vom Betrieb, von der Schule oder von zu Hause aus – an den SPS-Steuerungen via Internet sein erstelltes Programm, seine Problemlösung testen und aus der Ferne Geräte und Roboter steuern (siehe www.berufsschule-weiden.de). Über eine WebCam kann er seine Ergebnisse kontrollieren und erforderliche Optimierungen vornehmen und hat so ein zusätzliches Angebot einer vom Klassenzimmer unabhängigen modernen Lernplattform.

PROFINET ist ein anderes Schlagwort und steht für fehlersichere Steuerung. Es ist ein Standard für ein industrielles Ethernet (kabelgebunde-

ne Datennetztechnologie für lokale Netze) in der Automatisierungstechnik. Die kostenlos zur Verfügung gestellte Hardware bietet den Schülern die Möglichkeit mit modernster Technik zu üben, zu testen und zu prüfen.

„Ein enger Draht zwischen Industrie und Ausbildung“, so Christian Callegari, sei bei Siemens A&D eine lange Tradition. Mit „Siemens Automation Cooperates with Education“ habe man ein maßgeschneidertes weltweit verfügbares Angebot für Ausbildungsstätten geschaffen. Dem SCE-Leitspruch „Mehrwert durch Partnerschaft“ kann man aus Sicht der Europa-Berufsschule Weiden nur beipflichten. <

Berufliche Schulen gehen neue Wege in puncto Selbstständigkeit und Eigenverantwortung:

Stiftung Bildungspakt Bayern und Bayerisches Kultusministerium starten „Profil 21“

MODUS21 ist das Markenzeichen für Selbstständigkeit und Eigenverantwortung für die allgemein bildenden Schulen, Profil 21 ist speziell auf die beruflichen Schulen ausgerichtet. Wie keine andere Schulart müssen sich die beruflichen Schulen der hohen Innovationsgeschwindigkeit der Wirtschaftswelt anpassen. Damit die beruflichen Schulen schnell auf die neuen Anforderungen reagieren können, benötigen sie größtmögliche Gestaltungsfreiheiten, die weiter gehen als die der allgemein bildenden Schulen. Davon sind vor allem die Bereiche Personal- und Finanzverantwortung betroffen.

Wie weit diese Freiheit gehen soll, erproben 18 Schulen im Rahmen des Modellprojektes Profil 21 der Stiftung Bildungspakt Bayern und des Bayerischen Kultusministeriums. „Wir wollen mit Profil 21 neue Konzepte entwickeln, die passgenau auf die speziellen Bedürfnisse der beruflichen Schulen zugeschnitten sind. Die Einzelmaß-

nahmen, die die Schulen erarbeiten, können im Schulversuch über derzeit bestehende juristische Grenzen hinausgehen“, betonte Kultusminister Siegfried Schneider. Das Ziel von Profil 21 sei, die Qualität der Schulen und des Unterrichts zu steigern und so die Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

„Die Ausbildung muss im Sinne neuer Anforderungen optimiert und die Zahl der nicht Berufsbildungsfähigen verringert werden. Denn die liegt mit 20 Prozent aller Schüler in einem Bereich, der uns aufrütteln muss. Profil 21 bietet die Chance, Verbesserungen an den Berufsschulen einzuführen, die die Wirtschaft schon länger fordert: Wir brauchen eine stärkere Orientierungsmöglichkeit an neuen Anforderungen der Betriebe und der Berufe. Der Unterricht muss sowohl zeitlich als auch inhaltlich je nach Bedarf der Lernenden flexibler gestaltet werden. Dafür sind mehr methodische Gestaltungsmög-

lichkeiten und damit Innovationen erforderlich“, erklärte Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

„Unternehmen müssen heute mehr denn je flexibel reagieren und sich neuen Nachfragestrukturen anpassen. Dies geht einher mit neuen Ansprüchen an die Mitarbeiter und damit auch an die Berufsausbildung: Sie muss flexibel bleiben und sich veränderten Anforderungen anpassen können. Die Berufsschulen spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie brauchen die geeigneten Rahmenbedingungen, um Jugendlichen eine zukunftsfähige berufliche Qualifizierung bieten zu können. Genau hier setzt Profil 21 an: Es schafft Freiräume und Gestaltungsspielräume, um die Qualität der Berufsschulbildung weiter zu steigern“, so Brossardt.

53 Schulen hatten sich um die Teilnahme an Profil 21 beworben, 18 staatliche, kommunale und private berufliche Schulen wurden von einer Jury ausgewählt und sind jetzt die Pioniere in puncto Selbstständigkeit. Der Schulversuch ist auf fünf Jahre angelegt. Wie bei MODUS21 sollen bereits zur Halbzeit erste positive Maßnahmen auch anderen beruflichen Schulen zugänglich gemacht werden. Die Schulen erarbeiten Reformkonzepte in fünf Bereichen. Das sind Unterrichtsentwicklung, Personalentwicklung und Personalverantwortung, Organisationsentwicklung, Finanzverantwortung sowie Bildungsverantwortung.

„Insbesondere die Berufsschulen mit ihrer intensiven Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft brauchen mehr Eigenverantwortung im Bereich der Schulleitung und Personalführung. Wir denken dabei an die Einrichtung einer mittleren Führungsebene, also eine Art Abteilungsleiter an den Schulen. Ebenso brauchen wir ein schülerbezogenes Personalbudget, das wir eigenständig verwalten“, betont Hans Käfler, Leiter der Karl-Peter-Obermeier-Schule, Staatliche Berufsschule I in Passau, die an dem Modellversuch Profil 21 teilnimmt.

Pressemitteilung: Kultusministerium



Dipl. Ing. Michael Dziallas (rechts) bei der Fortbildung Regelungstechnik mit SIMATIC S7.

Wirtschaftspädagogische Herausforderung:

Ethnisch-kulturelle Diversität im Klassenzimmer

NICOLE KIMMELMANN /
KARL WILBERS

Gerade in den Großstädten sind in beruflichen Schulen die unterschiedlichsten Kulturen und ethnischen Gruppen vertreten. Auch wenn dies selten öffentlich ausgesprochen wird, führt dieser Umstand im Alltag der Klassenzimmer zu nicht wenigen Problemen. In Zukunft wird der Anteil von Lernern mit Migrationshintergrund weiter zunehmen. Dies stellt eine Herausforderung dar, der in verschiedenen Bereichen zu begegnen ist.

Mit dem letzten Mikrozensus fand ein methodischer Wechsel in Teilbereichen der Erhebung statt: An die Stelle des bisherigen Ausländerkonzepts – der Frage nach Deutsch oder Nicht-Deutsch – trat das sogenannte Migrationskonzept – eine vergleichsweise differenzierte Erfassung des Migrationshintergrundes. Zum ersten Mal verfügen wir damit über belastbare Daten für die Bundesrepublik. Demnach hat fast jeder fünfte Bundesbürger (18,6 Prozent) einen Migrationshintergrund. Interessant für das schulische Bildungssystem ist die Feststellung, dass dieser Bevölkerungsteil deutlich jünger ist. Wird nur die Altersgruppe der 0 bis 6 Jährigen, d.h. der zukünftigen Schülerinnen und Schüler betrachtet, hat fast jeder Dritte (32,5 Prozent) einen Migrationshintergrund. Dies ist kein Umstand, der über Nacht entstanden ist, sondern vielmehr das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung.

Historie

Historisch betrachtet setzte die Migration in größerem Stil nach den Anwerbeabkommen, beispielsweise mit der Türkei (1961), ein. Dabei wirkten gerade die westdeutschen Großstädte als Magneten der Migration. Lange Zeit glaubten sowohl Einwanderer als auch Heimbevölkerung, dass

diese Migration vorläufig sei und eine Rückkehr alsbald stattfinde. Heute hat sich, auch in der Politik, die Einsicht durchgesetzt, dass dies eine Fiktion war und ist.

Eine nüchterne Analyse der durch Migration in Deutschland entstandenen Herausforderungen ist nicht einfach. Spricht man dieses Thema an, neigt das Gespräch dazu, in zwei bis drei Zügen beim Kopftuch, dem 11. September, Islamismus, den Rechten der Frau, Parallelgesellschaften und Terrorismus zu landen. Die Vorstellung, dass Migration nicht nur Bedrohung, sondern – gerade in wirtschaftlicher Hinsicht – auch Chance sein könnte, – Stichworte seien hier Migrant*innenökonomie, Zielgruppenmarketing oder Außenhandel – scheint in dieser Atmosphäre Lichtjahre entfernt. Parallel dazu wirken politisch die Gräben zwischen rot-grüner Multi-Kulti-Idee und konservativer Leitkultur-Vorstellung unüberwindbar.

Schulalltag

Der Alltag in Schulen sieht allerdings viel nüchterner aus. Hier stellt sich der Lehrkraft beispielsweise die Frage, wie Klassenführung mit Deutsch-Türken oder Russland-Deutschen ganz konkret auszusehen hat. Oder wie zum Beispiel die monolinguale Lehrerin mit offensichtlich sexistischen Beleidigungen auf Türkisch umzugehen hat. Die Liste mit Problemen aus der Praxis ließe sich erweitern und liegt offensichtlich auf einer ganz anderen Ebene als die parteipolitischer Rhetorik. Für nicht wenige Lehrkräfte ist das Thema so politisiert, dass sie sich – aus Angst beispielsweise vor „Rassismus-Vorwürfen“ – nicht getrauen, öffentlich zu sagen, dass sie mit einem Teil ihrer Zielgruppe ein Problem aufgrund ethnisch-kultureller Unterschiede haben.

Die aktuelle (Bildungs-)Politik konzentriert sich zurzeit bundesweit

zur Lösung dieser Praxisprobleme stark auf die sprachliche Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sowie ihres Umfeldes, zum Beispiel der Mütter. Dabei liegt der Fokus nicht auf den beruflichen Schulen, sondern vor allem auf der vorschulischen Bildung und der Schularbeit in den ersten Schuljahren. Unzweifelhaft ist Sprachkompetenz eine wichtige Voraussetzung für Erfolg in Schule und Gesellschaft. Gleichzeitig dürfen aber die Gefahren und Grenzen einer Konzentration auf Sprachförderung nicht verkannt werden. Erfahrungen in den USA zeigen, dass Sprachförderung alleine überdauernde Leistungsunterschiede aufgrund von Migrationsstatus nicht beseitigen kann. Neben Sprachdefiziten spielen viele andere Aspekte wie kulturvariante Lernstile, Lernpräferenzen, häusliche Unterstützung und Wertvorstellungen von Lernen und Arbeiten für den Lernerfolg eine wichtige Rolle.

Wirtschaftspädagogischer Handlungsbedarf

Wirtschaftspädagogisch ergeben sich aus unserer Sicht verschiedene Bereiche und Fragen, in denen Handlungsbedarf besteht:

- **Rekrutierungspolitik, Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften:** In Zukunft wird eine ethnisch diverse Schülerschaft von einer ethnisch weitestgehend homogenen Lehrerschaft unterrichtet werden. Ob allerdings die unlängst vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) gestartete Initiative „Migranten für den Lehrerberuf gewinnen!“ für berufliche Schulen der Stein der Weisen ist, bezweifeln wir. Schon in rein quantitativer Hinsicht sind wir skeptisch. Und selbst wenn es gelingen würde, Migranten in hinreichender Zahl als Lehrkräfte zu gewinnen, müsste eine völlige Assimilation dieser Lehrkräfte ausgeschlossen werden. Assimilation führt – gewollt oder nicht – dazu, dass man blind für Unterschiede wird. Genau die Anerkennung dieser Unterschiede wäre aber notwendig, um von ihnen zu lernen.

Doch schon heute tun sich Lehrkräfte – nach dem aus der Schulentwicklung bekannten Phänomen des Gleichheitsmythos – gerade damit schwer. Wir glauben vielmehr, dass ein realistischer Weg darin besteht, Lehrkräfte dafür aus- und fortzubilden, mit ethnisch-kulturellen Unterschieden genauso professionell umgehen zu können wie mit Unterschieden beispielsweise im Lernvermögen.

- **Schulentwicklung:** Ein professioneller Umgang mit ethnisch-kultureller Diversität in Klassenzimmern wird nicht nur Änderungen auf der individuellen Ebene der Lehrkraft (Aus- und Weiterbildung), sondern auch Änderungen auf der institutionellen Ebene erfordern. Wie sieht die Kultur, die Struktur und das Management einer beruflichen Schule aus, die ethnisch-kulturelle Diversität produktiv für ihren Auftrag nutzen kann? Weiterhin können Änderungen des Zusammenspiels von Schule mit Institutionen im Umfeld notwendig werden. Müssen oder können beispielsweise berufliche Schulen mit türkisch-islamischen Organisationen zusammen arbeiten?
- **Didaktik:** Auch bei den didaktischen Fragestellungen tut sich ein breites Feld auf. Bei den Bildungsinhalten ist es von Interesse, ob und wie Aspekte von Migrant*innenkultur und Ökonomie in die Lehrpläne zu verankern sind. Gehören beispielsweise Aspekte der deutsch-türkischen Wirtschaftsstruktur in ein modernes Lehrbuch zur Wirtschaftslehre? Welche anderen Notwendigkeiten und Möglichkeiten gibt es, kulturspezifisches Wissen in die Unterrichtsinhalte/ den Unterricht einzubauen? Bei den Methoden ist einerseits der Bereich der Klassenführung (classroom management) von der ethnisch-kulturellen Diversität betroffen. Diese behandelt die Frage nach den Regeln des Zusammenarbeitens, -lernens und -lebens in der Klasse. Also wie gehe ich zum Beispiel als Lehrkraft mit dem Problem um, dass bei einem Schüler die Ak-

zeptanz einer Regel die Illoyalität gegenüber der Subkultur bedeuten würde? Andererseits stellt sich methodisch auch die Frage, wie Vorurteile auf Seiten der Schüler mit und auch ohne Migrationshintergrund beseitigt werden können.

Beim Prüfen, Bewerten und Prognostizieren (Assessment) könnten durch die zukünftige Situation Veränderungen klassischer Assessments und neue Assessment-Regelungen notwendig werden. Praxisorientierte Fragestellungen hierzu sind beispielsweise: Wie kann eine Lehrkraft die Notwendigkeit einer sprachlichen Förderung auch in beruflichen Schulen im Alltag diagnostizieren? Sind beispielsweise Sprachschwierigkeiten bei der Bewertung von Präsentationen, fallbezogenen Fachgesprächen oder offenen Aufgaben zu berücksichtigen?

Wirtschaftspädagogische Antworten auf diese Fragen sind nicht einfach zu geben. Zwar gibt es in den

klassischen Einwanderungsländern – wie den USA, Kanada oder Australien – eine längere Diskussion, sie ist jedoch nicht immer übertragbar. Auch ist Migration heute mit früheren Einwanderungen, z. B. der Polen ins Ruhrgebiet oder der Hugenotten nach Erlangen, nicht zu vergleichen. Eine Entwicklung spezieller Konzepte für die berufliche Bildung für Deutschland ist notwendig. Der Nürnberger Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung wird sich in den nächsten Jahren diesen Herausforderungen stellen. Dabei geht es uns um Konzepte, die erstens, im Rahmen einer praxisnahen Forschung entwickelt und erprobt werden und zweitens, pragmatische Hilfen für Lehrkräfte und Schulen bei der Bewältigung der aktuellen Probleme im Klassenzimmer darstellen und zwar jenseits parteipolitischer Rhetorik. Wir werden uns dabei vor allem auf Aspekte der Didaktik, der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie der Schulentwicklung konzentrieren. <

Comenius 1 – Fremdsprachenprojekt mit Malta:

Deutsche Organisation trifft auf maltesische Kreativität

KLOTHILDE SCHÖBERL

Sicherlich ein Höhepunkt im Berufsschulleben war das Fremdsprachenprojekt mit dem Titel „Der Umgang mit dem europäischen Kunden: Entwicklung kulturübergreifender Dienstleistungsfähigkeiten“. Es hatte zum Ziel, dass Auszubildende aus Deutschland und College-Studenten aus Malta handlungsorientiert den situationsgerechten Umgang mit Kunden aus diesen beiden Ländern beobachten und einüben. Malta und Deutschland standen hierbei exemplarisch für die mediterrane und mitteleuropäische Kultur.

Die begehrten Plätze für dieses Projekt, das von der EU finanziert wurde, gingen an 17 Verwaltungsfachange-

stellte und eine Rechtsanwaltsfachangestellte – alles Auszubildende an der Berufsschule 5 in Augsburg.

Über E-Mails und Video-Konferenzen nahmen die TeilnehmerInnen im Herbst 2005 Kontakt mit Ihren Partnern in Malta auf. Im Februar 2006 war es dann soweit, die deutsche Gruppe flog für zwei Wochen zum ersten Austauschaufenthalt nach Malta. Da die Arbeitssprache Englisch war und die deutschen Schüler vorab bereits einige Tage Maltesisch-Unterricht hatten, gab es mit der Verständigung nur wenig Probleme. Die Kundenbeobachtung erfolgte in Hotels, Museen und Einzelhandelsgeschäften. Im MCAST (Malta College of Arts, Science and Technology) wurden dann die Ergebnisse ausgewertet.



Bei den Dreharbeiten für eines der Rollenspiele im Bürgerbüro in Augsburg.



Eine Fahrt mit dem traditionellen Dghajsa-Boot im Grand Harbour in Valletta.



Die maltesischen und deutschen Auszubildenden vor dem Malta College of Arts, Science and Technology.

Im Juni 2006 erfolgte der Gegenbesuch der maltesischen Schüler in Deutschland. Sie begleiteten ihre Austauschpartner für eine Woche in deren Ausbildungsbetriebe und fassten die Ergebnisse in einer Gemeinschaftsarbeit in der zweiten Woche in der Berufsschule 5 in Augsburg zusammen.

Für Schüler und Lehrer waren die insgesamt vier gemeinsamen Wochen eine beeindruckende Erfahrung. Dabei wurde allen bewusst, dass hier zwei völlig verschiedene Arbeitsstile aufeinander trafen: Deutsche Arbeitstugenden wie Gründlichkeit und

detaillierte Planung konkurrierten einerseits mit der südländischen Kreativität und Spontaneität; andererseits ergänzten sie sich auch in einer höchst wirkungsvollen Weise.

So kann das Ergebnis des Projekts nicht nur auf Papier nachgelesen, sondern auch auf selbst gedrehten Videos betrachtet werden. Die Auszubildenden stellten dabei in Rollenspielen typische Situationen nach, wie sie im täglichen Kundenverkehr vorkommen. Die Dreharbeiten fanden an Originalschauplätzen statt. In Malta wurde in einem Fünf-Sterne-Hotel, einem

Restaurant und einem Buchladen gefilmt. In Deutschland stellte die Stadt Augsburg mit verschiedenen Einrichtungen und das Landratsamt Augsburg die „Kulissen“. Zur Abrundung wurde noch ein Begleittext zu den Rollenspielen in der Arbeitssprache Englisch geschrieben und ein Glossar der Schlüsselbegriffe in den Sprachen Englisch, Maltesisch und Deutsch erstellt.

Höhepunkte im Rahmenprogramm des Aufenthalts für die 20 maltesischen Gäste war ein Besuch des bayerischen Landtags, Empfänge im Augsburger und Königsbrunner Rathaus, eine Fahrt nach Neuschwanstein sowie Fachvorträge und Betriebsbesichtigungen.

Die deutschen Berufsschüler und ihre Lehrern gewannen einen guten Einblick in das mit 400000 Einwohnern auf 316 Quadratkilometern kleinste EU-Land. Sie erlebten eine Zeitreise ausgehend von bis zu 5600 Jahre alten Steinzeittempeln über das kulturelle Erbe des Kreuzritterordens des Heiligen Johannes bis hin zu den heutigen Touristenzentren der Insel.

Der auf Schülerselbsttätigkeit und Handlungsorientierung basierende pädagogische Ansatz dieses Projektes verknüpfte in innovativer Weise das Fremdsprachenlernen mit politischer Bildung, kulturellem Erleben und dem Aufbau von Schlüsselqualifikationen. Teamarbeit, Entscheidungsfindung, Kommunikations- und Vermittlungsfertigkeiten sowie Problem- und Konfliktbewältigung wurden bei diesem Projekt gefordert und entwickelt und können nun sowohl im privaten als auch im beruflichen Leben eingesetzt werden.

Die Schüler waren sich einig, dass die Projektstätigkeit eine große Herausforderung für sie war, die jedoch nicht nur Arbeit sondern auch viel Spaß und neue Freunde mit sich brachte.

Ausführlich haben die Auszubildenden das Projekt auf der Homepage der Berufsschule 5 dargestellt, auf welcher man unter „www.bs5-augsburg.de“ entsprechende Links finden kann. <

Bezirks- und Kreisverbände

BV Oberbayern

Antragsbesprechung und allgemeine Aussprache

Am 14. und 15. Oktober trafen sich die oberbayerischen Delegierten in Ainring im Berchtesgadener Land zur Besprechung der Anträge an die Vertreterversammlung in Memmingen.

Nach einem Trauersilenzium für den Kollegen Christian Bayerl aus Rosenheim, der im Alter von 43 Jahren durch Herzinfarkt mitten aus dem Berufsleben gerissen wurde, ging es an die Arbeit.



Rudi Keil, links, dankt Horst Grünewald für die gute Organisation.

Die vom Bezirksvorsitzenden Rudi Keil geleitete und von Horst Grünewald, Kreisvorsitzender Oberbayern-Nordwest, organisierte Tagung endete mit einer Aussprache über aktuelle Probleme an den Berufsschulen.

Am Thema Rauchverbot entzündete sich eine heftige Diskussion. Einhellig ist man der Meinung, dass das Rauchverbot eine gute Sache ist. Viele offene Fragen ergaben sich aber zur Durchsetzung und zur Aufsichtspflicht. Von Verbandsseite sollen mit dem Hauptpersonalrat und den Fachjuristen am Ministerium und an den Regierungen geklärt werden, ob man einen Schüler zurückhalten darf, der in einer Freistunde das Schulgelände verlassen will, wie es mit der Dienstaufsichtspflicht während der Pausen

und während der Freistunden aussieht und auf welcher Rechtsgrundlage das in allen Hausordnungen enthaltene Verbot, das Schulgelände in der Vormittagspause zu verlassen, beruht. Verwiesen wurde auf Schulen anderer Schularten, die ihren Schülern ab der 8. Klasse gestatten, in Freistunden das Schulgelände zu verlassen.

Seit der Einführung des Büchergeldes stellen sich einige Sachaufwandsträger auf den Standpunkt, dass alle Anschaffungen von Schulbüchern aus dem Büchergeld bestritten werden müssen. Damit zahlen die Büchergeldzahler für die davon befreiten mit. Dies wird als unhaltbarer Zustand bezeichnet.

Die Anweisung, dass bezahlte Mehrarbeit nicht mehr anfallen darf, hat an einigen Schulen zu der Handhabung geführt, dass ab der vierten Vertretungsstunde im Monat statt Mehrarbeit unbezahlte Aufsicht angeordnet wird. Andere Schulen lassen den Unterricht ausfallen, „damit das nach draußen dringt.“

Im Zusammenhang mit Aktionen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität werden von Vorgesetzten Verpflichtungen zur Mitarbeit an Projekten und ähnlichem ausgesprochen. Die Frage, ob ein solcher quasi zusätzlicher pädagogischer Tag Pflicht ist, konnte auf der Sitzung nicht geklärt werden.

Beklagt wurde die ständig zunehmende Belastung: Zusätzliche Aufsichten zur Überwachung des Rauchverbots, Arbeiten im Zusammenhang mit dem Büchergeld, Evaluation und so weiter und so fort. Entlastung als Ausgleich hierfür gibt es nicht. Erinnert wurde an den „Streichkatalog“ in dem steht, was wir Lehrer alles nicht mehr machen wollten, wenn wir dies und jenes machen müssen. „Jetzt machen wir dies und jenes und haben nichts gestrichen. Damit haben die da oben gerechnet.“

Die Frage, ob es eine maximale tägliche Unterrichtszeit gebe, wurde mit einem „es gibt keine gesetzliche Ober-

grenze“ beantwortet. Eventuell gab es früher einmal eine Regelung, dass Unterricht über sechs Stunden hinaus nur mit Zustimmung der betroffenen Lehrkraft möglich war.

Horst Grünewald organisiert eine VLB-Fortbildungsreise nach Krakau mit Besuch von zwei beruflichen Schulen, Tschenschow und der Gedenkstätten Auschwitz und Birkenau. Die Reisegruppe ist auf 25 Teilnehmer begrenzt. Der Bus fährt Freitag 30.3.2007 in München ab und trifft am Samstagmorgen in Krakau ein. Die Fortbildung dauert bis Karfreitag und kostet für Mitglieder 300 Euro und für Nichtmitglieder 400 Euro (siehe Seite 77)

Ein Besuch des NS-Dokumentationszentrums auf dem Obersalzberg rundete die Tagung ab.

Wieland Schöne

KV Würzburg/BV Unterfranken

Wertschätzung der Berufsschullehrer in Würzburg

Anfang Oktober stellten sich die Vorstände des Kreisverbands Würzburg und des Bezirksverbands Unterfranken im Rathaus Grafeneckert dem neuen Schulreferenten der Schulstadt Würzburg vor. Zur Person: Mouchtar Al Ghusain bekleidet sein Amt seit Anfang September, hat zwei Kinder im Vorschulalter und stammt väterlicherseits von einer bekannten Familie aus Ostjerusalem ab. Sein Großvater ist einer der Wächter der berühmten Grabeskirche in der Altstadt von Jerusalem. Die Mutter ist Deutsche.

Der Schulreferent erwies sich als sehr aufmerksamer und aufgeschlossener Dialogpartner, der sich lernwillig in das komplizierte und sehr differenzierte Geflecht des bayerischen kommunalen und auch staatlichen Berufsschulwesens einarbeiten will. Bereits die Differenzierung der Gymnasien in Bayern hatten ihn in Erstausen versetzt. Er bezweifelt, ob Eltern und Schüler dieses komplizierte Ungetüm verstehen könnten.

Bevor sich Mouchtar Al Ghusain zur künftigen und nachhaltigen Schulpolitik für die Berufsbildenden Schu-



Von links: Klaus Wiederer, Dr. Michael Persie, Dorothea Helbig, Mouchtar Al Ghusain, Rainer Zänglein, Wolfgang Mann, Ingrid Reinwald und Wolfgang Grünfelder.

len in Würzburg äußern kann, möchte er eine Bestandsaufnahme machen. Er tritt besonders für die Wertschätzung (!) der Pädagogen und der Schüler an den Berufsbildenden Schulen in Würzburg ein. Bisher habe die Sparpolitik der Stadt die Schulen und ihre Mitarbeiter eher als Ballast angesehen, sodass er sich heute als Lobbyist der Schulen und der Jugend verstehe.

Vom Lehrerverband der Berufsbildenden Schulen wünscht sich der neue Schulreferent echte Partnerschaft und konkrete Zusammenarbeit zum Wohle von Schulen, Lehrern und Schülern. Konkret schlugen die Vorstände die rechtzeitige Ausschreibung der frei werdenden Lehrerstellen in Würzburg vor, weil die Staatlichen Schulen ansonsten durch eine frühzeitigere Ausschreibung bevorzugt würden.

Weiterhin ließ er sich über den Sinn und die Konsequenzen der Bildung von Kompetenzzentren in der Berufsbildung informieren. Manche Entscheidung sei nach seinem ersten Eindruck nicht am Wohl der Berufsschüler orientiert gewesen, sondern dem erfolgreichen Lobbying verschiedener Interessensgruppen zu verdanken. Die Vorstände bedauerten, dass die Kollegien mangels Neueinstellung der letzten Jahre überaltert seien und mahnten eine rechtzeitige Gegensteuerung an.

Abschließend bedankten sich die Vorstände von Kreis- und Bezirksverband bei Schulreferent Mouchtar Al Ghusain für die deutlich geäußerte Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit. *Dr. Michael Persie*

Senioren

Pensionisten – wo seid ihr seid ihr?

Der Anteil der Pensionsbezieher im VLB steigt ständig. Wer aus dem Unterrichtsbetrieb ausscheidet, muss sich neu orientieren – dies gilt auch innerhalb der eigenen Standesvertretung. Die alljährliche Sorge vor zu großen Klassen, vor fachfremdem Einsatz, vor Vertretung oder Mehrarbeit verblasst; Misstrauen gegen neue Lehrpläne und/oder -methoden, Ärger über gestiegene Stundenzahlen statt der erhofften Entlastungs- oder Anrechnungsstunde regt niemanden mehr auf; ja selbst das seit langem beschworene Gespenst der Evaluation wird nur noch milde belächelt. Hingegen interessiert, was sich im Versorgungsbereich anbahnt und welche Kürzungen womöglich bei der Beihilfe drohen.

Nun, der Verband, spricht die Vertreterversammlung hat reagiert, hat die Weichen neu gestellt und die Satzung geändert: Im HV sitzt mit dem Ehrenvorsitzenden Berthold Schulte ein Pensionistenvertreter, der seine Aufgabe ernst nimmt, die Entwicklungen im Versorgungsbereich beobachtet, engen Kontakt zum Beamtenebund und hier besonders zum BRH hält (Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen im DBB), dem wir kooperativ ja angehören. Über alles Einschlägige berichtet er sehr gründlich in VLB-Akzente, wofür

dort sogar eine eigene Rubrik eingerichtet wurde. Dem Seniorenvertreter im HV stehen auf Bezirksebene Kollegen zur Seite, deren Aufgabe eine andere ist: Sie sollen sich der Betroffenen vor Ort annehmen, dem Abnabeln von Schule und berufsständisch geprägten Anliegen entgegenwirken durch engere Kontakte untereinander, natürlich zusätzlich zu den Veranstaltungen auf Ebene der Kreisverbände. Dies geschieht zweckmäßiger Weise bei besonderen gesellschaftlich-kulturellen Anlässen zu Zeiten, wo man nunmehr auch den Freiraum zur Muße genießen kann, und dazu wird in loser Folge eingeladen. Diese Art von Zusammenkünften wird – wie sich gezeigt hat – gerne angenommen; es spricht sich herum und wird regelmäßig gelobt.

Leider wissen nicht alle von den geplanten Treffen und sind im Nachhinein sauer. „Warum erfährt man das nicht?“

Der Grund: Der neue Pensionär war seinem zuständigen Betreuer nicht rechtzeitig gemeldet worden. Dies passiert besonders häufig bei den in die Freistellungsphase der Alterszeit Wechslernden. Und eben dies abzustellen ist Anliegen dieses Artikels.

Deshalb mein Aufruf an alle neu gekürten Pensionist(inn)en – gleich ob schon auf Dauer oder erst im vorgeschobenen Ruhestand: Bitte informiert die Geschäftsstelle in München selbst von der neu gewonnenen Freiheit oder bittet die Schulsekretärin um diesen letzten Liebesdienst – die Nummer (Telefon 089-95270) findet sich in jedem Exemplar von VLB-Akzente. Was München weiß, erreicht den Kollegenbetreuer von Ort – und Sie sind sicher auf der Liste der zur nächsten Veranstaltung Einzuladenden. Und obendrein sparen Sie am nächsten Ersten noch bares Geld, denn der Beitrag für Pensionäre ist bekanntlich spürbar billiger.

Lothar Fischer

Liebe Mitglieder

Um Ihnen immer den möglichst besten Service bieten zu können, aktualisieren wir ständig unseren Datenbestand.

Sind Sie in letzter Zeit umgezogen?

Haben Sie im neuen Schuljahr die Schule gewechselt?

Sind Sie in den Vorruhestand oder in den Ruhestand gegangen?

Viele Änderungen haben positive Auswirkungen auf den Mitgliedsbeitrag!

Haben Sie gemerkt, dass Sie uns eine Änderung mitteilen sollten oder Sie sind sich nicht sicher, ob wir Ihre aktuellen Daten haben, dann senden Sie uns ein kurzes Mail an info@vlb-bayern.de oder wenden Sie sich an Ihren Kontaktkollegen.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

*Matthias Kohn
Leiter der Geschäftsstelle*

Schwäbisches Pensionistentreffen 2006

Ende September waren im Augsburger Sankt-Ulrichshaus wiederum die Pensionistinnen und Pensionisten schwäbischer Berufsschulen versammelt. Die Gesichter der 33 Teilnehmerinnen und Teilnehmer strahlten vor Wiedersehensfreude, als man zur Begrüßung mit einem Gläschen angestoßen hatte. Man war der Meinung, dass es sich jedes Mal gelohnt hätte, hier zusammenzukommen, erneut zusammenzufinden und sich auszutauschen. Der gemeinsame Berufsweg habe die überwiegend ehemaligen landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Lehrkräfte weit über die Dienstpflicht hinaus zusammenge-



Neuerscheinungen / Neuauflagen

Programmieren mit Java in der Schule Basis-Modul

Heinig
ca. 120 Seiten, farbig,
ISBN 3-7782-6022-7, ca. € 16,80

Technische Mathematik Fahrzeugtechnik - lernfeldorientiert

Elbi/Föll/Schüler
2., aktualis., durchges. Auflage 2006
200 Seiten, mehrfarbig
ISBN 3-7782-3540-0, € 18,70

Formelsammlung Bau Lernfelder der Grundstufe

Batran/Frey/Köhler
41 Seiten, farbig, mit Abb.
ISBN 3-7782-5606-8, € 6,40

Tabellenbuch Fahrzeugtechnik Alle Abbildungen - CD-ROM

Elbi/Föll/Schüler
Die Abbildungen aus dem Tabellenbuch (24. Aufl.) in digitalisierter Form auf CD-ROM
ISBN 3-7782-3513-3, € 23,80

Technische Mathematik Metall - lernfeldorientiert

Wagner/Schreibels/Brauchle
172 Seiten, DIN A4, 2-farbig, zahlr. Ill.
ISBN 3-7782-3104-9, € 17,80



Prüfungstrainer Köche/Beiköche

Müller-Kebschull
CD-ROM
Schülerversion
ISBN 3-7782-7358-2, € 22,50
Lehrerversion mit Datenbank
ISBN 3-7782-7359-0, € 65,00

Lebensmittel von A-Z

Schulz, L., Dettmer, H. (Hrsg.)
240 Seiten, TB
ISBN 3-7782-7280-2, € 9,90

Die 100 wichtigsten Lebensmittel

Schlett
248 Seiten, viele farbige Abb.
ISBN 3-7782-7290-X, € 19,90

Wirtschafts- und Betriebskunde für Medizinische und Zahnmedizinische Fachangestellte

Nuding, H./Nuding, G./Haller/Stollmaier/Runckel
3., neu bearbeitete Auflage 2006
422 Seiten, mehrfarbig, viele Abb.
ISBN 3-7782-5896-6, € 25,30

Prüfungsbuch Kosmetik

Fendl/Haller/Helbing/Nuding
2., durchges. u. erweiterte Aufl. 2006
516 Seiten, viele teilw. farbige Abb., TB
ISBN 3-7782-5935-0, € 21,40

Holland + Josenhans GmbH & Co

Feuerseeplatz 2 • 70176 Stuttgart
Tel. 0711/6 14 39-20 • Fax 0711/6 14 39-22 • verlag@huj.03.net

www.holland-josenhans.de

Holland + Josenhans



Die Gemeinschaft der pensionierten schwäbischen Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer.

schweift. Das Weiterbestehen dieser Treffen wird von der Einstellung der „jungen Alten“ abhängen. So freuten sich alle sehr, dass der frischpensionierte Schulleiter der Staatlichen Berufsschule Höchstädt, Wolfgang Eder, willkommen heißen werden konnte. Besonders zu begrüßen waren der ehemalige Leitende Regierungsschuldirektor, Hans Stengl, der ehemalige Leiter der Schulabteilung an der Regierung von Schwaben, Hans Berk Müller, sowie der Seniorenbetreuer des VLB in Schwaben, Günter Hermannsdorfer mit Gattin.

Ein ganz besonders herzliches „Grüß Gott!“ galt dem Referenten des Tages, Kollegen Johannes Christl aus Kaufbeuren. Als ehemaliger Schulleiter in Markt Oberdorf ist er im Schwabenland allseits bekannt.

Bei persönlichen Begegnungen wie dieser erscheint es als sinnvoll, den Lebensweg von Kolleginnen und Kollegen, die im Kalenderjahr einen run-

den Geburtstag feiern, herauszustellen und zu würdigen. So feierte Hans Berk Müller am 11.10. seinen 75. Geburtstag und Hans Stengl am 31.03. seinen 90. Geburtstag. In seiner kleinen Laudatio zu diesem freudvollen Ereignis bei guter Gesundheit der „Geburtstagskinder“ ging Sprecher Konrad Wilhelm besonders auf die großen Verdienste von Hans Stengl ein.

Einem hochinteressanten, fundierten und aufwühlenden Referat „Johannes Christl erzählt aus seinem Leben“ konnten die Teilnehmer dann anschließend lauschen. Wir danken dem 81-Jährigen für seinen großartigen Vortrag und wünschen ihm und seiner geschätzten Gattin einen glücklichen Ruhestand.

Abschließend plauderte man noch angeregt, sang gemeinsam ein paar alte Lieder und ließ beim Mittagmahle die Tagung in feierlicher Stimmung ausklingen. *Konrad Wilhelm*

derung zum technischen Inspektor bei der Deutschen Bundesbahn studierte er in München das Lehramt mit der Fachrichtung Metall. 1965 kam er als Lehramtsanwärter nach Weiden zurück, wo er nach der 2. Lehramtsprüfung 1967 an der Berufsschule auch seine Anstellung fand. Aufgrund seiner überaus guten Leistungen stieg er hier die Karriereleiter empor, wurde 1982 stellvertretender Schulleiter und 1992 schließlich Schulleiter der großen Staatlichen Berufsschule Weiden.

Bereits als Lehramtsanwärter trat Lothar Fischer 1966 dem damaligen VBB bei. Weil er auch hier den Mitgliedern durch sein unermüdliches Engagement und seine Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, aufgef, wurde er erst zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Oberpfalz-Nord, 1984 dann zum Bezirksvorsitzenden der Oberpfalz gewählt – eine Aufgabe, die er 16 Jahre lang mit Leib und Seele erfüllte.



Lothar Fischer gehört zu jenen, die sich in hohem Maße um das berufliche Schulwesen und den Lehrstand an den beruflichen Schulen verdient gemacht haben. Es war ihm stets ein Anliegen, für die Lehrkräfte an den beruflichen Schulen Wege zu ebnen und sich für deren Wohl einzusetzen. Er war immer eine treibende Kraft, hat viele Aktivitäten ins Leben gerufen und viele Kolleginnen und Kollegen von der Verbandsarbeit überzeugt.

Auch heute noch ist Lothar Fischer im Verband aktiv. Als Seniorenvertreter der Oberpfalz kümmert er sich mit großem Elan um die oberpfälzer Pensionisten, organisiert zahlreiche Informationsveranstaltungen und die mitt-

lerweile „legendären Fischer-Reisen“. Im Bezirksvorstand, dessen Ehrenmitglied er ist, werden seine Meinung und Ratschläge sowie seine menschlich angenehme Art nach wie vor hoch geschätzt.

Wir danken unserem Lothar Fischer in tiefem Respekt für seinen unermüdlichen Einsatz zu unserem Wohle und wünschen ihm für die Zukunft von Herzen alles Gute, Gesundheit und viele schöne, genussvolle Jahre im Ruhestand. *Sophia Althen*

Eduard Wörner sagt dem Schulaufsichtsdienst ade!

Das Gerücht kursierte bereits längere Zeit unter den Kolleginnen und Kollegen des beruflichen Schulwesens: „Der noch so jugendlich wirkende Ltd. RSD Eduard Wörner würde im neuen Schuljahr bereits die Reihen der Ruhestandler verstärken und als aktiver Schulaufsichtsbeamter ausscheiden“.

Seit dem 30. Juni 2006 haben wir nun die Gewissheit, dass es den bayernweit bekannten Sachgebietsleiter Wörner bei der Regierung von Unterfranken nicht mehr gibt.

Eduard Wörner war in beinahe 13 Jahren bei der Regierung ein ungeheuer fleißiger, engagierter und aktiver Beamter. Durch seine Kontaktfreude, seinen speziellen „Odenwälder“ Humor und vor allem durch seine Hilfsbereitschaft, hat er sich bei seinen Kolleginnen und Kollegen in ganz Bayern Achtung und Zuneigung erworben. Konsequenter und beharrlich in der Sache, aber verbindlich und verständnisvoll im täglichen Umgang mit „seinen“ Schulleitern und Lehrkräften hat er die Geschicke des beruflichen Schulwesens in Unterfranken über viele Jahre mitgestaltet.

Aufgewachsen in Weilbach, einem kleinen Ort im bayerischen Odenwald nahe Miltenberg, hat ihn die ländliche Struktur dieses „bayerischen Wurmfortsatzes“ nachhaltig geprägt. Nach dem Besuch der Volksschule in Weilbach und der Mittelschule in Miltenberg, wies die Bauzeichnerlehre in Amorbach schon deutlich auf seine



späteren beruflichen Neigungen hin. Über die Bundeswehr knüpfte er die ersten Kontakte nach Dillingen, die er später durch zahlreiche Besuche der Akademie für Lehrerfortbildung immer weiter intensivierte.

Ein Ingenieurbaustudium am Polytechnikum in Würzburg, das er durch das Lehramtstudium an der Technischen Hochschule in Darmstadt erweiterte, ermöglichte ihm den Eintritt in den Schuldienst.

Im Jahre 1974 nahm er seine Tätigkeit als Berufsschullehrer bei der Stadt Würzburg auf, wo es karrieremäßig schnell bergauf ging. Sein ausgeprägtes pädagogisches Geschick und sein großes Engagement für junge Kollegen führten im Jahre 1984 zu seiner Bestellung als Seminarlehrer für Bautechnik. Seine ehemaligen Referendare sind inzwischen über ganz Bayern verteilt und schwärmen noch heute von seiner Ausstrahlung, seinen methodischen Überraschungen und seiner Aufgeschlossenheit gegenüber den fachlichen und privaten Problemen.

So bedauerten es nicht wenige, als Eduard Wörner im Jahre 1993 an die Regierung von Unterfranken wechselte, um die Leitung des Sachgebietes 520 zu übernehmen. Dort kümmerte er sich vorrangig um die gewerblich-technischen Schulen, wobei er nie verleugnete, dass ihm, als echten Mann vom Bau, die Berufsfelder Bau, Holz und Farbe ganz besonders am Herzen lagen.

Mit dem Landtagsbeschluss zur Organisationsreform der Berufsschulen kam eine wahre Herkules-Arbeit auf ihn zu. Er übernahm bei der Umge-

staltung der unterfränkischen Schullandschaft die Federführung und wurde dafür mit einem Arbeitsaufwand belohnt, der oft weit über die Grenzen der Belastbarkeit hinausging. Eduard Wörner hat selbstverständlich auch diese Aufgabe mit Fleiß, Zähigkeit und großem Stehvermögen gemeistert, so dass er die Regierung glücklicherweise gesund und munter verlassen konnte.

Schmerzlich ist für uns - seine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen - der Verlust des Kollegen und Menschen Eduard Wörner, der von allen Mitarbeitern der Schulabteilung als exzellenter Fachmann und liebenswerter Kollege geschätzt wurde.

Der Ruhestand wird für Eduard Wörner sicherlich kein „beschäftigungsloser“ Zustand. Seine Liebe zur Musik und sein Interesse an kunstgeschichtlichen bzw. bauhistorischen Themen sorgen für einen ausgefüllten Tagesablauf und für intellektuelles Wohlbefinden. Bei Insidern berühmt und berüchtigt sind auch seine ausgedehnten Wanderaktivitäten. Der Ltd. Regierungsschuldirektor Eduard Wörner ist jetzt Privatier. Dass er noch viele Jahre bei bester Gesundheit und großer Vitalität seinen Ruhestand genießen kann, wünschen ihm nicht nur seine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen des Bereichs Schulen bei der Regierung von Unterfranken, sondern auch viele Leserinnen und Leser der „Akzente“, die ihm in den langen Jahren seines erfolgreichen Wirkens in Schule und Regierung begegnet sind. *Gustav Eirich*

Norbert Kornder – Neuer Sachgebietsleiter 42.2

Nach dem Ausscheiden des Ltd. RSD Eduard Wörner im Juni 2006 trat mit Wirkung des 01. Oktober 2006 Norbert Kornder die Nachfolge an. Kornder ist 47 Jahre und ein erfahrener Regierungsbeamter, wie die Gruppenvertreter im Bezirkspersonalrat bei der Regierung von Unterfranken für den Bereich der beruflichen Schulen – Klaus Wiederer und Wolfgang Lambl – in einer ersten Kontaktaufnahme er-

Personalien

Lothar Fischer feierte 70. Geburtstag

Der frühere Bezirksvorsitzende des VLB Oberpfalz, Lothar Fischer, wurde 70 Jahre alt. Als ehemaliges Mitglied des Landesvorstandes und äußerst engagierter Streiter für die Belange der Lehrkräfte an den beruf-

lichen Schulen ist er nicht nur in der Oberpfalz, sondern in ganz Bayern bekannt.

Lothar Fischer wurde im Riesengebirge in Schlesien geboren und landete nach der Vertreibung in Weiden, wo er das humanistische Gymnasium besuchte. Nach dem Maschinenbaustudium in Regensburg und einer Ausbil-



Von links: Klaus Wiederer (BPR), Norbert Kornder (Sachgebietleiter 42.2), Wolfgang Lambi (BPR).

führen. Norbert Kornder kommt aus dem Fachbereich Landwirtschaft und war zuletzt an der Regierung von Mittelfranken in Ansbach tätig.

Im Zuge dieser Neubesetzung hat auch eine Umstrukturierung im Bereich 4 stattgefunden, die zukünftig auch Bayern weit Anwendung finden soll, wie Kornder ausführte.

Er wird als Leiter des Sachgebiets 42.2 für die Berufsfachschulen, die Fachschulen für Gesundheit, private und sonstige berufliche Schulen zuständig sein. Die beiden Bezirkspersonalräte und der neue Sachgebietsleiter freuen sich auf eine gute, kollegiale und sachgerechte Zusammenarbeit. Herzlich willkommen in Unterfranken!

Wir gratulieren im Dezember ...

... zum 94. Geburtstag

Rettenbeck, Johann, 20.12.
85356 Freising, KV Obb.-Nordwest,

... zum 91. Geburtstag

Petzenhauser, Josef, 19.12.
94513 Schönberg, KV Ndb.-Ost

... zum 88. Geburtstag

Brosow, Siegfried, 10.12.
95145 Oberkotzau, KV Ofr.-Nordost

... zum 87. Geburtstag

Kobes, Franz, 04.12.
81829 München, BV München
Müller, Helmut, 03.12.
82256 Fürstfeldbruck,
KV Obb.-Südwest

Niedergesäss, Waldemar, 06.12.
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL

... zum 86. Geburtstag

Hilmer, Alfons, 28.12.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
Steininger, Hugo, 10.10.
92648 Vohenstrauß, KV Ofr.-Nord

... zum 85. Geburtstag

Hawlata, Margarete, 07.12.
86179 Augsburg, KV Augsburg
Rebi, Max, 29.12.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf

... zum 80. Geburtstag

Groß, Werner, 12.12.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest
Josch, Ingeborg, 23.12.
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest
Reuthner, Ilse, 05.12.
95032 Hof, KV Ofr.-Nordwest
Schinhammer, Heinz, 25.12.
91438 Bad Windsheim,
KV Mfr.-Nord

... zum 75. Geburtstag

Hermannsdorfer, Günter, 17.12.
86163 Augsburg, KV Augsburg
Kastl, Hermann, 20.12.
85229 Markt Indersdorf,
KV Obb.-Nordwest
Rödel, Walter, 26.12.
97080 Würzburg, KV Würzburg
Spindler, Alfons, 28.12.
96191 Viereth-Trunstadt,
KV Ofr.-Nordwest

... zum 70. Geburtstag

Berger, Gottfried, 23.12.
97080 Würzburg, KV Würzburg
Heisel, Anni, 08.12.
95615 Marktredwitz, KV Opf.-Nord

Jahn, Fritz, 11.12.
90425 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Kinne, Helga, 01.12.
97464 Niederwerrn, KV Main-Rhön
Pausenberger, Rudolf, 21.12.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Sagstetter, Rudolf, 02.12.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Varesi, Johann, 15.12.
92237 Sulzbach-Rosenberg,
KV Amberg-Sulzbach

... zum 65. Geburtstag

Beichel, Joachim, 23.12.
95032 Hof, KV Ofr.-Nordwest
Dreßel, Günther, 10.12.
95233 Helmbrechts, KV Ofr.-Nordost
Eckert, Reinhard, 10.12.
91166 Georgensgmünd, KV Mfr.-Süd
Fuchs, Ludwig, 10.12.
65276 Pfaffenhofen,
KV Obb.-Nordwest
Görllich, Rosemarie, 27.12.
94036 Passau, KV Ndb.-Ost
Harengel, Herta, 06.12.
97702 Münnersstadt, KV Main-Rhön
Homer, Hildegard, 04.12.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf
Kleinert, Anneliese, 11.12.
91054 Erlangen-Buckenhof,
KV Mfr.-Nord
Leibrecht, Marie Luise, 01.12.
93049 Regensburg, KV Regensburg
Luginger, Günter, 11.12.
82205 Gilching, BV München
Merz, Dietrich, 20.12.
86971 Peiting, KV Obb.-Südwest
Preißler, Herbert, 29.12.
63846 Laufach, KV Untermain
Standke, Wilfried, 04.12.
65774 Unterföhring, BV München
Wagner, Lotar, 10.12.
95506 Kulmain, KV Opf.-Nord
Walther, Friedrich, 12.12.
37017 Lazise (VR), KV Ofr.-Nordwest
Weigand, Dietrich, 31.12.
63224 Grassau, BV München

... zum 60. Geburtstag

Graf, Heinz, 27.12.
97204 Höchberg, KV Würzburg
Jakob, Johann, 19.12.
86506 Rehling, KV Augsburg
Klinger, Ferdinand, 17.12.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain
Loht, Rudolf, 01.12.
97340 Segnitz, KV Würzburg

Maier-Collin, Hans-Ulrich, 31.12.
89257 Illertissen,
KV Nordschwaben
Matingen, Eberhard, 19.12.
91601 Dombühl, KV Mfr.-Süd
Nestler, Joachim, 19.12.
89233 Neu-Ulm, KV Nordschwaben
Passian, Hans Walter, 03.12.
61243 München, BV München
Perina, Rudolf, 15.12.
91717 Wassertrüdingen, KV Mfr.-Süd
Putz, Peter, 18.12.
84453 Mühldorf a. Inn, KV Altötting
Rätz, Curt Carl, 22.12.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
Rudat, Karl-Heinz, 14.12.
95444 Bayreuth,
KV Bayreuth-Pegnitz
Seefried, Josef, 01.12.
91710 Gunzenhausen, KV Mfr.-Süd
Stojetz, Hans, 07.12.
94474 Vilshofen, KV Ndb.-Ost
Vökl, Helmut, 26.12.
92714 Pleystein, KV Opf.-Nord

In den Ruhestand sind gegangen ...

Beichel, Joachim, KV Ofr.-Nordost
Diirr, Klaus, KV Ofr.-Nordwest
Eckert, Reinhard, KV Mfr.-Süd
Görllich, Rosemarie, KV Ndb.-Ost
Harengel, Herta, KV Main-Rhön
Karwath, Wilfried, KV Opf.-Nord
Müller, Sigmund,
KV Bayreuth-Pegnitz
Preißler, Herbert, KV Untermain
Standke, Wilfried, BV München
Walther, Friedrich, KV Ofr.-Nordwest
Weigand, Dietrich, BV München

Wir trauern um...

Endres, Berthold, KV Landshut (85)
Wolf, Elisabeth, KV Neumarkt (80)

Wir gratulieren im Januar ...

... zum 96. Geburtstag
Köhler, Karl, 24.01.
91781 Weißenburg, KV Mfr.-Süd

... zum 91. Geburtstag
Schmidt, Johann, 21.01.
63739 Aschaffenburg, KV Untermain

... zum 88. Geburtstag

Dietlein, Michael, 05.01.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Gäßner, Viktoria, 17.01.
68536 Gars, KV Nordschwaben
Hartung, Albert, 18.01.
97464 Niederwerrn, KV Main-Rhön

... zum 87. Geburtstag

Nesweda, Gertrude, 30.01.
97072 Würzburg, KV Würzburg
Osiander, Ludwig, 02.01.
91795 Dollnstein, KV Obb.-Nordwest

... zum 86. Geburtstag

Härtl, Franz, 01.01.
95707 Thiersheim, KV Ofr.-Nordost
Hochgesang, Arthur, 15.01.
88145 Hergatz, KV Allgäu
Kotschenreuther, Otto, 04.01.
90411 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 85. Geburtstag

Frey, Erich, 25.01.
95447 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Kraft, Josef, 15.01.
86161 Lindenberg, KV Allgäu
Kragl, Martin, 10.01.
63739 Aschaffenburg, KV Main-Rhön
Lerner, Karl, 22.01.
81549 München, BV München

... zum 84. Geburtstag

Kolb, Heidi, 28.01.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain

... zum 83. Geburtstag

Frank, Josef, 01.01.
63773 Goldbach, KV Untermain
Hoier, Friedl, 26.01.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach
Krebs, Mechthild, 19.01.
97218 Gerbrunn, KV Würzburg
Maresch, Josef, 21.01.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf
Schimmel, Anna, 14.01.
86633 Neuburg, BV München

... zum 82. Geburtstag

Hegenauer, Hans, 15.01.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
Lechner, Ernst, 23.01.
91710 Gunzenhausen, KV Mfr.-Süd

FACHKUNDE FÜR LEDERBERUFE

von Hans Hegenauer

8. überarbeitete und erweiterte Auflage, 352 Seiten, 310 Abbildungen, ISBN 3-920454-23-5. Preis 24,80 Euro / 45,30 Sfr

Im Anhang sorgen 120 Prüfungsfragen mit Antworten für eine umfassende Lernzielkontrolle und Transparenz der Fachbegriffe.

Ein seit vier Jahrzehnten bewährtes Lehrbuch und Nachschlagewerk, nicht nur für die Berufsausbildung, sondern auch für alle, die auf solide Fachkenntnisse im Lederbereich Wert legen und eine fundierte Kundenberatung für selbstverständlich halten.

VERLAG ERNST HEYER
MOLTKEPLATZ 63 · 45138 ESSEN
Fax: 02 01-25 25 31
Telefon: 02 01-25 25 87

Merkel, Ludwig, 29.01.
94360 Mitterfels, KV Donau-Wald
Plank, Karl, 23.01.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

... zum 81. Geburtstag

Brückner, Kurt, 11.01.
97461 Hofheim, KV Main-Rhön
Kohlbauer, Josef, 23.01.
94501 Aidenbach, KV Ndb.-Ost
Labus, Karlheinz,
97074 Würzburg, KV Würzburg
Schmucker, Leo, 13.01.
86465 Weiden, KV Augsburg
Schöner, Ilse, 15.01.
86925 Fuchstal, KV Allgäu

... zum 80. Geburtstag

Adam, Rudolf, 03.01.
96117 Memmelsdorf,
KV Bamberg-Forchheim

Finkbeiner, Dorothea, 01.01.
86609 Donauwörth,
KV Nordschwaben
Schneider, Volker, 19.01.
63864 Glattbach, KV Untermain
Schottdorf, Albert, 19.01.
97074 Würzburg, KV Würzburg
Worsch, Adolf, 02.01.
95100 Selb, KV Ofr.-Nordost

... zum 75. Geburtstag

Hecht, Josef, 31.01.
94327 Bogen, KV Donau-Wald

... zum 70. Geburtstag

Bayer, Christa, 16.01.
90556 Seukendorf, KV Mfr.-Nord
Braun, Josef, 12.01.
86956 Schongau, KV Obb.-Süddwest
Fritsch, Ingeborg, 05.01.
87656 Germaringen, KV Allgäu
Klama, Rüdiger, 15.01.
93049 Regensburg, KV Regensburg
Mißbeck, Franz, 11.01.
93138 Lappersdorf, KV Regensburg
Schmid, Alfons, 12.01.
86633 Neuburg, KV Obb.-Nordwest
Till, Rosemarie, 11.01.
93049 Regensburg, KV Regensburg

... zum 65. Geburtstag

Ernst, Alfred, 20.01.
94315 Straubing, KV Donauwald
Gebauer, Helmar, 18.01.
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest
Grumbeck, Maria, 31.01.
84567 Perach,
KV Altötting-Mühldorf,
Karwath, Wilfried, 22.01.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

Köhl, Günter, 20.01.
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben
Morsbach, Horst-Dieter, 15.01.
82324 Tutzing, KV Obb.-Südwest
Schreiner, Erich M., 30.01.
90522 Oberasbach, KV Mfr.-Nord
Stöcklein, Stefan, 09.01.
81543 München, BV München

... zum 60. Geburtstag

Ehrentreich, Wolfgang, 03.01.
91757 Treuchtlingen, KV Mfr.-Süd
Fries, Barbara, 24.01.
91629 Weihenzell, KV Mfr.-Süd
Fuchs, Michael, 25.01.
94330 Aiterhofen, KV Donau-Wald
Huber, Nicolaus, 12.01.
83306 Trostberg,
KV Rosenheim-Miesbach
Randi, Michael, 01.01.
86754 Laub/Munningen,
KV Nordschwaben
Reingruber, Karl-Heinz, 31.01.
85447 Fraunberg, KV Obb.-Nord
Riedel, Bernhard, 11.01.
85114 Buxheim, KV Obb.-Nord
Riepl, Michael, 25.01.
83301 Traunreut, KV Traunstein-BGL
Sachs, Reinhard, 10.01.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Schmidt-Grabbe, Wolfgang, 19.01.
90429 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Schulz-Erker, Ina, 28.01.
80802 MünchenBV München
Stief, Edeltraud, 23.01.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
Stoiber, Christoph, 01.01.
82237 Wörthsee, BV München
Wagner, Gerhard, 27.01.
91484 Sugenheim, KV Mfr.-Nord

In den Ruhestand sind gegangen ...

Baltzer, Norbert, KV Mfr.-Süd
Baumeister, Friedhelm,
KV Traunstein-BGL
Böhm, Dieter, KV Rosenheim-Miesbach
Engelhardt, Robert, KV Würzburg
Ernst, Alfred, KV Donau-Wald
Graser, Anneliese, KV Obb.-Nordwest
Klausnitzer, Dieter, KV Mfr.-Nord
Kohler, Karl-Heinz,
KV Rosenheim-Miesbach
Lernet, Franz, KV Augsburg
Müntinga, Agnes, KV Nürnberg
Preiß-Wichmann, Hedwig, BV München
Schäffler, Gerhard, KV Obb.-Nordwest
Stobinski, Hans-Jürgen, KV Ndb.-Ost
Tzschentke, Jürgen, KV Mfr.-Süd

Wir trauern um...

Bräu, Rudolf, KV Augsburg (75)
Breu, Andreas, KV Schwandorf (55)
Gärtner-Saalfrank, Mathilde,
KV Obb.-Südwest (72)
Hufnagel, Heinz, KV Mfr.-Süd (80)
Winckelmann, Jutta, KV Opf.-Nord (65)
Witti, Hermann, KV Main-Rhön (70)

Kreisverband Oberbayern Nord/West

Studienreise in den Osterferien nach Krakau und Auschwitz; (Oswiecim)

Abfahrt: Freitag, dem 30. März 2007, 19.00 Uhr in München. Zusteigemöglichkeit in Regensburg. Die Nachtfahrt geht über Pilsen und Prag nach Krakau. Wir wohnen in Zentrumsnähe in einem Mittelklassehotel.
Rückkunft: Donnerstag, 5. April 2007, gegen Mittag.

Folgendes Programm ist vorgesehen:

Krakau: Stadtbesichtigung, Marienkirche mit Veit Stoß Altar, Burg (Schatzkammer und Grab August des Starken). **Auschwitz:** Besuch des Stammlagers Auschwitz I mit deutschsprachiger Führung. **Oswiecim:** Empfang beim Bürgermeister und Landrat (Informationen über die Stadt und den Landkreis Oswiecim, Wirtschaftsstandort Oswiecim.) Diskussion: Wirtschaftliche und politische Beziehungen Deutschland-Polen; Besuch des jüdischen Museums und Besichtigung des Jüdischen Friedhofs Auschwitz. Führung durch das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Kranzniederlegung, Zeitzeugengespräch. **Fahrt nach Tschenstochau** (Schwarze Madonna). **Kennen Lernen** des polnischen Berufsausbildungssystems mit Besuch einer Wirtschaftsschule mit Lyzeum (Gymnasium) und einer gewerblichen Berufsschule, Diskussionsrunde mit polnischen Lehrern. **Ausflüge** in die Hohe Trata, nach Zakopane und auf den Spuren Goethes nach Wiliczka (Salzbergwerk).

Leistung: Fahrt im Reisebus, ÜF im DZ Mittelklassehotel in Krakau.
Preis: für Mitglieder des VLB Oberbayern: 300,00 Euro; für Nichtmitglieder: 400,00 Euro.

Anmeldung: ab sofort an den Kreisverband Oberbayern Nord/West, Horst Grünewald, Käthe-Bauer-Weg 13, 80686 München Tel./Fax: 089 -589 393 85 E-Mail: gruenewald.h@web.de

Bezirksverband Unterfranken und Bezirksverband Oberbayern

Die Bezirksverbände Unterfranken und Oberbayern laden zur Pfingstreise 2007 in die Kulturlandschaft Oberitaliens nach FRIAUL und JULISCH – VENETIEN ein

Motto:
„Unter Markuslöwe und Doppeladler“

Termin:
Pfingstmontag, 28. Mai 2007 bis Samstag, 2. Juni 2007.
Bitte melden Sie sich frühzeitig an – am 28. Februar 2007 müssen 27 Anmeldungen vorliegen!

Die zu besuchende Region wird gerahmt von Karnischen und Julischen Alpen, sowie der Adria. Sie liegt seit der Antike im Schnittpunkt verschiedener Kulturen. Nach den Kelten, Römern und Byzantinern kamen die Langobarden. Das Land unterstand den Patriarchen von Aquileja, den Dogen von Venedig und den Habsburgern. Kostbare kulturelle Hinterlassenschaft und schöne Landschaft laden ein, sie durch geführte Besichtigungen kennen zu lernen.

Reiseverlauf:
Fahrt ab Würzburg über Raststätte Vaterstetten (weitere zu vereinbarenden Zusteigemöglichkeiten) mit Unterbrechung in Salzburg-Hellbrunn nach Udine. Alle Ausflüge von dem Standort Udine aus. Wir besichtigen insbesondere Aquileja, Cividale, Grado, Palmanova, Triest, Udine ...

Leistungen:

- Fahrt im modernen 5-Sterne-Fernreisebus
- 5 mal Übernachtung im 3-Sterne-Hotel-superiore-Kategorie, nahe dem historischen Stadtkern von Udine
- 5 mal Halbpension (verstärktes Frühstück und 3-Gang-Abendessen)
- Alle Ausflüge. Im Preis inbegriffen sind neben der Reiseleitung die fachkundigen kunst- und kulturgeschichtlichen Führungen mit den zugehörigen Eintrittspreisen

Reisepreis:
pro Person im Doppelzimmer 610,00 Euro, Einzelzimmerzuschlag 125,00 Euro.

Anmeldung:
Das Anmeldeformular erhalten Sie von Ihrer örtlichen VLB-Kontaktkollegen. Gäste sind willkommen. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen begrenzt. Interessierte Nicht-Unterfranken/Oberbayern, Gäste und VLB-Senioren erhalten das Anmeldeblatt bei Gottfried Berger, Hüttenweg 14, 97080 Würzburg. Tel.: 0931-91906 Fax: 0931-4969702, E-Mail: gk.berger@gmx.de.

Die Reise kommt nur zustande, wenn bis zum 28. Februar 2007 mind. 27 Teilnehmer verbindlich angemeldet sind.

Für mehr Informationen: www.naturfreunde-reisen.de	
A T H E N : Klassik und Moderne 18.02. - 23.02.07 Akropolis, Kloster Daphni, Eleusis, Kap Sounion, Marathon Lufthansa (MUC/FRA), Ü/F, PREIS: 848,- € (798,- € VLB)	O M A N : 28.12.06 – 05.01.07 Muskat, Sur, Nizwa, Jebel Shams, Nakhl, zahlreiche Wadis Emirates (MUC/FRA), HP, PREIS: 1848,- € (1798,- € VLB)
S Ü D I N D I E N : 26.12.06 - 07.01.07 Madras, Mahabalipuram, Mysore, Tanjore, Periyar, Cochin Emirates (MUC/FRA), HP, PREIS: 2298,- € (2248,- € VLB)	L I B Y E N : 26.12.06 – 04.01.07 & 13.02.07 – 22.02.07 Tripoli, Benghazi, Sabratha, Ghadames, Leptis Magna, Khoms AUA (MUC/FRA), HP, PREIS: 1898,- € (1848,- € VLB)
S T . P E T E R S B U R G : 03.01.07 - 07.01.07 Orthodoxe Weihnacht, Eremitage, Puschkin, Bernsteinzimmer Pulkowo (MUC/FRA), HP, PREIS: 1048,- € (998,- € VLB)	J E M E N : 26.12.06 – 06.01.07 & 03.04.07 – 14.04.07 Sana'a, Marib, Seyun, Shibam, Mukalla, Taiz, Jiblah, Hodeida Yemenia (FRA), HP, PREIS: 1948,- € (1898,- € VLB)
Fasching 2007: Lissabon-Porto 8 Tg ab 998 €, Ostern 2007: Portugal 8 Tg ab 1048 €, Libyen 12 Tg ab 1948 €, Usbekistan 12 Tg, Kuba 15 Tg, Kambodscha-Birma-Bangkok 15 Tg, Kreta 8 Tg, Andalusien 8 Tg, Jemen 12 Tg, Iran 11 Tg, Oman 9 Tg	
Reisedienst Naturfreunde, Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: (0841) 7 11 44, FAX: 7 76 86	



Wir suchen für unsere **Reischlesche Wirtschaftsschule** zum 01.02.2007 eine/n

Diplom-Handelslehrer/in oder Wirtschaftsphilologen/in

mit Zweifach, bevorzugt Englisch.

Die Besoldung bzw. Vergütung erfolgt nach dem Bundesbesoldungsgesetz bzw. nach dem TVöD.

Telefonische Auskünfte erhalten Sie unter Rufnummer (0821) 324 - 22 33.

Menschen mit Behinderung werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Wenn Sie interessiert sind, senden Sie bitte Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen bis spätestens **31.12.2006** an die

Stadt Augsburg, Personalamt, Personalwirtschaft/2,
An der Blauen Kappe 18, 86152 Augsburg.

Wir bitten um Verständnis, dass Bewerbungsunterlagen nach Abschluss des Stellenbesetzungsverfahrens aus Kostengründen nicht zurückgeschickt werden können. Daher empfehlen wir dringend, keine Originalurkunden, etc. der Bewerbung beizufügen. Die Personalverwaltung sichert jedoch zuverlässig zu, dass Bewerbungsunterlagen datengeschützt vernichtet werden.

Stadt Augsburg

Erfolgreiches Firmeninserat

Schon vergessen?

Sie können Ihr Firmeninserat oder Ihre persönliche Kleinanzeige via Internet schalten unter:

www.vlb-bayern.de
→ **Kleinanzeigen**

Alle ausführlichen Informationen über Erscheinungstermine und Preise finden Sie, wie schon gesagt, unter:

www.vlb-bayern.de
→ **Kleinanzeigen**

Erfolgreiches Kleininserat

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Kompetenz und Erfahrung
Versicherungs
Kontor

Inh.: **Elke Wiedmann**

Kister Straße 34
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: pewiede@arcor.de

z.B. errechnen wir Ihre Förder-Rente

Ab 2005 sind die Bedingungen kundenfreundlich verbessert worden.

Die Förder-Rente wird staatlich gefördert durch Zulagen und Steuervorteile.

z.B. erhält eine Familie mit 2 Kindern ab 01.01.2006 Zulagen in Höhe von

504 €.

Wollen Sie diese dem Staat schenken?

Sichern Sie sich noch die vollen Zulagen und Steuerersparnis für das gesamte Jahr 2006.

Für Sie persönlich

Steueränderungsgesetz 2007

BBB-Erfolg für Beihilfeberechtigte mit studierenden Kindern. Finanzministerium greift BBB-Förderung nach einer Übergangsregelung auf

Wie mehrmals gemeldet ergeben sich durch das Steueränderungsgesetz 2007 (Bundesgesetzblatt I, Seite 1652) insbesondere für Beihilfeberechtigte mit studierenden Kindern Veränderungen. Mit Wirkung vom 01.01.2007 wird die Höchstdauer für den Bezug von Kindergeld grundsätzlich vom 27. auf das 25. Lebensjahr (zzgl. Zeiten Wehr- oder Ersatzdienst) herabgesetzt.

Im Steueränderungsgesetz 2007 sind bereits für folgende Jahrgänge

Übergangsregelungen (§ 52 Abs. 40 EStG i.d.F. Steueränderungsgesetz 2007) enthalten:

- Kinder, die in 2006 das 25. oder 26. Lebensjahr vollenden (Jahrgänge 1980 und 1981) sind gar nicht betroffen.
- Für Kinder, die in 2006 das 24. Lebensjahr vollendeten (Jahrgang 1982) wurde die Höchstdauer für den Bezug von Kindergeld vom 27. auf das 26. Lebensjahr herabgesetzt.

Erstmals voll greift die neue Höchstdauer für die Kinder, die in 2006 das 23. Lebensjahr vollenden (ab Jahrgang 1983).

Das Erlöschen des Kindergeldanspruchs bedeutet auch gleichzeitig das Erlöschen des Beihilfeanspruchs sowie Verluste im Familienzuschlag, da ein Anspruch auf Beihilfe nur besteht, solange Kinder im Familienzuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz

(BBesG) berücksichtigt werden. Im Familienzuschlag werden nach § 40 Abs. 2 BBesG Kinder berücksichtigt, wenn für diese Anspruch auf Kindergeld besteht.

Studieren privat versicherte Kinder von Beihilfeberechtigten – die zu Beginn des Studium unwiderruflich das Angebot der gesetzlichen studentischen Krankenversicherung abgelehnt haben also über das 25. Lebensjahr (zusätzlich Ersatz- und Wehrdienst) hinaus, muss ab diesem Zeitpunkt eine teure 100%-Privatversicherung abgeschlossen werden.

Der Bayerische Beamtenbund (BBB) hat sich wegen einer Übergangsregelung an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen gewandt.

Der BBB forderte in dem Schreiben, dass die im Wintersemester 2006/2007 an einer Hoch- oder Fachhochschule eingeschriebenen berücksichtigungsfähigen Kinder eines Bei-

hilfeberechtigten wie bisher bis zum 27. Lebensjahr, zuzüglich Zeiten eines Wehr- oder Ersatzdienstes, berücksichtigungsfähig bleiben.

Finanzminister Faltlhauser hat inzwischen zugesichert, dass das Finanzministerium diese BBB-Forderung aufgegriffen hat.

Damit ist sichergestellt, dass es für betroffene Beihilfeberechtigte, die zwei oder mehr berücksichtigungsfähige Kinder haben, beim Beihilfe-Bemessungssatz von 70 % bleibt.

Der private Versicherungsschutz besteht wie bisher bis zum 27. Lebensjahr (zusätzlich Ersatz- oder Wehrdienst).

Dieser BBB-Erfolg bedeutet für betroffene Kolleginnen und Kollegen eine monatliche Ersparnis in erheblicher Höhe (bis zu 150 Euro bei Frauen bzw. bis zu 70 Euro bei Männern).

Verfahrenshinweise für Kinder, die ab dem Sommersemester 2007 das Studium aufnehmen, werden wird rechtzeitig veröffentlicht.

Zusammenstellung:

Rolf Habermann, Anette Egle (BBB)

Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit von Religionspädagogen/FH ab dem Schuljahr 2007/08

Ab dem Schuljahr 2007/08 beträgt die Unterrichtspflichtzeit von Diplom-Religionspädagogen (FH), die als Lehrer an staatlichen Berufsschulen und Be-

www.Benimm-aktuell.de

Das erste Benimm-Seminar für Berufseinsteiger auf DVD hilft jungen Menschen, sich im Berufsleben besser zurecht zu finden. Die DVD lässt sich ideal in Ausfallstunden vorführen und an Projekttagen einsetzen. Sie sensibilisiert junge Menschen für Sozialverhalten im Beruf und Gesellschaft und macht Spaß.

rufsfachschulen eingesetzt werden 25 Wochenstunden (bisher 28 Wochenstunden). Entsprechend der Verfahrensweise im Realschulbereich zählt der Religionsunterricht auch im Bereich der beruflichen Schulen zum wissenschaftlichen Unterricht. Mit KMS vom 23. 10. 2006 Gz. VII.7-5P4004-7.82.954 wurden die Regierungen gebeten, das Notwendige zu veranlassen und auch die Schulaufwandsträger kommunaler und privater Schulen vom Sachverhalt in Kenntnis zu setzen.

Somit sind die vielfältigen Bemühungen des Verbandes und des Hauptpersonalrates nun endlich erfolgreich zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht worden. „Vielleicht kam aber die Einsicht von ganz oben“, so die hintergründige Kurzkommunikation von Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl. *Wolfgang Lambl*

Autorenverzeichnis

Käfler, Hans

VLB-Landesvorsitzender
BS, Am Fernsehturm 1,
94036 Passau,
Tel.: 08 51 - 9 59 13 00

Merkle, Marion

VLB-Dienstrechtsreferentin
BS, Glätzlstr. 29,
92421 Schwandorg,
Tel.: 09 43 1 - 72 80

Dr. Kellner, Gerhard,

BS, Stockerhutweg 51,
92637 Weiden,
Tel.: 09 61 - 2 06-0

Kimmelmann, N./Wilbers, K.

Universität,
Lange Gasse 20,
90403 Nürnberg,
Tel.: 09 11 - 53 02-322

Schöberl, Klothilde,

BS, Haunstetter Str. 6,
86161 Augsburg,
Tel.: 08 21 - 3 24-1 86 03

Peter Thiel

Am Happach 40
97218 Gerbrunn
Tel.: 09 31 - 70 76 91

Lächelt sie vielleicht
so wissend, weil sie den
richtigen Partner hatte?



PUBLICIS E20001-F30-P260

education IN AUTOMATION

Mehrwert durch Partnerschaft. So lautet die Maxime bei Siemens Automation Cooperates with Education (SCE) – unserem Programm zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Ausbildung. Dabei stehen Lernende und Lehrende in Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsstätten im Mittelpunkt. Im Rahmen von SCE unterstützen wir bei der Vermittlung von Basiswissen der Automatisierungstechnik und ermöglichen einfaches Lernen in strukturierter Lernumgebung. Mehr Informationen über das umfangreiche Leistungsangebot von SCE finden Sie im Internet.

SIEMENS